Antifaschistisches info Blatt
Nr. 126 | Frühjahr 2020 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR



DIE UKRAINE

SEHNSUCHTSORT DER EXTREMEN RECHTEN

www.antifainfoblatt.de


16

image images / TimoxVogt/EST&OST

DIE UKRAINE: SEHNSUCHTSORT DER EXTREMEN RECHTEN
Ob durch Kampfsport-Events, Brauchtumpflege oder RechtsRock-Konzerte: Das, was in der Ukraine geboten und verwirklicht wird, wirkt anziehend und motivierend – vor allem für Neonazis außerhalb Osteuropas.


26

ZUM VERBOT VON COMBAT 18 DEUTSCHLAND

Der Vollzug des Verbotes von „Combat 18 Deutschland" am 23. Januar 2020 und die Verbotsverfügung vom 6. Dezember 2019 bilden den Höhepunkt der Groteske, die sich seit Jahren im staatlichen Umgang mit dieser Struktur zeigt.



36

DER KAMPF GEGEN DIE VVN-BDA

Im November 2019 wurde dem Bundesverband der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten" die Gemeinnützigkeit entzogen. Am 4. Dezember folgte die Aufforderung einer Steuernachzahlung in fünfstelliger Höhe an das Berliner Finanzamt.


56

DIE ENTSTEHUNG VON VOX IN SPANIEN

Der Erfolg der spanischen extremen Rechten seit dem Tod Francos bis zum jüngsten Aufkommen von Vox ist nicht auf das Entstehen einer eindeutig rechten Partei zurückzuführen, sondern auf ihre Fähigkeit, die politische Agenda innerhalb der konservativen Parteien zu prägen.

Titelfoto: imago images / TimoxVogt/EST&OST

RUBRIKEN











#SayTheirNames

Am Abend des 19. Februar 2020 wurden neun Menschen in der hessischen Stadt Hanau erschossen. Sie waren Eltern, Kinder, Geschwister, Freunde, Kolleg_innen, Genoss_innen, Nachbar_innen... Sie alle wurden Opfer eines Rassisten.

Sie hießen
Fatih Saraçoğlu
Ferhat Unvar
Gökhan Gültekin
Hamza Kurtović
Kalojan Velkov
Mercedes Kierpacz
Said Nesar Hashemi
Sedat Gürbüz
Vili Viorel Păun
und Gabriele Rathjen.
Sie war die Mutter des Täters Tobias Rathjen.

Ob der letzten Tat auch ein extrem rechtes Motiv zugrunde lag, können wir nicht sagen. Die extrem rechten Attacken häufen sich in zunehmender Geschwindigkeit. Es war vorhersehbar und es wurde vorhergesehen. Nicht nur von organisierten Antifaschist_innen, sondern vor allem von denen, die im Mainstream von CDU bis C18, von Boris Palmer bis Björn Höcke, von Chemnitz bis Erfurt, von Bild-Zeitung bis zum Polizisten-Chat als Auszugrenzende ausgemacht werden. Getroffen werden sollen die, die sich nicht entziehen können. Die aus der Gesellschaft geworfen werden sollen. Sie sagen es schon lange. Aber sie werden zu wenig gehört, trotz anderslautender Beteuerungen, jedesmal aufs neue vergessen. Dabei sagen sie es laut, den Satz, der zur Zeit oft und eindringlich zu hören ist: „Wir werden angegriffen!" Er ist eine wütende Aufforderung zur Verteidigung, zum Handeln, zur Solidarität. Aber zugleich ist er auch eine Aufforderung an jede_n einzelne_n, zu reflektieren: Wie und mit wem wollen wir leben? Welche Zukunft muss ich verteidigen? Wann beginne ich zu Handeln, mehr zu machen? Wo kann ich meine Risikobereitschaft erhöhen, Prioritäten im Alltag verschieben?... Dieser Satz muss heute von jedem und jeder Antifaschist_in im Imperativ verstanden werden:
Verteidigen! Schützen! Unterstützen! –
WIR werden angegriffen!

Redaktionsschluss dieser Ausgabe war März 2020











Bürgerwehren als Mobilisierungsort für den Bürgerkrieg: Gruppe S.

MIRO DITTRICH

Am 14. Februar 2020 wurden nach Razzien an 13 Orten in sechs Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt) zwölf Männer zwischen 31 und 60 Jahren festgenommen. Zahlreiche Waffen wurden sichergestellt, neben einer schussbereiten 9-Millimeter-Pistole auch eine sogenannte Slam-Shotgun und 100 Schuss Munition, eine Armbrust, Messer, Dolche, Morgensterne, Sprengstoff und selbstgebaute Handgranaten. Am nächsten Tag erließen Ermittlungsrichter Haftbefehle gegen vier mutmaßliche Haupttäter mit dem Vorwurf, eine rechtsterroristische Vereinigung gegründet und sich an ihr beteiligt zu haben, und gegen acht weitere wegen Verdachts der Unterstützung dieser Vereinigung.



Foto: Screenshot Facebook via Antifaschistische Aktion Hamm

Die als „Gruppe S." geführte Zelle wurde im September 2019 in Baden-Württemberg gegründet. Neben einem vorwiegend virtuellen Kontakt gab es mindestens drei Treffen.

Der mutmaßliche Anführer der Gruppe, Werner S., der bei den Behörden als rechtsextremer Gefährder geführt wird, soll diese koordiniert haben, teils mit der Unterstützung von Tony E. aus Niedersachsen. Beim Gründungstreffen am 28. September 2019 in Alfdorf in der Nähe von Stuttgart besprach die Gruppe den Umsturz der politischen Ordnung und verständigte sich über die Finanzierung. Der mutmaßliche Anführer soll seine scharfe 9-Millimeter-Pistole präsentiert haben. Dies könnte ein Mitglied der Gruppe dazu veranlasst haben, die Polizei über deren Aktivitäten zu informieren. Auf dem letzten Treffen am 7. und 8. Februar in Minden wurden die Pläne konkreter. Werner S. schrieb vor dem Treffen, man wolle hier den „Krieg" besprechen, wer dies nicht verkrafte, habe dort nichts verloren. Am Treffen selbst soll der Anführer angekündigt haben, man solle Muslime in fünf oder sechs Moscheen in mehreren Bundesländern mit Waffen angreifen. Laut Bundesanwaltschaft wurden auch Mordanschläge auf „Schwarzafrikaner" und Politiker geplant, namentlich Robert Habeck und Anton Hofreiter. Auch „Feindeslisten" mit tausenden Namen und Adressen angeblicher Antifa-Aktivist_innen sollen besprochen worden sein. Hier handelt es sich wohl um die seit Jahren in der Szene verbreitete gehackte Kundenliste des „Impact Mailorder".

Nach Einschätzung der Bundesanwaltschaft sei es Ziel der Anschläge gewesen, einen Bürgerkrieg auslösen zu wollen. Werner S. rechnete mit einer Gegenreaktion von Muslimen nach Anschlägen auf Moscheen. Dies würde einen „Dominoeffekt" bewirken. Dieses Motiv ist keinesfalls neu in der Szene. Schon der Neonazi-Gruppierung „Revolution Chemnitz" wird vorgeworfen, durch terroristische Taten einen Bürgerkrieg auslösen zu wollen. Auch wenn diese beiden Gruppen scheinbar keine Verbindungen zum internationalen Rechtsterrorismus haben, findet sich hier eine Gemeinsamkeit: die Idee des Accelerationism. Die AnhängerInnen dieser Idee wollen den aus ihrer Sicht bevorstehenden Zusammenbruch der offenen Gesellschaft durch Gewalttaten und Chaos beschleunigen.

Digitale Spuren

Durch eine Auswertung von Profilen in sozialen Medien zeichnet sich ein klares Bild der Gruppe ab. Sie setzt sich aus einer Mischung von Reichsbürger-Ideologie, Geschichtsrevisionismus, Holocaustleugnung, Interesse für Waffen und Kampfsport und Nationalismus zusammen. Motive der „Angst" und „Sorge" um Deutschland, die Familie und „die Kultur", die Vorstellung einer Islamisierung und die damit einhergehende „Invasion" von „Wilden" prägen ihr Bedrohungsbild. Auffällig ist die Verbindung zu sogenannten Bürgerwehren. So gehörten Steffen B. und Stefan K. aus Sachsen-Anhalt zu den regionalen Anführern der „Vikings Security Germania", einer Abspaltung der „Soldiers of Odin".

Frank H. zählt zu einem der führenden Köpfe der „Wodans Erben Germanien" in

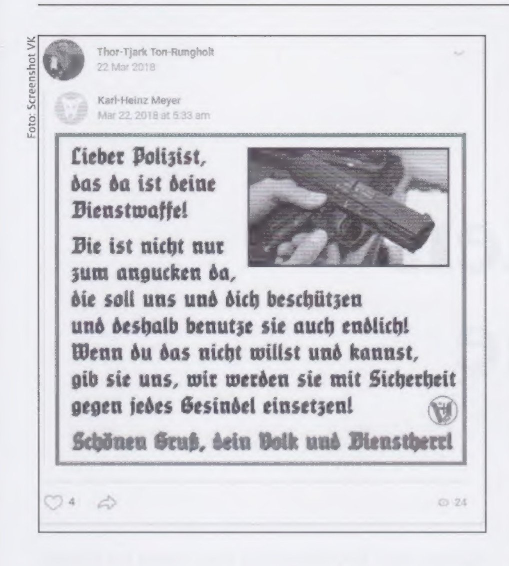


Foto: Screenshot VK

Bayern. Auch Thomas N. soll Teil dieser Gruppe gewesen sein. Tony E. war Administrator der Facebook-Gruppe „Freikorps Heimatschutz". Auch ein Germanen- und Wikingerkult fällt auf. Besonders sticht dabei ein Profil mit dem Namen des verhafteten Verwaltungsbeamten Thorsten W. der Polizei Nordrhein-Westfalen heraus, der mittlerweile vom Dienst suspendiert wurde. Er postet Bilder von sich, verkleidet als germanischer Krieger mit Schwert und Schild. Auf Facebook findet sich unter seinem Klarnamen auch sein germanischer Name. Unter diesem Namen mit demselben Gesicht als Profilbild gibt es auch ein Profil auf VKontakte. Dort teilt der Account Holocaustleugnungen, Hakenkreuze und Beiträge der „Waffen SS". Dies würde passen, so fiel der Mitarbeiter der Polizei Hamm, zwischen 2013 und 2014 im Bereich „waffenrechtliche Erlaubnisse" tätig, schon früher mit verfassungsfeindlichen Gedanken auf. Besonders brisant ist das von diesem VK-Profil geteilte Bild vom März 2018. Dort steht in altdeutscher Schrift: „Lieber Polizist, das da ist deine Dienstwaffe! Die ist nicht nur zum angucken da. Die soll uns und dich beschützen und deshalb benutze sie auch endlich! Wenn du das nicht willst und kannst, gib sie uns, wir werden sie mit Sicherheit gegen jedes Gesindel einsetzten!" Hier scheint ein Mitarbeiter der Polizei jahrelang aus seiner extrem rechten Gesinnung keinen Hehl gemacht zu haben.

Für eine Gruppe die verdächtigt wird, Terrorakte verüben zu wollen, ist es auffällig, dass die meisten Mitglieder nicht auf kleinen alternativen Plattformen mit Pseudonymen unterwegs waren. Sie schrieben unter Klarnamen und mit Profilbild justiziable Beiträge auf Facebook, viele waren dort sogar miteinander befreundet. Da sich zudem ein Mitglied der Gruppe beim Verfassungsschutz meldete, können diese Verhaftungen nur schwer als Zeichen einer großen Kurskorrektur der Sicherheitsapparate verstanden werden, die extreme Rechte jetzt genauer zu beobachten. •

AfD „Kalaschnikow Mann" in Rostock

In einer früheren Ausgabe (AIB 124) berichteten wir von einem in Rostock lebenden Neonazi, der im Sommer 2018 an einem paramilitärischen Schießtraining in der Ukraine teilnahm. „Exif-Recherche" veröffentlichte im Vorfeld einen ausführlichen Artikel auf ihrer Homepage. Auf Fotos posierte Ivan Batinka mit einem Sturmgewehr auf einem vom Neonazi-Regiment Asow genutzten Industriekomplex in Kiew. Während er sich in Rostock im Umfeld der Neonazi-Kameradschaft „Aktionsblog" umhertreibt und an AfD-Demonstrationen teilnahm, begrüßte ihn die Junge Alternative Mecklenburg-Vorpommern als „frisch gebackenes Mitglied".

In der Zwischenzeit wurde bekannt, dass Ivan Batinka - heute Ivan Kormilitsyn - ab Dezember 2019 zeitweilig für die AfD im Ortsbeirat des Rostocker Stadtteils Groß-Klein sitzt. Der dem extrem rechten „Flügel" nahestehende Kreisverband der Partei hatte Kormilitsyn hierfür benannt. In einem Statement dementiert der Kreisverband jegliche Verantwortung für die Entsendung Kormilitsyns in die Stadtteilvertretung. Ansonsten folgen die üblichen Vorwürfe im „Lügenpresse"-Duktus gegenüber einer Lokalzeitung sowie „Exif-Recherche". Eine inhaltliche Distanzierung vom „Kalaschnikow-Mann", wie Kormilitsyn in der Presse genannt wird, und seiner Verbindungen in die Neonazi-Szene in Deutschland und der Ukraine bleibt dabei aus. Nachdem die Fraktionen von SPD, Linke und Grüne in der Rostocker Bürgerschaft ankündigten, Kormilitsyns Abwahl aus dem Stadtteilgremium zu beantragen, habe Kormilitsyn seinen Rückzug aus dem Ortsbeirat Groß-Klein angekündigt.

Unterdessen versucht Kormilitsyn derzeit offenbar mit weiteren Neonazis, u.a. aus Leipzig, die deutsch-ukrainische Allianz weiter auszubauen. Auf seinem mittlerweile gelöschten Instagram-Profil forderte Kormilitsyn noch Ende Januar zur Unterstützung des neofaschistischen Asow-Regiments auf und bewarb die extrem rechte Gruppierung „Tradition und Ordnung", die sich als deutscher Ableger einer patriotisch-ukrainischen Bewegung sieht. Auf einem Profil der Gruppe präsentierten kurz zuvor circa 15 Neonazis in Rostock das Banner der extrem rechten Gruppierung. Mittlerweile soll es auch einen Ableger in NRW geben. •



Foto: Screenshot instagram

TITEL

Rechte „Helden“ der Ukraine

Hennadij Nadolenko, der Botschafter der Ukraine in Israel, war sichtlich verärgert. Was Joel Lion, Israels Botschafter in Kiew, da soeben geäußert habe, das sei „kontraproduktiv“, beschwerte er sich am 9. Januar 2020 bei einem Treffen im israelischen Außenministerium. Lion hatte Kritik daran geäußert, dass auf der Liste der „Helden der Ukraine“, derer in diesem Jahr mit offiziellen Feierlichkeiten gedacht werden soll, eine ganze Reihe NS-Kollaborateure zu finden sind, von denen einige sogar unmittelbar am Massenmord an den Jüdinnen und Juden im deutsch okkupierten Europa beteiligt waren. Ob man nicht wenigstens die zehn schlimmsten NS-Verbrecher von der Liste der Helden entfernen könne?, hatte Israels Botschafter gefragt. Nadolenko war empört. Das nationale Gedenken, ließ er verlauten, sei heute eine der Hauptprioritäten der ukrainischen Politik.

Das Erstarken der extremen Rechten in der Ukraine ist in den vergangenen Jahren wesentlich von der Politik der Regierung in Kiew begünstigt worden. Das hat, so merkwürdig es klingen mag, eine Menge mit der äußeren Orientierung des Landes zu tun. Die Verknüpfung von Außen- und Innenpolitik in der Ukraine und die Auswirkungen dieser Verknüpfung auf die Rechte lassen sich genaugenommen seit den frühen 1990er Jahren beobachten – also seit der Zeit, als die heutige Ukraine entstand.

Die ersten einschlägigen Organisationen der extremen Rechten wurden in der Ukraine bereits während der Loslösung aus der Sowjetunion in den Jahren 1990/1991 und kurz danach gegründet. Die Tradition der ukrainischen NS-Kollaborateure – der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), ihres Anführers Stepan Bandera sowie ihres militärischen Flügels, der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) – war vor allem in der Westukraine, in Galizien, wo diese Bewegung ihre historischen Ursprünge hatte, nie völlig verschwunden. Gegen Ende der 1980er Jahre erstarkte sie wieder, vor allem im Umfeld der „Volksbewegung der Ukraine“ („Ruch“), die 1989 gegründet wurde und für die Abspaltung der Ukraine eintrat. Die „Ruch“ hatte einen militanten Arm, der ihr als Security diente: die ultrarechte „Wache der Bewegung“ („Warta Ruchu“). Deren Chef Jaroslaw Andruschkiw gründete, als die Abspaltung der Ukraine mit der Unabhängigkeitserklärung der Werchowna Rada (Parlament der Ukraine) am 24. August 1991 feststand, am 13. Oktober 1991 im westukrainischen Lwiw die Sozial-Nationale Partei der Ukraine (SNPU). Sie war eine der ersten wichtigen Parteien der extremen Rechten in dem nun eigenständigen Land.

Die SNPU hat sich nicht nur in ihrem Gründungsprogramm zum „Sozial-Nationalismus“ bekannt und eine leicht verfremdete Wolfsangel als ihr Parteilogo adaptiert. Sie ließ vor allem auch den alten antirussischen Nationalismus der OUN wieder aufleben: Russland, behauptete sie, sei „die Ursache aller Probleme in der Ukraine“; der „Kampf gegen prorussische Haltungen“ sei daher das vordringliche politische Ziel. Das war eine Position, die für den Bestand der Ukraine – gelinde gesagt – problematisch war. Große Teile der ukrainischen Bevölkerung vor allem im Osten des Landes, etwa im Donbass, und auf der Krim sprachen nicht nur ausschließlich Russisch, sie hatten auch enge familiäre und freundschaftliche Bindungen in das östliche Nachbarland – und nicht wenige insbesondere auf der Krim definierten sich sogar eher als Russen denn als Ukrainer. Das Konfliktpotenzial, das sich da abzeichnete, trat ganz offen zutage, als 1992 prorussische Kräfte auf der Krim für die Abspaltung der Halbinsel von der Ukraine demonstrierten und kurzzeitig auf Erfolgskurs zu sein schienen. Die extreme Rechte vor allem aus der Westukraine agitierte damals dagegen und mobilisierte auf die Krim. Nach dem Umsturz Anfang 2014 sollte die Furcht vor einem erneuten Eindringen der westukrainischen Neofaschisten zum Erfolg des dortigen Abspaltungsrefendums beitragen.

Eine wichtige Rolle für die extreme Rechte in der Ukraine hat von Anfang an das ukrainische Exil gespielt. Dieses entstand in seiner heutigen Prägung, als nach dem Zweiten Weltkrieg viele OUN- und UPA-Kämpfer aus der Sowjetunion flohen. In der Bundesrepublik, in den Vereinigten Staaten und in Kanada bildeten sie nicht nur dichte soziokulturelle Netzwerke, sondern auch politische Strukturen, die im Kalten Krieg Rückendeckung seitens der westlichen Mächte bekamen. Eine aus diesen Strukturen war Jaroslawa Stezko, OUN-Kämpferin und UPA-Sanitäterin im Zweiten Weltkrieg, anschließend in München im Exil, wo sie Ende der 1980er Jahre zur Chefin des Antibolschewistischen Blocks der Nationen (ABN) und der Exil-

Foto: Screenshot Telegram



Faschistische Inszenierungen wie hier 2019, sind eines der wesentlichen Elemente des Asow-Regiments

OUN aufstieg. 1991 nach Lwiw zurückgekehrt, gründete sie am 18. Oktober 1992 den Kongress Ukrainischer Nationalisten (KUN), der sich als unmittelbare Nachfolgeorganisation der OUN verstand. Damals kehrten nicht nur einige alte Kämpfer aus der NS-Kollaboration zurück: Weil sich die neu gegründete Ukraine vom sowjetischen Geschichtsbild zu lösen suchte, nahm das Land die Werke von HistorikerInnen aus dem – stark ultrarechts geprägten – ukrainischen Exil vor allem in Nordamerika bereitwillig auf. „In dem Narrativ, das in der Diaspora dominierte", wurde zum Beispiel, so beschrieb es vor einigen Jahren der Historiker Per Anders Rudling, „die OUN als führende Kraft im Kampf gegen die Nazis und die Sowjets dargestellt" – und entsprechend gelobt.

Ein entscheidender Faktor für die Entwicklung der extremen Rechten in der Ukraine ist in den folgenden Jahren die außenpolitische Orientierung der Regierung in Kiew gewesen. Meistens war diese auf Ausgleich zwischen West und Ost bedacht: Wirtschaftskontakte wurden in die EU und dort vor allem nach Deutschland ausgebaut, ohne die überaus engen ökonomischen Bindungen an Russland zu schädigen; die politischen Beziehungen zum Westen wurden gestärkt, diejenigen zu Moskau gewahrt. Diese Politik trug der Gesamtstimmung in der Bevölkerung Rechnung, in der es neben den erwähnten Spektren mit starken Bindungen an Russland andere gab – vor allem im Westen, aber auch in der Hauptstadt Kiew –, die für die Abkehr von Moskau und für die exklusive Kooperation mit der EU, teils auch mit der NATO eintraten. Diejenigen im ukrainischen Polit-Establishment, die wie Wiktor Juschtschenko, ukrainischer Ministerpräsident von Dezember 1999 bis Mai 2001, für eine engere Westbindung des Landes und eine stärkere Ablösung von Russland eintraten, stützten sich spätestens seit den frühen 2000er Jahren auf beinahe das gesamte Spektrum, das sie für ihr außenpolitisches Ziel einspannen konnten – darunter auch die äußerste antirussisch geprägte Rechte. SNPU-Mitgründer Oleh Tjahnybok etwa durfte bei der Parlamentswahl des Jahres 2002 auf der Juschtschenko-Liste „Unsere Ukraine" neben KUN-Gründerin Stezko sowie anderen extrem Rechten kandidieren: Das Bestreben, die Bindungen an Russland weitestgehend zu kappen, erwies sich als einigendes Band.

Dieses einigende Band hat auch bei Massenprotesten funktioniert. Als sich im Winter 2000/2001 nach dem staatlichen Mord an dem Journalisten Georgij Gongadse eine – prinzipiell prowestliche – Protestbewegung formierte und ihre Zelte auf dem Kiewer Maidan aufschlug, rekrutierte sie die Security für ihr Zeltlager aus den Reihen der UNA-UNSO, einer 1991 gegründeten extrem rechten Organisation, deren Aktivisten in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zum Teil Kampferfahrung in postsowjetischen Bürgerkriegen gesammelt hatten, in Tschetschenien etwa, in Georgien, in Transnistrien. Die UNA-UNSO, die damals eine aktive „Partnerschaft" mit der NPD unterhielt, konnte in jenem Protestwinter auf dem Maidan je-

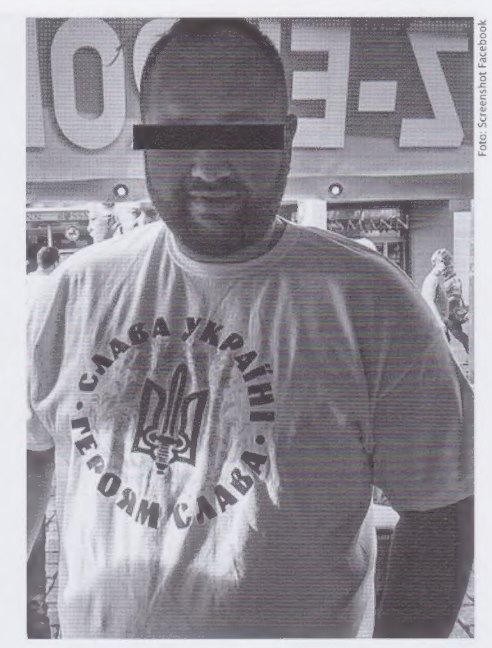


Foto: Screenshot Facebook

Am Stand des „AG Ukraine – Chemnitz – Europa e.V" im sächsischen Limbach-Oberfrohna 2016: T-Shirts mit dem Spruch „Ruhm der Ukraine, den Helden Ruhm"

den Tag bis zu zehn neue Mitglieder gewinnen. Sie stellte erneut die Security, als im November 2004 wieder prowestliche Massen auf den Maidan strömten, um gegen massive Fälschungen bei der Präsidentenwahl zu protestieren, die Juschtschenko den Wahlsieg gekostet hatten. Die Bewegung, die in den Ländern des Westens als „Orangene Revolution" gefeiert und politisch wie auch praktisch gefördert wurde, umfasste, wie es im antirussischen Spektrum der Ukraine eben ist, auch eine extrem rechte Fraktion. Zu ihr zählte etwa einer ihrer Cheforganisatoren namens Andrij Parubij. Der Mann, der 1991 die SNPU mitgegründet hatte, aus ihr aber Anfang 2004 verärgert ausgetreten war, weil sein Kamerad Tjahnibok versuchte, ihr unter neuem Namen („Swoboda") einen respektableren Anschein zu verpassen, betätigte sich zehn Jahre später als „Kommandant des Maidan" und amtierte danach unter anderem von 2016 bis 2019 als Präsident der Werchowna Rada (Parlament).

Präsident Juschtschenko trieb dann von Januar 2005 bis Februar 2010 die Westbindung der Ukraine voran, orientierte das Land unter dem Beifall der westlichen Staaten auf die Anbindung an EU und NATO – und bediente innenpolitisch alle, die ihn bei der Abwendung von Russland unterstützten, auch die äußerste Rechte. Er ernannte nicht nur den Ex-UPA-Befehlshaber Roman Schuchewytsch (2007) und den Ex-OUN-Führer Stepan Bandera (Anfang 2010) posthum zu „Helden der Ukraine", was ihm lauten Beifall von rechts garantierte. Er schuf auch ein Netz geschichtspolitischer Institute, die – so hat es Rudling beschrieben – „als Verbindung zwischen nationalistischen Historikern aus dem Exil und einer neuen Generation von Ultrarechten" dienten. Das 2007 in Kiew eröffnete „Museum der sowjetischen Besatzung" etwa stellte die Zeit der Sowjetunion, so drückte es Rudling aus, als „genozidales Besatzungsregime" dar, das wild „entschlossen" gewesen sei, „die Ukrainer auszulöschen". Ein weiteres Beispiel: Im Oktober 2009 einigte sich die ukrainische Regierung auf eine Konzeption zur „national-patriotischen Erziehung der Jugend", die die UPA zu einem Vorbild für den ukrainischen Nachwuchs erklärte. All dies war Wasser auf die Mühlen der extremen Rechten, und so war es kein Wunder, dass etwa Swoboda immer weiter erstarkte und beispielsweise bei der Parlamentswahl am 28. Oktober 2012 10,45 Prozent der Stimmen erzielen konnte. In der Westukraine kam sie auf gut ein Viertel der Stimmen; in einigen dortigen Städten, etwa in Ternopil, stellte sie den Bürgermeister. Der Bürgermeister von Ternopil gewährte im Mai 2013 der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme" ein Interview.

Als das prowestliche Spektrum der ukrainischen Bevölkerung im Winter 2013/14 erneut auf dem Maidan demonstrierte – diesmal, um die EU-Assoziierung des Landes durchzusetzen –, da belief sich der Anteil der extremen Rechten unter den Demonstanten laut Schätzungen kundiger Beobachter bereits auf gut 30 Prozent. Bandera-Devotionalien waren verbreitet; Swoboda-Chef Tjahnibok gehörte neben Arsenij Jazenjuk und Witali Klitschko zum Führungstrio der Proteste. Gewalttätige Protestaktionen gingen häufig auf das Konto von Mitgliedern neofaschistischer Organisationen; die Wolfsangeln, die man etwa auf den Armbinden militanter, mit Ketten und Molotow-Cocktails bewaffneter Aktivisten sehen konnte, wiesen deutlich darauf hin. Ein Beispiel dafür, was sich – nicht nur, aber eben auch – politisch auf dem Maidan tummelte, war der Rechte Sektor, eine Art Bündnisorganisation, die sich Ende November 2013 aus verschiedenen Zusammenschlüssen der extremen Rechten gebildet hatte. Ihr Anführer Dmytro Jarosch hatte einst geschrieben, alle ukrainischen Parlamentsparteien seien nur „Segmente des Regimes der inneren Okkupation", das es durch die intensive „Verbreitung nationalistischer Ideologie" zu bekämpfen gelte. „Innere Okkupation"? Gemeint war, was Swoboda-Chef Tjahnibok einst als „jüdisch-moskowitische Mafia" bezeichnet hatte. Der Hass gegen Russland, der die ukrainische extreme Rechte anschlussfähig für prowestliche Kreise machte, verband sich bruchlos mit offenem Antisemitismus.

Der Sturz der ukrainischen Regierung Ende Februar 2014 und die folgende Regierungsbildung aus dem gesamten antirussischen Protestspektrum heraus hat für einige Monate mehreren Swoboda-Aktivisten sogar Ministerposten eingebracht. Hohe Bedeutung für die weitere Entwicklung hatte dann aber vor allem, dass die russland-orientierten Bevölkerungsteile auf der Krim und im Donbass ihre Wohngebiete abspalteten bzw. abzuspalten versuchten, um sich der Herrschaft des in Kiew an die Macht gelangten antirussischen Spektrums inklusive seiner neofaschistischen Elemente zu entziehen. In der Ostukraine führte das in den Bürgerkrieg, der bis heute andauert und bereits 2014 ein zentrales Betätigungsfeld der extremen Rechten wurde, die den Kampf gegen die „jüdisch-moskowitische Mafia" nun mit der Waffe in der Hand aufnahm. Viele Aktivisten zogen direkt vom Maidan in den Krieg. Eine von ihnen, Tetjana Tschorno-

wol, seufzte im September 2014 in einem Interview: „Ich fühle mich hier an der Front wohl". Tschornowol, die Ende der 1990er Jahre in der UNA-UNSO aktiv gewesen war und während der Proteste nach dem Mord an Gongadse auf dem Maidan Mitglieder für ihre Organisation angeworben hatte, hatte sich in den Jahren danach als Investigativjournalisten betätigt und die UNA-UNSO verlassen, weil sie ihr zu kompromisslerisch war. 2013 fand man sie auf dem Maidan wieder. Anfang März 2014 wurde sie von der neuen, per Umsturz an die Macht gelangten Regierung zur Leiterin des Nationalen Antikorruptions-Komitees ernannt; schon im August 2014 trat sie allerdings, frustriert von der anhaltend dominanten Macht der Oligarchen, zurück und ging für wenige Wochen in das Donbass. Bereits im Oktober 2014 zog sie dann in die Werchowna Rada ein – für die Partei Volksfront von Ministerpräsident Jazenjuk.

Der Krieg in der Ostukraine hat die extreme Rechte noch weiter gestärkt. Das lag zunächst ganz praktisch daran, dass die antirussischen Hardliner – so mancher von ihnen, wie erwähnt, mit Bürgerkriegserfahrung aus den 1990er Jahren ausgestattet – vor allem zu Beginn der Kämpfe im Donbass wegen ihrer militärischen Schlagkraft für die Regierung in Kiew unersetzlich waren. Bereits im Herbst 2014 operierten in der Ostukraine mehr als 10.000 Freischärler, die sich in über 30 Freikorps zusammengeschlossen hatten, darunter etwa ein Bataillon des Rechten Sektor vom Maidan sowie das berüchtigte Bataillon Asow. Letzteres erregte schon 2014 international einige Aufmerksamkeit, weil es ganz offen mit Nazisymbolik auftrat – mit Wolfsangeln, SS-Runen, zum Teil mit Hakenkreuzen – und weil es auch Neonazis aus Westeuropa in seinen Reihen aufnahm. Zwar verdient sich so mancher Freischärler ein kleines Zubrot nicht nur mit diversen Security-Dienstleistungen, sondern auch mit allerlei Auftragsverbrechen bis hin zum Mord; doch genießen die Freikorps dessen ungeachtet, in der Bevölkerung einen vergleichsweise guten Ruf weil sie an der ostukrainischen Front als harte, zuverlässige Kämpfer gelten. Im Juni 2018 zeigte eine repräsentative Umfrage, dass zwar nur 14 Prozent der ukrainischen Bevölkerung ihrer Regierung und sogar nur neun Prozent der Justiz vertrauten, rund 50 Prozent allerdings den ultrarechten Milizen. Die hohe Sympathie, die die Freikorps genossen, schlug sich auch in Wahlergebnissen nieder. So wurde etwa Andrij Bilezkyi, Gründungskommandeur des Bataillon Asow, in einem Kiewer Wahlkreis mit 33,8 Prozent der Stimmen direkt in die Werchowna Rada gewählt.

Die antirussische Agitation in der Ukraine, die extreme Rechte und die staatliche Politik – sie griffen in den Jahren seit 2014 wie Zahnräder ineinander. Während der Kampf gegen alles Russische auf sämtlichen Ebenen forciert wurde – eines der prominentesten Beispiele ist das hartnäckige Vorgehen gegen den Gebrauch der russischen Sprache –, werden die OUN, die UPA und OUN-Führer Bandera in der heutigen Ukraine staatlich geehrt. Seit 2019 wird zu Neujahr ganz offiziell des Geburtstags von Bandera am 1. Januar 1909 gedacht. Die alte Grußformel der OUN und der UPA – „Slawa Ukraini, herojam slawa!" („Ruhm der Ukraine, den Helden Ruhm!") –, die während der Maidan-Proteste neue Popularität gewann, ist seit 2018 offizielle Grußformel in Armee und Polizei. Bereits 2015 hat die ukrainische Regierung einen staatlichen „Tag der Verteidiger der Ukraine" eingeführt; seitdem wird am 14. Oktober offiziell der Gründung der UPA gedacht, die an jenem Tag im Jahr 1942 vollzogen wurde. Und nicht nur das. Das Bildungsministerium in Kiew hat mittlerweile eine Direktive erlassen, derzufolge die UPA in den Schulen des Landes als „Symbol für Patriotismus und Opfergeist" zu preisen ist.

Die extreme Rechte profitiert natürlich davon. Ein Beispiel: Am 14. Oktober 2016, dem „Tag der Verteidiger der Ukraine", formierte Asow-Gründungskommandeur Bilezky aus Freischärlern seines Freikorps und aus diesem nahestehenden Zivilisten das „National Korps", eine Partei, die alle noch verbliebenen Bindungen an Russland kappen will. Ein Jahr später gründete er zudem die „Nationale Miliz", eine paramilitärische Truppe, die regelmäßig auf den Straßen ukrainischer Städte patrouilliert, um dort durchzusetzen, was sie für „Recht und Ordnung" hält. Dazu gehört es ihrem Verständnis nach beispielsweise, pogromartige Überfälle auf Roma-Lager durchzuführen; bei einer Angriffswelle auf Roma im Jahr 2018 kam es zu Todesopfern. Auch Attacken auf LGBT zählen zum Standardrepertoire der „Nationalen Miliz". Bereits im Juni 2018 schlugen wegen der eskalierenden Neonazigewalt in der Ukraine „Amnesty International" und „Human Rights Watch" Alarm: Rechter Straßenterror, schrieben sie in einem Protestbrief an das ukrainische Innenministerium, nehme überhand, und weil Polizei und Justiz nichts dagegen unternähmen, mache sich mittlerweile „eine Atmosphäre fast totaler Straflosigkeit" breit. Und wenngleich Rechtsaußenparteien bei der jüngsten ukrainischen Parlamentswahl erfolglos blieben – dies übrigens auch, weil ihre politische Orientierung in mancherlei Hinsicht längst von den etablierten Großparteien adaptiert wurde: „Die außerparlamentarische Macht der extremen ukrainischen Rechten", so bilanzierte es der ukrainische Soziologe Wolodymyr Ischtschenko schon 2018, „ist von einer in ganz Europa einzigartigen Stärke." •

TITEL

Von der Front ins Ministerium

OLEKSIY KUZMENKO - ÜBERSETZT, GEKÜRZT, REDIGIERT, AKTUALISIERT UND NACHGEDRUCKT VOM AIB

■ Die ukrainische Regierung unter ihrem Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und Premierminister Oleksiy Honcharuk hat extrem rechte, militante Organisationen wie Asow und C14 zu ihren Partnern gemacht. Die Zusammenarbeit erfolgt vor allem in Kontext der ukrainischen Veteranenarbeit. Der Präsident berät sich mit den militanten Rechten, der Premierminister feiert mit ihnen auf rechten Konzerten und auch der oberste US-Diplomat sprach mit der Asow. Wie sind diese Ereignisse zu erklären?

Die politischen Kontakte dieser Gruppen sind auf die starke Position der extremen Rechten im ukrainischen Ministerium für Veteranenangelegenheiten zurückzuführen. Dieses Ministerium wurde 2018 unter Selenskyjs Vorgänger Petro Poroschenko geschaffen, wobei die rechten Gruppen daran maßgeblich beteiligt waren. Gegenwärtig hat die „Veteranenbewegung der Ukraine" (VMU) Schlüsselpositionen im Ministerium inne und kontrolliert die öffentlichen Beratungsgremien. Die VMU ist eine Koalition von Veteranenorganisationen, die von der Asow-Bewegung mitbegründet wurde. Das Ministerium finanziert auf diesem Wege auch Projekte der extremen Rechten. Während die Asow-Bewegung vor allem für ihren militärischen Arm (das Asow-Regiment innerhalb der ukrainischen Nationalgarde) bekannt ist, gibt es in der Bewegung auch eine politische Partei („National Korps") und eine Reihe anderer Gruppen, darunter die sog. „Veteranenbruderschaft". In dem aufsehenerregendsten, aber keineswegs isolierten Vorfall, der zeigt, wie die Bewegung von Regierungschefs hofiert wird, traten der ukrainische Premierminister Honcharuk und die Ministerin für Veteranenangelegenheiten Oksana Koljada im Oktober 2019 bei einer Veranstaltung auf, die von einem Neonazi mitorganisiert wurde, der wegen Mordes vor Gericht stand. Die Veranstaltung mit dem Titel „Veterans Strong" wurde von der Neonazi-Band „Sokyra Peruna" begleitet, die für ihren Rassismus, Holocaust-Leugnung und antisemitische Texte bekannt ist. Trotz der Tatsache, dass es ihnen an demokratisch gewählten Mehrheiten fehlt, gehören die Organisationen von Asow und C14 zum Mainstream in der ukrainischen Regierung. Vertreter dieser Gruppen wurden von den Spitzenbeamten angeworben, da sie als Führer der Veteranenbewegung fungieren. Die Veranstaltung „Veterans Strong", an der Honcharuk und Koliada teilnahmen, wurde von der VMU organisiert. Eine wesentliche Rolle bei der Organisation spielte Andrij Medvedko, als ein öffentliches Gesicht der VMU. Medvedko ist Mitglied von C14 und muß sich in einem Gerichtsverfahren wegen dem Mord am ukrainischen Reporter Oles Buzina verantworten. Bei dieser Veranstaltung traf der ukrainische Premierminister neben Minister Koliada und dem ersten Stellvertreter Anton Kolumbet auf verschiedene Führer der VMU. Nach dem Skandal erklärte Honcharuk über Facebook, dass er „keine hasserfüllte Ideologie teilt" und dass „es nicht Sache des Regierungschefs ist, unseren Verteidigern zu diktieren, welche Lieder sie singen sollen" – ein offener Bezug auf die Neonazi-Band „Sokyra Peruna". In einer weiteren öffentlichen Veranstaltung am 9. Oktober 2019 traf Präsident Volodymyr Zelenskyy mit Führern der VMU, darunter Dmytro Schatrowskyj (Asow) und Jewhen Karas (C14) zusammen. Das Treffen war offenbar von der Veteranenministerin Oksana Koljada und ihrem Stellvertreter, dem Mitglied der VMU, Anton Kolumbet ermöglicht worden.

Hauptquartier der „Veteranenbruderschaft" von Asow ist das „Kosakenhaus". Ein dreistöckiges „Sozialzentrum" mit Bibliothek und einem Buchklub, der Persönlichkeiten aus der Nazizeit feiert. Im „Kosakenhaus" gibt es auch ein Plattenlabel („Militant Zone") sowie ein Geschäft („Militant Store"), das Neonazi-Konzerte veranstaltet und Hakenkreuzschmuck verkauft. Neben diesen Geschäften gibt es Platz für Kampfsport, Konzerte und Filme. Das „Kosakenhaus" hat zudem bekannte amerikanische und europäische Neonazis beherbergt. Der Asow-Führer Andrij Biletsky bezeichnete das „Kosakenhaus", das offenbar dem ukrainischen Verteidigungsministerium gehört, als „die Perle der Asowschen Bewegung". Die Nutzer dieser „Perle" sind oft auch regierungsnah: Neben der Ministerin Koliada, haben Lesya Vasylenko (VMU und Ministerium für Veteranen), Oleksandra Tarasova (Ministeriums für Sozialpolitik), Vitaliy Kuzmenko (VMU und Ministerium für Veteranen) und Svetlana Shepovalova (Leiterin einer Veteranen-NGO) hier im August 2018 mindestens eine Arbeitssitzung mit Dmytro Schatrowskyj abgehalten. Ein Facebook-



Ein am 13. Oktober 2019 in den sozialen Medien veroffentlichtes Bild, das den ukrainischen Ministerpräsidenten Oleksiy Honcharuk (Mitte) auf der Musikbuhne der von der Veteranenbewegung der Ukraine (VMU) mitorganisierten extrem rechten Veranstaltung „Veterans Strong" zeigt.

Post der „Veteranenbruderschaft" listet die genannten Personen als Teilnehmer eines Arbeitstreffens im „Plomin-Club", dem Buchclub des „Kosakenhauses", auf. Dieses Treffen galt der Verbindung zwischen den Veteranen und deren Karrieremöglichkeiten in der Regierung. Auf dem Posting der „Veteranenbruderschaft" heißt es: „Vertreter unserer Organisation Dmitry Matros [Anm.d.Red.: Schatrowskyjs Spitzname, was auf Ukrainisch „Matrose" bedeutet] überprüfte die Kandidaten für die zweite Welle der Staatsklassen (...) „Von der Front zum Ministerium" als Teil einer Kommission, der Aleksandra Tarasova, Lesya Vasylenko, Svetlana Shepovalova, Vitaliy Kuzmenko, Oksana Gavrilyuk [Koljada's früherer offizieller Nachname] angehörten". Es sollte allerdings erwähnt werden, dass das gezeigte Foto Koliada nicht mit abgebildet hat. Der Bericht wird durch einen zeitgleichen Facebook-Post der Abgeordneten Lesya Vasylenko bestätigt. Vasylenko beschrieb in dem Beitrag dasselbe Treffen. Koliada teilte Vasylenko's Post auf seiner Facebook-Seite. Zahlreiche Facebook-Posts von Koliada bestätigen, dass sie sich aktiv an dem Projekt „Von der Front zum Ministerium" beteiligt hat, das sie laut „Veteranenbruderschaft" auch in das „Kosakenhaus" der Asow brachte. Andere Beiträge von Koliada zeigen sie mit Schatrowskyj vor ihrer Ernennung zur Ministerin für Veteranenangelegenheiten.

Asow-Karriereleiter ins Ministerium

Schatrowskyjs politische Neigungen sind, insbesondere angesichts seiner Rolle in der Asow-Bewegung, nicht schwer zu entziffern. Wie zu erwarten, ist die „Veteranenbruderschaft" vollständig mit dem politischen Flügel von Asow, der Partei des „National Korps", verbunden. Seine Ideologie wird noch deutlicher, wenn man das Abzeichen sieht, das er während einer Sitzung des Rates für die öffentliche Aufsicht des Ministeriums für Veteranenangelegenheiten im Mai 2019 am Arm trug. Bei diesem Treffen, an dem auch die damalige Ministerin Iryna Fris und ihre Stellvertreterin (und heutige Ministerin) Oksana Koljada teilnahmen, wurde Schatrowskyj mit einem Aufnäher fotografiert, auf dem ein Wolfskopf mit Zähnen und eine Wolfs-Angel zu sehen sind - Symbole, die auch von der „Organisation Werwolf" im NS verwendet wurden. Schatrowskyj selbst hat an internationalen Aktionen von Asow teilgenommen. Im März 2018 besuchte er Litauen, um für die internationale Agenda Asows und die Vernetzung mit lokalen extrem rechten Gruppen zu werben. Schatrowskyj gehörte zu einer Asow-Delegation, der hochrangige Führer des „National Korps" und Olena Semenyaka (internationale Sekretärin der Partei) angehörten. Semenyaka beschrieb die „Veteranenbruderschaft" ausdrücklich als eine der „Strukturen innerhalb der [asowischen] Bewegung", die dem „National Korps" und der „Nationalen Miliz" gleichgestellt sei. Laut einem Bericht über den „diplomatischen Besuch" sind die Asow-Führer vom Sänger der Neonazi-Band „Sokyra Peruna", Arseniy Klimachev („Bilodub"), begleitet worden. Dieselbe Band, die auch bei der Veranstaltung „Veterans Strong" auftrat, an der Honcharuk und Koliada teilnahmen.

Asow auf großer Bühne

Der Präsident und der Premierminister der Ukraine sind nicht die einzigen, die über das Ministerium für Veteranenangelegenheiten mit berüchtigten Protagonisten der extremen Rechten in Kontakt kommen. Im August 2019 sprach Schatrowskyj von der Hauptbühne eines Forums des Ministeriums für Veteranenangelegenheiten zu Spitzenbeamten, darunter Präsident Volodymyr Zelenskyy, den damaligen Sekretär für Nationale Sicherheit, den damaligen Minister für Veteranenangelegenheiten und anderen. Die Veranstaltung wurde offiziell von der United States Agency for International Development (USAID) gesponsert, und der US-Diplomat William Taylor hielt eine Rede. Bei der Veranstaltung erklärte Taylor „volle Unterstützung für die Bemühungen, den Veteranen, die der Ukraine gedient haben, zu helfen". Bei derselben Veranstaltung sprach Schatrowskyj (Asow) im Rahmen eines Podiums, an dem auch die damalige Ministerin für Veteranenangelegenheiten Iryna Fris, sowie Ulana Suprun, die ehemalige Gesundheitsministerin, und der damalige Sekretär für nationale Sicherheit, Oleksandr Danylyuk, teilnahmen. Minister Koliada war zum Zeitpunkt der Veranstaltung bereits stellvertretender Minister. Die Teilnahme von Schatrowskyj an einer von USAID gesponserten Veranstaltung an der Seite eines amerikanischen Diplomaten ist nicht ohne Ironie. Im März 2019 beschrieb ein Bericht des Außenministeriums über die Menschenrechtspraxis in der Ukraine Asow und „National Korps" sowie C14 als „nationalistische Hassgruppen". Ein „Sonderbericht" des Friedensinstituts der Vereinigten Staaten vom Februar 2019 - damals unter der Leitung von keinem Geringeren als William Taylor - warnte die Leser, dass „weite Teile der ukrainischen Gesellschaft

Oben: 12. August Pressekonferenz der Organisatoren des „Marsches der Verteidiger der Ukraine". In der rechten Ecke sitzt Andriy Medvedko von C14, der zweite von links ist der Führer der Asowschen Veteranenbruderschaft Dmytro Schatrovsky, der dritte von links ist der stellvertretende Minister für Veteranenangelegenheiten, Anton Kolumbet. Alle drei tragen Hemden mit der Aufschrift „Veteranenbewegung der Ukraine".

Unten: Nach dem Training der 4. Kompanie (Asow) mit Ausbildern der ESA wurde auf der Facebook-Seite der ESA ein Werbe-Video veroffentlicht. Der zweite von rechts ist Nikita Makeev, der dritte von rechts ist „Maliar".



Foto: Screenshot YouTube



Foto: Screenshot Facebook

die Gewalt und die Hassreden von Veteranen und Rechtsextremisten entweder tolerieren oder ignorieren". Die Vereinigten Staaten unterstützen das Ministerium für Veteranenangelegenheiten dennoch weiter. Die stellvertretende US-Sekretärin des Büros für Konflikt- und Stabilisierungsoperationen traf sich mit Koliada und erörterte die laufende amerikanische Unterstützung für die ukrainischen Veteranen.

Militärtraining in der EU

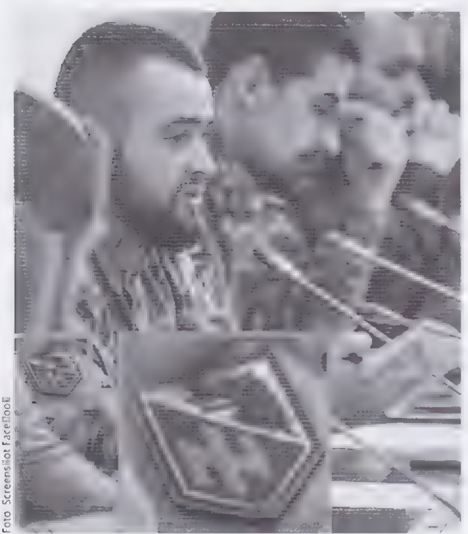
Ukrainische Neonazis waren auch in der Europäischen Union willkommen als sie in einer polnischen Sicherheitsfirma geschult wurden. Die Europäische Sicherheitsakademie (ESA) mit Sitz in Wroclaw als großer Anbieter von Militär- und Sicherheitstraining schulte nicht nur die Anti-Terror-Einheit „Cyklon" (ЦИКЛОН) der ukrainischen Strafverfolgungsbehörden. Auch offen auftretende Rassisten und Neonazis des Asow-Regiment erhielten hier eine Ausbildung und bildeten selbst andere Mitglieder extrem rechter Organisationen aus. Einige dieser Auszubildenden zeigten offen Neonazi-Tätowierungen, pflegten eindeutige Online-Präsenzen und waren an rassistischen Angriffen beteiligt. Laut einem Artikel aus dem Jahr 2015 im „Warsaw Business Journal" besuchten jährlich etwa 650-700 Personen die ESA-Kurse. Das Zentrum dient als Ausbildungszentrum für die private Militär- und Sicherheitsbranche auf internationaler Ebene. Nach Angaben der ESA gehört es zur „Delta Security Group", die über 1500 Mitarbeiter beschäftigt. In einem Artikel vom Februar 2016 auf der Asow-Webseite Nackor.org wurde eine einwöchige Ausbildung der 4. Kompanie durch Ausbilder der ESA beschrieben. Die spezifische Ausbildung wurde von der ESA entwickelt, um den „Herausforderungen" zu begegnen, denen sich Asow im laufenden Krieg gegenübersieht. Auf der Facebook-Seite der ESA wird Asow nur selten explizit erwähnt, aber die Präsenz des Regiments ist aus einer Reihe von Fotos ersichtlich, die prominent zu sehen sind. Personen, die an ESA-Schulungen teilnahmen stehen als aktive Mitglieder extrem rechter Organisationen in der Ukraine mit Gewaltvorfällen in Verbindung. Zu diesen Personen gehören Mitglieder des „National Korps", der „Nationalen Miliz", von „Tradition und Ordnung" und der Gruppe „Verteidigung und Wiederaufbau des Landes" (GO Zirka). Eine dieser Personen ist Nikita Makeev („Odissey"), der „GO Zirka" 2016 mitbegründet hat. Ein weiterer ESA-Lehrling Ihor „Maliar", ist an seinen vielen Tätowierungen leicht zu erkennen, etwa Hakenkreuze auf dem Schädel. Im Jahr 2015, vor seiner Teilnahme am ESA-Training, wurde er mit einer Keltenkreuzfahne als „Fussballfan" fotografiert, der nach dem Sieg der ukrainischen Mannschaft über Italien im Halbfinale der Europa League in Kiew auf das Spielfeld rannte. Im Oktober desselben Jahres war „Maliar" auf Videos als Teil eines rassistischen Angriffs auf dunkelhäutige Fußballfans im Stadion in Kiew zu sehen. Nach Eigenangaben des Kiewer „National Korps" fungierte „Maliar" in den Jahren 2017 und 2018 als Schusswaffenausbilder der Organisation. Auch Ivan Pilipchuk ist auf mehreren Fotos des Trainings markiert worden und deutlich zu sehen. Pilipchuk ist eine Führungsposition in der Gruppe „Tradition und Ordnung", die mit extrem rechten Angriffen auf ukrainische Roma, LGBT-Personen und -Unterstützer_innen in Verbindung gebracht wird. „Tradition und Ordnung" bietet Mitgliedern an verschiedenen Orten in der Ukraine eine Ausbildung in Kampftaktiken und Schusswaffen an. Die Schulungen werden laut eigenen Erklärungen der Organisation in sozialen Medien mit dem Ministerium für Jugend und Sport der Ukraine koordiniert. Mittlerweile soll es nach eigenen Angaben auch Ableger von „Tradition und Ordnung" in Deutschland geben, konkret in Rostock und NRW. (Vgl. Kurzmeldung Rostock).

Ukrainische Staatsfinanzierung für Neonazis?

Die ukrainische Regierung hat Hunderte von Millionen Dollar an Unterstützung von den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union, Kanada und anderen Ländern erhalten, während ukrainische Neonazis, die



Mitglieder des Rates für die öffentliche Aufsicht des Veteranenministeriums posieren im Mai mit Ministerin Iryna Fris und ihrer Stellvertreterin Oksana Koljada. (1) Andriy Medvedko, Mitglied von C14 und wegen dem Mord an Oles Buzina angeklagt. (2) Dmytro Schatrowskyj, der Führer der Asowschen Veteranenbruderschaft.



Dmytro Schatrowskyj trägt einen Aufnäher mit einer Wolfsangel auf einer Sitzung des Öffentlichen Rates des Veteranenministeriums.

mit Asow und C14 verbunden sind, von der ukrainischen Regierung mitfinanziert werden. Wie „Bellingcat" und „Hromadske" bereits berichteten, haben Zweigstellen der Gruppen von Asow und C14 Zehntausende von Dollar vom inzwischen aufgelösten Ministerium für Jugend und Sport der Ukraine erhalten, um „national-patriotische Erziehungsprogramme" (NPE) für junge Ukrainer durchzuführen.

„Bellingcat" schildert zudem, dass der Staatliche Dienst für Veteranenangelegenheiten, ein Vorgänger des neuen Ministeriums für Veteranenangelegenheiten, Projektmittel sowohl für die „Veteranenbruderschaft" als auch für die „Union der Kriegsveteranen mit Russland", die mit C14 assoziiert ist, bereitgestellt hat. Allein im Jahr 2019 hat diese Behörde ca. 69.000 Dollar an Projektmitteln für die „Veteranenbruderschaft" und knapp 37.000 Dollar für die „Union der Kriegsveteranen des Krieges mit Russland" bewilligt. Schon 2018 gingen ca. 27.000 Dollar an die "Union". Es sei darauf hingewiesen, dass die Projekte der „Veteranenbruderschaft" und der „Union der Kriegsveteranen mit Russland" zwar zur Finanzierung freigegeben wurden, aber nur das Projekt der „Union" letztlich auf der Website des Staatlichen Dienstes auch veröffentlicht wurde. Insofern ist nicht bekannt, ob die „Veteranenbruderschaft" die bewilligten Gelder auch wirklich erhielt, die laut diversen Dokumenten bereitgestellt wurden. Mittlerweile erfüllt das Ministerium für Veteranenangelegenheiten die Verpflichtungen seines Vorgängers und eine Änderung des Vorgehens zeichnet sich nicht ab. So stimmte die Zuschusskommission des Ministeriums im Januar 2020 dafür, rund 52.000 Dollar an Projekte zu vergeben, die als C14-Zweigprojekte bekannt sind: Die Bildungsversammlung (Vgl. dazu Artikel: „Politischer Mainstream und rechte Gewalt"), die „Union der Kriegsveteranen mit Russland" und die Organisation „Ukrainian Military Honor". Zudem stimme die Kommission für die Vergabe von 11.000 Dollar an das Asow-Projekt „Veteranenbruderschaft".

Rechte Organisationen, die von der VMU und dem Veteranenministerium übernommen wurden, sind in der Lage, von der staatlichen Finanzierung zu profitieren. Der Entwurf eines Haushaltsgesetzes für 2020 schlägt etwa 50 Millionen Dollar zur Finanzierung des Ministeriums vor, knapp 800.000 Dollar davon für die Projekte von Veteranenorganisationen – Gelder, die in der Vergangenheit von Gruppen der extremen Rechten genutzt wurden. Mittlerweile wird der Vorwurf von einer Reihe führender Vertreter anderer Veteranenorganisationen erhoben, dass das Ministerium für Veteranenangelegenheiten einzelne Organisationen bevorzuge, um die Interessen dieser Gruppen zu unterstützen und voranzubringen. Selenskyjs Regierung akzeptierte im Wesentlichen die Architektur des unter seinem Vorgänger eingerichteten Ministeriums: Ein Minister, der von einer Veteranenorganisation unterstützt wird, die von der Asow-Bewegung mitbegründet worden war. Einige Vertreter der ukrainischen Veteranen fühlen sich von der VMU betrogen. •

TITEL

Extrem rechte Gruppierungen in der Ukraine können über verschiedene Wege von staatlicher Finanzierung profitieren und sind als Kooperationspartner etabliert. Neben Projekten von Veteranenorganisationen lässt sich dies auch bei Zusammenschlüssen beobachten, die im Bereich Jugend und Bildung wirken, obwohl deren neonazistischer Hintergrund offensichtlich ist.

Politischer Mainstream und rechte Gewalt – ein Lehrstück

BELLINGCAT / MICHAEL COLBORNE
ÜBERSETZT, GEKÜRZT, REDIGIERT UND NACHGEDRUCKT VOM AIB

Die Vereinigung Bildungsversammlung ist in der Ukraine offiziell als „Gemeindeorganisation" registriert: „Die Bildungsversammlung ist ein Projekt, dessen Ziel eine umfassende Jugendförderung ist (...)", heißt es. Das Logo der Bildungsversammlung ähnelt dem Symbol einer ukrainischen extrem rechten Gruppierung: C14, auch bekannt als „Sich" (СІЧ), wurde 2010 als Jugendbewegung der rechten Partei „Swoboda" gegründet. Kein Wunder, denn einer der Mitbegründer, Jewhen Karas, war zuvor ein Anführer von C14. Ihr zweiter Mitbegründer, Mykola Pantschenko, war dort ebenfalls Mitglied. C14 ist eine Gruppe, die für internationale Schlagzeilen sorgte, weil sie im Jahr 2018 für einen Überfall auf ein Roma-Lager mitverantwortlich war und ihr Name im Rahmen einer Morderмittlung auftauchte. Dennoch hat sich die Bildungsversammlung in der Ukraine und darüber hinaus erfolgreich in den Mainstream eingearbeitet.

Ein Beispiel dafür, wie gut sich die extrem rechten Bewegungen etablieren – bis hin zu einem Treffen mit dem Präsidenten eines EU-Landes – ist die von der NATO und Deutschland unterstützte „Resilience League" genannte „Herbstschule" in Estland des führenden estnischen Think-Tank „Internationales Zentrum für Verteidigung und Sicherheit" (ICDS). Diese wurde 2018 laut ICDS von der NATO, der deutschen Botschaft in Estland und der Friedrich-Ebert-Stiftung (Baltische Staaten) unterstützt. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist als größte parteinahe Stiftung in Deutschland mit der SPD verbunden. An der Veranstaltung nahm auch die Präsidentin Estlands, Kersti Kaljulaid, teil. Nach Bekanntwerden der rechten Verstrickungen erklärte das ICDS in den estnischen Medien, die rechten Verbindungen nicht gekannt zu haben. Die Verbindungen der Bildungsversammlung zu C14 wären nicht schwer zu finden gewesen. Panchenko war auf einem Foto zu sehen, auf dem er bei einer Kundgebung ein Transparent mit dem C14-Logo hält. Auf dem Banner prangt das Keltenkreuz als gängiges neonazistisches Symbol. Laut der ICDS-Webseite waren an der Veranstaltung „Redner, Ausbilder, sachkundige Spezialisten und anerkannte Praktiker" aus einer Reihe europäischer Länder beteiligt. „Letztes Jahr besuchten wir unsere Partner", schrieb Panchenko selbst dazu. Die Social-Media-Profile der Organisationen machen zumindest kein Geheimnis daraus, dass die Bildungsversammlung seit langem mit C14 in Verbindung steht. C14-Mitbegründer Karas ist auch auf der Homepage der Bildungsversammlung als Mitbegründer aufgeführt.



Die Werbung zur Buchvorstellung (Franco Freda) präsentiert die Flaggen italienischer Faschisten.

Bildungsträger mit Vergangenheit?

Die politischen Zusammenhänge um C14



Der Mitbegründer von C14, Mykola Panchenko, trägt ein Transparent mit dem „White Power“ Symbol (Keltenkreuz)

sind gut dokumentiert, ein (Rück)blick auf die Berichterstattung des Auslandssenders „Deutsche Welle“ etwa hätte genügt. Am 18. Juni 2015 zitierte dort ein Bericht den ukrainischen Minister für innere Angelegenheiten Arsen Awakow in einem brisanten Mordfall aus dem Jahr 2015. Nach Angaben des Ministers führten die Ermittlungen zu Hinweisen auf eine Beteiligung konkret genannter Verdächtiger. Dazu zählten DNA-Untersuchungen von zurückgelassener Kleidung am Tatort, die Identifizierung durch Zeugen sowie Überwachungsergebnisse der zwei Verdächtigen. Das Verfahren gegen die extrem rechten C14-Mitglieder Andrij Medvedko und Denys Polischtschuk wegen des Mordes an einem Reporter der Zeitung „Sewodnja“ läuft schon seit über vier Jahren und steht unter dem Druck von Kampagnen extrem rechter Unterstützergruppen. Erst Ende 2017 wurde überhaupt die Anklage in Kiew erhoben. Ihr Image hat die Organisation in dieser Zeit bereits erfolgreich wieder aufpoliert. C14 erhielt – wie auch andere extrem rechte Organisationen – finanzielle Mittel vom ukrainischen Staat. Die Abteilung für national-patriotische Erziehung im ukrainischen Ministerium für Jugend und Sport finanzierte etwa eine „Sommerschule“ der Bildungsversammlung im August 2019. Darüber hinaus war die Bildungsversammlung im Juli 2019 Gastgeber eines Vortrags der Kiewer Zweigstelle des Europäischen Studentenforums (AEGEE), das sich selbst als „eine der größten interdisziplinären Studentenorganisationen Europas“ bezeichnet. Im Juni 2019 veranstaltete die Bildungsversammlung eine Schulung von „Patriot Defence“, einer „NGO“, die von der Gesundheitsministerin gegründet wurde. Diese hat bereits in der Vergangenheit Erklärungen zur Unterstützung von C14 abgegeben und ist auf Fotos neben C14-Mitgliedern zu sehen.

Es gibt viele Beispiele für hochrangige Mitglieder der ukrainischen Politik und Gesellschaft, die auf den Bildungsversammlungen erschienen sind. Mittlerweile haben extrem rechte Gruppen ihre Rhetorik und Sprache etwas angepasst und sich als „Verteidiger der Ukraine“ gegen Russland positioniert. Ihre Bezüge zum Neonazismus leugnen sie oder weisen sie als Kreml-Propaganda ab. Diese Gruppen der extremen Rechten profitieren nicht nur von der Straffreiheit ihrer Aktionen. Offensichtlich unbeeindruckt von den Berichten der Medien und Menschenrechtsorganisationen über extrem rechte Gewalt fließen Gelder der Regierung weiterhin in die Projekte, Pläne und öffentlichen Bilder der extremen Rechten. In der aktuellen Corona-Krise bekam C14 sogar hoheitliche Aufgaben übetragen. Die Kommission der Kiewer Administration ermächtigte die Gruppe, als Teil der „Kommunalen Wache/Varta“, Ausweise zu kontrollieren und sicherzustellen, dass die Kontrollierten u.a. eine Ausgangserlaubnis bei sich führen.

Terroristen als Vordenker

Sich in der Parteidemokratie geschickt zu bewegen, macht die ukrainische extreme Rechte keinesfalls zu deren Teil, denn ideologisch bleiben sie Anhänger der NS-Ideologie und (post)faschistischer Terroristen. Ihre Agenda übertüncht eine dünne pseudo-intellektuelle Fassade. Der „intellektuelle“ Flügel der Asowschen Bewegung möchte demnächst Bücher des neofaschistischen italienischen Terroristen Stefano Delle Chiaie übersetzen (siehe AIB 72). Eine (nichtgenehmigte) Buchpräsentation am 17. Dezember 2019 im Museum der Universität Kiew galt dem italienischen Neofaschisten Franco Freda, dessen Schriften bereits ins Ukrainische übersetzt wurden. Freda hat für seine neofaschistischen Aktivitäten mehrere Jahre im Gefängnis verbracht, unter anderem für seine Rolle bei einer Reihe von Bombenanschlägen in Italien. Skurril dabei ist der Umstand, dass der Neofaschist Franco Freda ein Fan des russischen Präsidenten Wladimir Putin ist. In einem Interview im November 2018 lobte er den Mann, der die Annexion der Krim und den Einmarsch in die Ostukraine durch Russland inszeniert hat: „Putin ist ein Champion der weißen Rasse“, sagte Freda. „Ich denke an die slawischen Völker, sie sind diejenigen, die den Zweiten Weltkrieg gewonnen haben ... sie sind natürlich brutale Individuen, aber sie sind die einzigen, die sich widersetzen können.“ •

TITEL

Ob durch Kampfsport-Events und -Trainings, vermeintliche Brauchtumpflege oder RechtsRock-Konzerte: Das, was vor allem im Zentrum der neonazistischen Bewegung in Kiew geboten und verwirklicht wird, wirkt anziehend und motivierend – vor allem für Neonazis außerhalb der osteuropäischen Metropole.

Die Ukraine: Sehnsuchtsort der extremen Rechten

Ausgehend von alt-eingesessenen Organisationen wie „Blood & Honour Ukraine" über aus Russland importierte Gruppen wie „Wotanjugend" bis hin zur heutigen „Militant Zone", wird in der Historie der ukrainischen Neonazi-Szene vor allem Folgendes vereint: Elite-Denken, militanter und militärischer Habitus sowie internationales Sendungsbewusstsein.

Waren diese Aspekte bis zum Euromaidan 2013 im Großen und Ganzen nur der eingeschworenen rechten Subkultur vorbehalten, versucht heute vor allem die Partei und Organisation „National Korps" - die 2016 dem neonazistischen Asow-Regiment entsprungen ist - diese Aspekte in die Mitte der Gesellschaft zu tragen.

Krieg als Common Sense

Das Erstarken der extrem rechten Bewegung in der Ukraine ist nicht nur der Dynamik der Maidan-Proteste geschuldet, auch parlamentarische Entscheidungen und Zugeständnisse in den Ministerien sind dafür maßgeblich verantwortlich gewesen. Eines der Schlüsselmomente dürfte dabei die Eingliederung der Asow in die ukrainische Nationalgarde im Jahr 2014 gewesen sein. Ursprünglich war Asow eines von etwa 80 Bataillonen, die in den Krieg gezogen waren. Ein Bataillon aus „Freiwilligen" suggeriert man in Selbstdarstellungen, ein Bataillon aus Freischärlern und Söldnern dürfte die treffendere Beschreibung für die Asow sein.

Sicher schon vor dem Krieg mit Russland gab es in der Ukraine aktive Neonazi-Organisationen wie „Blood & Honour" (B&H) und extrem rechte Parteien wie etwa „Swoboda", doch die militärischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine ließen erstmals eine lange Sehnsucht der Szene zur Realität werden. Nämlich die, Märtyrer glorifizieren zu können, mit denen auch der Rest der Gesellschaft etwas anfangen kann. Bilder eines ehrbaren Kampfes und den „Helden" des Krieges prägten sich in das kollektive Gedächtnis. Der Mythos, einen Krieg gegen den „mächtigen Russen", gegen dessen Annexionsbestrebungen umstrittener Gebiete und damit gegen den Bolschewismus zu führen, vereinte Neonazis und Nationalisten. Nun wurden die Neonazis zu den „Söhnen der Ukraine", denen Medaillen verliehen werden und im Todesfall öffentlich gedacht wird. „Slawa Ukraina, herojam slava - Ruhm der Ukraine, Ruhm den Helden" wurde nicht ohne Grund zum populären Gruß, obgleich er dem ultra-nationalistischen Lager entstammt.

Der Schritt, zivile Organisationen unter der Schirmherrschaft des Asow-Regiment ins Leben zu rufen, war wichtig, um den Krieg fassbar erscheinen zu lassen. Es entstand das „Asow Civil Korps" und die Organisation „National Korps". Das eingegliederte „Sport Korps" bewegt sich hingegen in einem abgesteckten Bereich und bietet Kampfsporttrainings und Möglichkeiten, sich im Ring des „Reconquista Club"[1] zu messen. Rechte Hooligans, etwa von den Vereinen Dynamo Kyjiw oder Metalist Charkiw, werden so an die Strukturen gebunden, zu denen sie im Rahmen der Maidanbesetzung bereits Kontakte knüpfen konnten. Aktuell ist vor allem Denis „Nikitin" Kapustin bemüht, junge Menschen aus den Ultra-und Hooliganszenen an das „National Korps" heran zu führen. Beispielhaft steht dafür das unpolitisch wirkenden MMA-Event „F1ght K1ngs", dass er in Kooperation mit dem „Reconquista Club" im Mai 2019 organisierte. Einige der angetretenen Kämpfer waren bereits Angehörige des Asow-Regiments und der Organisation „National Korps", andere sympathisieren mit der Szene, sind dem nationalistischen Lager und dem Hooliganmilieu zuzurechnen.

Das „Young Flame Fest", welches im Sommer 2019 vom „National Korps" in einer Art Freilichtmuseum abgehalten wurde, zeichnet ein ähnliches Bild. Neben der Präsentation von slawischem Brauchtum und Folkmusik fanden besonders die „Teamfights" enormen Anklang. Auf sandigem Boden traten gleichzeitig mehrere Kämpfer in die von hölzernen Tribünen umge-



Einflussreich auch außerhalb der Neonazi-Musikszene: v.l.n.r.: Arseney Klimachev, Ievgen Gapon („Nokturnal Mortum") und Alexey Levkin

bene Arena. Mittendrin Denis Kapustin, der die Kämpfe offenbar als Ringrichter begleitete.

Mit viel Pathos und dem Entzünden eines Scheiterhaufens endete das „National Korps" Fest. Die am Nachmittag noch leger bekleideten jungen Männer trugen nun einheitliche, mit Tarnmuster versehene Partei-Kleidung.

„Wenn der Nationalrevolutionär im Einsatz ist, dann trägt er keine Freizeitkleidung, keine Werbung für Bands oder Sonstiges, sondern einzig und allein die vorhandene Parteikleidung.", schreibt auch die deutsche Neonazi-Partei „Der III. Weg" ihren Anhängern vor. Dass die Kleinst-Partei regelmäßig in der Ukraine zu Gast ist und das „National Korps" als Vorbild sieht, ist offensichtlich.

Musik als Waffe

„Alle Leute die deutsch sprechen, macht mal Lärm, macht Lärm! Sieg Heil", dröhnte eine Stimme fordernd über den Lautsprecher am 13. Dezember 2019 in Kiew. Die Aufforderung zu der in Deutschland strafbaren Handlung, der nicht wenige der anwesenden Neonazis inbrünstig nachgingen, war in fließenden Deutsch vorgetragen, wenn auch mit russischem Akzent. Es liegt nah, dass es sich um die Stimme Denis Kapustins handeln könnte, der einen großen Teil seines Lebens in Deutschland verbrachte, 2017 in die Ukraine zog und als Drahtzieher dieses Kampfsport-Events gilt. Das Logo der Marke „White Rex", die Kapustin einst gründete und das auf dem Boden des Rings prangte, spricht für diese Annahme.

Etwa 200 Neonazis befanden sich an diesem Freitagabend in der Mala Opera im Zentrum Kiews, um sich u.a. MMA-Kämpfe anzuschauen. Die Fightnight namens „Winterraid" war dabei Teil des zweitägigen „Asgardsrei Fest" – das bislang größte NS-Black Metal-Festival (NSBM) in ganz Europa. Auf eine überdurchschnittliche Anzahl west-euopäischer Gäste kann die Veranstaltung jedoch erst ab 2016 blicken, was an der Ankündigung der französischen NSBM-Band „Peste Noire" gelegen haben könnte. 2018 bestand bereits das halbe Line-Up des Festivals aus Bands aus Süd-und Westeuropa, darunter deutsche Bands wie „Absurd", „Nordglanz" und „Stahlfront". ZuschauerInnen aus dem NSBM-Bereich fand man 2018 gleichermaßen wie Personen aus anderen Spektren der Szene: Angehörige des extrem rechten Brandenburger Kampfsport-Clubs „Northsidecrew" und der „Kampfgemeinschaft Cottbus", Personen aus dem Organisationskreis des „Kampf der Nibelungen", sowie VertreterInnen der Neonazi-Partei „Der III. Weg". Der seltene Auftritt der deutsch-österreichischen NS-Hardcore-Band „Terrorsphära" und das MMA-Turnier dürften Gründe gewesen sein, warum das Publikum so durchmischt war.

2019, beim achten „Asgardsrei Fest", fand man hingegen keine deutschen Bands. Auch schien es, als würde die Behörden erstmals auf die Anreise europäischer Neonazis mit Druck reagieren.

„Wollen sie zu dem rechten BM Konzert in Kiew, sind sie in der rechten Szene aktiv, haben sie Kontakte zur rechten Szene, sind sie im Kampfsport aktiv und wollen sie zu dieser rechten MMA Box Veranstaltung", wäre Ralf S. am Flughafen in Frankfurt am Main von Zivilbeamten gefragt worden, schreibt er in einem Konzertbericht. „Fuck you Mr. Zelensky!", richtet wiederum eine tschechische Neonazi-Aktivistin auf Instagram an den amtierenden Präsidenten der Ukraine. Sie sei in Kiew sechs Stunden von der Polizei festgehalten worden und ihr Lebenspartner Lukas R. habe ein Einreiseverbot bis 2022 erhalten.

Nicht einmal bis nach Kiew kam eine deutsche Reisegruppe der Partei „Der III. Weg". Schon in Berlin griff die Bundespolizei u.a. Oliver Oe. ab, um ihm eine Ausreiseuntersagung zu erteilen.

Organisatorisch ist vor allem „Militant Zone" für das „Asgardsrei" verantwortlich. Daneben findet man seit 2010/2011 „SvaStone" als Sponsor fast aller musikalischer und sportlicher Zusammenkünfte. Gruppen wie „Blood & Honour Ukraine" (B&H) werben dagegen schon seit Jahren nicht mehr öffentlich für Konzerte, und das nicht ohne Grund. Denn hinter „SvaStone" steckt Arseniy „Bilodub" Klimachev. Er ist Sänger der RechtsRock-Band „Sokyra Peruna", die seit über 20 Jahren auf der Bühne steht und als Aushängeschild der ukrainischen RechtsRock-Szene gilt. Klimachev selbst war Mitbegründer des „wahren Blood & Honour" in der Ukraine, nachdem die „alte" B&H-Division 2002 aus dem weltweiten Neonazi-Netzwerk verbannt wurde. Mit der Anbindung von „Sokyra Peruna" und Klimachev an B&H wurde der Grundpfeiler für internationale Kontakte geschaffen und Konzerte in Osteuropa maßgeblich ermöglicht. Schon 2005 konnte so die Leipziger Band „Odessa" in der Ukraine auftreten, während im Hintergrund die Fahne der „Skinheads Chemnitz" gehisst wurde – der Nachfolger des UnterstützerInnen-Netzwerks des NSU, B&H Sachsen. Hakenkreuz-Flaggen waren es wiederum, die Michael Regener, ehemals Sänger der Berliner Neonazi-Band „Landser", entgegengestreckt wurden, als er 2013 mit seiner Band „Die Lunikoff Ver-

Foto: Screenshot Telegram





René Marschke
25. September ·

Früher oder später kriegen wir euch....



Foto: Screenshot Facebook

Oben: „Teamfights" beim „Young Flame Festival" 2019
Rechts: René Marschke im September 2019 bei Schießübungen in Kiew

schwörung" in Kiew spielte. Kontinuitäten, die heute u.a. beim „Fortress Europe"-Konzert auffallen.

Vormals hatte die ukrainische B&H-Division das „Perun Fest" mit internationaler Beteiligung jährlich im Sommer organisiert, nun trat 2019 „SvaStone" mit dem ersten „Fortress Europe"-Konzert an. Um Bands wie „Blue Eyed Devils" aus den USA zu sehen, reisten u.a. Yves Rahmel, Holger M., Paul Morgenstern und Mathias Brüsehaber nach Kiew. Personen, die dem deutschen B&H-Milieu bis zum Verbot 2000 angehörten und gegen die teilweise Ermittlungsverfahren wegen Fortführung von B&H in Deutschland liefen. Für 2020, wo das zweite „Fortress Europe"-Konzert geplant ist, soll Mathias „Frösi" Brüsehaber aus Mecklenburg-Vorpommern selbst auf der Bühne stehen, als Sänger von „Path of Resistance". Desweiteren sind die deutschen Bands „Frontalkraft" und „Übermensch" für das zweitägige Konzert im Mai 2020 angekündigt.

Durch „Militant Zone" konnte das Konzert-Geschehen um Arseniy Klimachev's „SvaStone" um einen weiteren Multiplikator erweitert werden. Dennoch wird das Label, bzw. die Promotion von Olena Semenyaka – Kontaktperson für Auslandsangelegenheiten des „National Korps" – und Alexey Levkin getragen.

Levkin, u.a. Sänger der NSBM-Band „M8l8th", stammt ursprünglich aus Russland und war dort Mitte der 2000er Jahre Teil einer Neonazi-Straßengang, die nicht nur für die Schändung jüdischer und muslimischer Friedhöfe verantwortlich war, sondern der auch mindestens vier Morde zur Last gelegt wurden. Levkin selbst saß 2006 in Haft und musste sich bis 2011 einer psychiatrischen Behandlung unterziehen. In Russland war er zudem Kopf der „Wotanjugend", eine militant und konspirativ ausgerichtete Organisation, die vor allem virtuell Neonazi-Propaganda verbreitet und Konzerte organisiert. 2013 mit Beteiligung der deutschen Liedermacher Sebastian Döhring („Fylgien") und Jan-Peter Kersting („Jan Peter").

Mit dem Wegzug Levkins ins Exil nach Kiew fanden auch in der Ukraine Aktivitäten der „Wotanjugend" statt. In Kooperation mit der „Misanthrophic Divison" – ein internationaler Zusammenhang von UnterstützerInnen der Asow – war für März 2016 auch die deutsche Neonazi-Band „Kraftschlag" angekündigt, sowie erneut Sebastian Döhring. Er selbst präsentiert sich heute als Vertreter der „Wotanjugend – Sektion Germania". Im Mai 2019 hatte die Gruppe in der Uckermark einen Vortrag zum Thema „Ukraine/Russland – Freiheitskampf Europas" initiiert mit anschließendem Liederabend mit „Fylgien" und Mirko Szydlowski als „Liedermacher Barny". „Barny" stand schon 2013 beim „Perun Fest" von „Blood & Honour Ukraine" in Kiew auf dem Flyer.

„Wotanjugend" sei eine Online-Gemeinschaft gewesen, die zu „Hardcore" sei um sie öffentlich physisch präsentieren zu können, sagte Levkin 2019 in einem Interview. Vielmehr noch unterstütze er real das „National Korps", das bereits eine Bewegung sei. Er selbst diente der Asow in der Ostukraine als Söldner und sieht sich als „politischer Ideologe" des Regiments.

Wesentlicher Bestandteil seiner Ideologe, die sich im „Asgardsrei"-Festival und in seinen Bands „M8l8th" und „Adolfkvlt/AK-VLT" widerspiegelt, ist der Mystifizierung des Krieges und die meta-politische Ebene des Nationalsozialismus. Sowohl das Asow-Regiment wie auch dessen historisches Vorbild, die Waffen SS, verwendeten spirituelle und esoterische Elemente in ihren Darstellungen. Einem religiösen Kult ähnelnd sprachen bzw. sprechen diese elitären militärischen Verbände von der Formung eines „neuen Menschenschlag" aus „Übermenschen". Auch religiöse Rituale gehören zu diesem Kult. Waren es in NS-deutschen Zeiten die nordischen Götter, so suchen die ukrainischen Neonazis bei der slawischen Götterfigur „Perun" Schutz. „Töten für Wotan" steht auf den Flaggen der „Misantrophic Division" und auch das Symbol der „Schwarzen Sonne", dass die ersten Jahre Bestandteil des Abzeichens der Asow war, dürfte nicht von ungefähr kommen. Esoterische Kreise der Waffen SS hatten das aus mehreren übereinandergelegten Hakenkreuzen bestehende Symbol erfunden.

Realer Zugang zu Waffen

„Um über den Krieg zu singen, muss man gekämpft haben. Um über Mord zu singen muss man getötet haben", erklärte Alexey Levkin der griechischen Neonazi-Partei

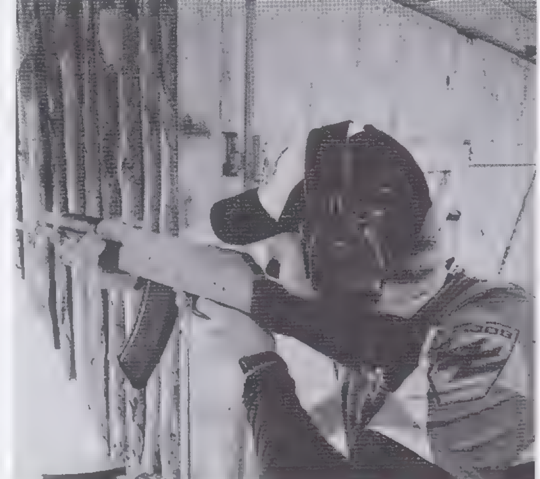




Foto: Screenshot Instagram, Screenshot denik.cz

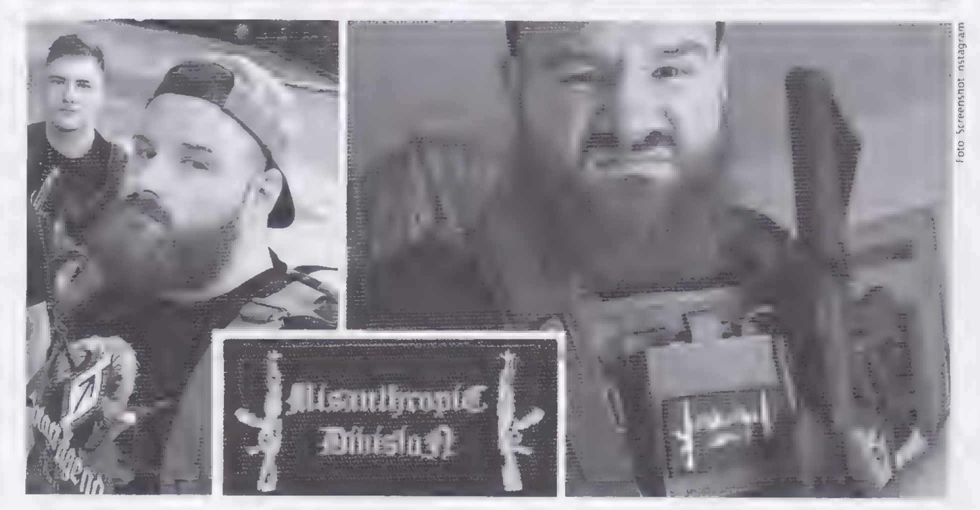


Foto: Screenshot Instagram

Oben: Ondřej Kliner, links im Bild beim Schießtraining im T-Shirt des Asow-Regiments, rechts in seiner Tätigkeit als Lokalpolitiker im tschechischen Derflice
Unten: Ralph Schießl, links im T-Shirts der „Wotanjugend“ und rechts im Bild mit einer AR-15, dazu ein Tactical Patch der „Misantrophic Division“

„Chrysi Avgi“ („Goldene Morgenröte“) in einem Interview, wie Michael Colborne und Oleksiy Kuzmenko in einer Recherche[2] im September 2019 heraus fanden. Über den Krieg kann auch Arseniy Klimachev mit „Sokyra Peruna“ ein „Lied“ singen. Das Booklet ihrer 2018 veröffentlichten CD „Дорога В АТО -Road to ATO“ ist gefüllt mit Bildern von Klimachev im Kriegsgeschehen. ATO ist die Kurzform für „Anti-Terrorist Operation Zone“ und beschreibt das umkämpfte Gebiet im Osten der Ukraine, welches pro-russische Separatisten besetzten. In einem Musikvideo der Band ist Klimachev mit Söldnern der Neonazi-Miliz „Prawyj Sektor“ (dt.: „Rechter Sektor“) zu sehen. Die im Zuge des Euromaidan entstandene und bis heute einflussreiche Miliz ist hinsichtlich der ideologischen Ausrichtung vor allem mit der Asow vergleichbar. Nur wurde der „Rechte Sektor“ nicht in die Nationalgarde eingegliedert.

Das auch auswärtige Neonazis am Krieg in der Ukraine teilnahmen, dürfte mittlerweile unbestritten sein. Namen gibt es jedoch nur wenig, etwa den von Ondřej Kliner aus dem tschechischen Derflice. Laut Selbstdarstellungen in den sozialen Netzwerken war er als Freiwilliger mit dem Asow-Regiment am Kriegsgeschehen in der ATO, u.a. in Mariopol beteiligt. In Tschechien, nur wenige Kilometer von der Grenze zu Österreich entfernt, ist Kliner heute als Ortsvorsteher tätig.

Auch weiterhin verschlägt es ihn nach Kiew, etwa 2019 zum „Asgardsrei“-Festival. Bilder zeigen ihn in diesem Rahmen mit dem Österreicher Fotografen und Neonazi Tobias Bauer. Dieser hatte bei der MMA-Veranstaltung „Winterraid“ Fotos geschossen und scheint ebenfalls von den Strukturen der „National Korps“ begeistert zu sein. In Österreich ist Bauer eng mit einem der Sänger der NS-Hardcore-Band „Terrorsphära“, Ralph Schießl, verbandelt. Auch dieser hat Unmengen von Bezügen zum bewaffneten Kampf. „Train as you fight“ kommentierte Schießl eines seiner Bilder auf Instagram, wo er mit einem Sturmgewehr, einem AR-15, zu sehen ist. An der dort präsentierten Weste trägt er ein Tactical-Patch der „Misantrophic Division“. In der Ukraine war Schießl im Dezember 2018 u.a. als Musiker auf dem „Asgardsrei“ zugegen.

Mit einer Maschinenpistole des Typs Vector K10 präsentierte sich Mitte September 2019 hingegen der aus Schwedt (Oder) stammende und heute in Berlin geschäftlich tätige René Marschke. „Früher oder später kriegen wir euch“, kommentierte er Bilder und Videos von sich am Schießstand in der Ukraine, der alles andere als offiziell oder lizensiert wirkt. Sein Primärziel in Kiew war eigentlich ein Konzert mit den Neonazi-Bands „Kategorie C“ aus Bremen und „Sokyra Peruna“.

Nur kurze Zeit davor, Ende August 2019, war Marschke schon einmal in Kiew. Da jedoch für ein Fotoshooting für die rechte Cottbuser Marke „Label 23“.

An Kontakten zu Personen mit Zugängen zu Waffen dürfte es den auswärtigen Neonazis nicht fehlen. Eine Auflistung mit Belegen und Bezügen könnte hier noch Seiten füllen. Zielführender erscheint jedoch herauszuarbeiten, welche deutsche Gruppen in Betracht ziehen, Organisationen nach dem Vorbild der Ukraine auch hier zu Lande zu etablieren. Offensichtlich ist der rege Austausch der Partei „Der III. Weg“ mit der ukrainischen Bewegung. Bislang wenig beachtet ist hingegen, dass aktuell Neonazis aus dem Raum Rostock einen Ableger der ukrainischen Neonazi-Gruppe „Tradition and Order“ in Deutschland aufbauen. Hauptprotagonist ist dabei der Deutsch-Ukrainer Ivan Kormilitsyn, der im Sommer 2018 im Ausbildungslager der Asowschen Bewegung mit Waffen hantierte. •

1 Zweistöckiges Gebaude in Kiew, dass ein Restaurant und einen Saal [illegible] Ring beherbergt und [illegible] Struktur des „National Korps“ [illegible] **2** [illegible] uk-and-europe/20[illegible] the [illegible] neo-nazi-group-that-call[illegible] ukraine-home/

TITEL

Die Situation der LGBTI in der Ukraine

Zwischen aggressiver Intoleranz und ermutigenden Signalen

In der Ukraine wurde Homosexualität erst 1991 endgültig legalisiert und im Jahr 2015 verabschiedete das Parlament in Kiew auf Druck der Europäischen Union erstmals ein Antidiskriminierungsgesetz für Schwule und Lesben. Die „Europarats-Kommission gegen Rassismus und Intoleranz" (ECRI) berichtete 2017 in einem Bericht über Übergriffe gegen sexuelle und geschlechtliche Minderheiten, Vorurteile gegen diese seien in der Bevölkerung noch weit verbreitet. So glaubten 2013 noch zwei Drittel der Bevölkerung, Homosexualität sei eine „Perversion". LGBTI-feindliche Übergriffe waren und sind eine Konsequenz daraus. Das LGBTI-Menschenrechtszentrum „Nash Mir" hat unter dem Titel „Alte Probleme, neue Perspektiven" einen Bericht zur Situation in der Ukraine im Jahr 2019 vorgelegt. Die Entwicklung der letzten Jahre kann man z.B. auf queer.de verfolgen.

Gewalt gegen LGBTI

Im September 2019 fand der CSD „Kharkiv Pride" mit rund 2.000 Menschen in Charkiw statt, obwohl der Bürgermeister die Kundgebung verbieten wollte. Rund 500 Ultra-Nationalisten, rechte Hooligans und einzelne orthodoxe Priester hatten sich zu einem „Marsch für traditionelle Werte" als Gegenveranstaltung versammelt. Nach dem CSD wurden mehrere Personen von Mitgliedern der Neonazi-Gruppe „Freikorps" angegriffen und verletzt. Einige Tage zuvor hatten Neonazis eine LGBTI-Veranstaltung belagert und Anwesende mit Farbe beworfen. Im April 2019 wurden Teilnehmerinnen einer „Europäischen Lesben-Konferenz" in Kiew in ihrem Hotel angegriffen. Im November 2018 verletzten nationalistische Schläger nach dem „Trans*-Marsch 2018" in Kiew zwei Frauen und einen kanadischen Journalisten. Im Juli 2018 stürmten in Charkiw mehrere Personen das Büro der LGBTI-Organisation „Pride-Hub". Die mit Gasmasken vermummten Angreifer zerstörten Teile der Einrichtung, warfen eine Rauchbombe und versprühten Gas, die zehn LGBTI-Aktivist*innen vor Ort mussten fliehen. Im April 2017 störten Anhänger des „Rechten Sektors" in Kiew die „Bemalung des Bogens der ukrainisch-russischen Völkerfreundschaft". Anlass für die Verkleidung in Regenbogenfarben war der „Eurovision Song Contest", der unter dem Motto „Celebrate Diversity" stand.

Staatliche Diskriminierung

Viele LGBTI-Aktivist*innen haben kein Vertrauen in lokale Behörden. Der Stadtrat der Großstadt Riwne hat im Dezember 2019 fast einstimmig ein Verbot einer queeren Kundgebung beschlossen. Für den Antrag der nationalistischen „Swoboda" stimmten 36 von 42 Abgeordneten. In der Beschlussvorlage wurde gefordert, die „Bewerbung aller Arten abweichenden sexuellen Verhaltens" an Plätzen zu verbieten, an denen Familien ihre Freizeit verbringen. Die CSD-Ankündigung kam von einem Fake-Facebook-Profil, das schon früher erfundene Meldungen zu Homosexuellen in die Welt gesetzt hatte, um die Stimmung gegen LGBTI anzuheizen. Die LGBTI-Organisation „Insight" warf im November 2018 der Polizei von Kiew vor, eine Kundgebung anlässlich des „International Transgender Day of Remembrance" unzureichend geschützt und rechtswidrig abgebrochen zu haben. In Czernowitz konnte im Mai 2018 eine LGBTI-Veranstaltung nicht stattfinden, die bereits im Vorfeld öffentlich von rechten Gruppen bedroht wurde. Organisator*innen kritisierten unzureichende Schutzmaßnahmen der Polizei auch beim „Festival der Gleichberechtigung": Die Türen des Veranstaltungsortes waren sabotiert worden und rechte und religiöse Störer konnten sich in der Umgebung versammeln. Polizisten ließen sogar drei Priester in den Festival-Raum, welche beteten und die Teilnehmenden aufforderten, die Veranstaltung und die Stadt zu verlassen, weil sonst die Stadt „explodieren" könnte. Nach einer Bombendrohung und einer Rauchbombe erzwang die Polizei eine „Evakuierung" der LGBTI-Veranstaltung. Ein Bezirksgericht in Odessa verurteilte im Februar 2018 einen rechten Aktivisten für einen Anschlag auf einen queeren Club der Stadt zu einer Bewährungsstrafe von drei Jahren. Dieser hatte im Juli 2015 gemeinsam mit einem Mittäter eine Granate in den Eingangsbereich des Clubs „Libertin" geworfen. Ein Security-Mitarbeiter wurde dabei verletzt. Der Täter hatte vor dem Club die Parole „Familienwerte zuerst - Rechter Sektor" angebracht. Auch warf er eine Granate in ein weiteres Gebäude, das zuvor einen queeren Club beherbergt hatte. Extrem rechte und nationalistische Gruppierungen setzen ihre Politik der aggressiven Intoleranz unbeirrt fort und versuchen alle LGBTI-Aktivitäten aktiv zu verhindern.

Wandel?

Auf staatspolitischer Ebene gab es im Oktober 2019 ein pressewirksames Signal ge-



Screenshot YouTube

Bereits im Mai 2017 storten Neonazis und rechte Hooligans die Demonstrationen zum Internationalen Tag gegen Homo-und Transphobie in Charkiw.

gen LGBTI-Feindlichkeit. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj widersprach bei einer Pressekonferenz dem homophoben Kommentar eines Zwischenrufers mit den Worten: „Über LGBT: Ich will nichts Negatives sagen, weil wir alle in einer offenen Gesellschaft leben, in der es egal ist, welche Sprache man spricht, welchen ethnischen Hintergrund und welche sexuelle Orientierung man hat. Lasst diese Leute um Gottes Willen in Frieden leben." Die führenden politischen Kräfte versuchten sich 2019 von LGBTI-Themen eher fern zu halten. Im Jahr 2019 wählten die Ukrainer einen neuen Präsidenten und damit eine neue Regierung. Die Politik, insbesondere im Bereich der LGBTI-Fragen, hat sich dadurch jedoch nicht grundlegend geändert. Zwar sind die neu gewählten Abgeordneten weniger anfällig für die Annahme von homophoben Initiativen, sie haben aber auch keine aktive Rolle bei der Förderung der Gleichberechtigung. Erstmals wurde ein Unterstützer der ukrainischen LGBTI-Bewegung Berater für Außenpolitik und das Gesundheitsministerium und machte sich öffentlich für den Schutz der Rechte von LGBTI-Menschen und gegen homo-/transphobe Vorurteile stark. Eine offizielle Delegation nahm als erste ukrainische Regierungsinstitution erstmals an dem „Equality March" 2019 in Kiew teil. Im Herbst 2019 verhinderten Kirchen und religiöse Organisationen die Verabschiedung eines Gesetzentwurfes zum Schutz vor Diskriminierung, der auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Da die ukrainischen Behörden mehrheitlich Anhänger religiöser und konservativer Kräfte sind, wurde den Forderungen der Kirchen und religiösen Organisationen bereitwillig nachgekommen. Dabei enthielt der Gesetzentwurf keine grundlegenden Änderungen der Antidiskriminierungsgesetzgebung der Ukraine. Die ukrainischen Kirchen haben ihre homophobe Haltung nicht geändert. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2019 brachten jedoch eine neue Generation an die Macht – jünger, moderner und weniger religiös. Die wichtigsten Kirchen-Lobbyisten haben ihre mächtige Position verloren. Trotz ermutigender Signale sind bisher keine wirklichen Entscheidungen zum Thema Gleichberechtigung von LGBTI getroffen worden.

Deren Hauptgegner sind nach wie vor nationalistische Gruppen, Kirchen und religiöse Organisationen, die sich dem „Schutz der traditionellen Familie" verschreiben. Im Mai 2019 versuchte etwa der Stadtrat von Czernowitz ein Gleichstellungsfestival zu verbieten. Anatolij Tschesanow, Mitglied der Fraktion „Ridne Misto" („Heimatstadt"), erklärte, sein Vorschlag verletze zwar Menschenrechte, aber „die Gesellschaft ist nicht bereit dafür". Im Dezember 2019 wurde ein ähnlicher Beschluss vom Stadtrat von Riwne auf Initiative von Swoboda eingebracht. Im September versprach der Bürgermeister von Charkiw einen „Gleichheitsmarsch" gerichtlich verbieten zu lassen. Erst nach einer Beschwerde hat das Bildungsministerium den Unterrichtskurs „Grundlagen der Familie" vorläufig suspendiert, das Lehrbuch enthielt religiöse, sexistische, diskriminierende und unwissenschaftliche Erklärungen. Anders als in den vergangenen Jahren hat der „Rat der Kirchen und religiösen Organisationen" in diesem Jahr nicht bei der Regierung beantragt, den Gleichstellungsmarsch in Kiew zu verbieten. Die Vatikan-Mission in der Ukraine hatte die katholischen Gemeinden zuvor aufgefordert, sich nicht mehr an solchen Initiativen zu beteiligen. Ukrainische Kirchen und religiöse Organisationen waren dennoch weiterhin aktiv an zahlreichen Märschen und Festivals „zum Schutz der traditionellen Familie" beteiligt, die in vielen Städten durch die homophobe Initiative „Alle zusammen!" unter der Leitung des Journalisten und religiösen Aktivisten Ruslan Kukharchuk durchgeführt wurden.

Die bestehende Strafgesetzgebung ist für eine korrekte Einstufung von Hassverbrechen gegen LGBTI völlig ungeeignet, denn andere Motive als die der „Rasse", der ethnischen Herkunft oder des religiösen Glaubens gibt es dort nicht. Der Bericht von „Nasch Mir" zählt zwei durch Hass auf LGBTI-Personen motivierte Morde im Jahr 2019 auf, in 27 Fällen wurden Verstöße gegen das Verbot der Diskriminierung durch Strafverfolgungsbehörden gemeldet. Viele Opfer wenden sich aus Angst der Offenlegung ihrer sexuellen Orientierung erst gar nicht an die Polizei. Vor allem in kleineren Städten und Dörfern wird vermehrt über Erpressungsfälle berichtet, in denen Männer als auf der Partnersuche getarnt Informationen über das Privatleben und intime Fotos schwuler Männer sammeln, um diese damit zu erpressen. Die Dunkelziffer dürfte daher wesentlich höher sein. •

TITEL

AfD-Hinterbänkler auf pro-russischem Parkett

■ Die Ukraine ist kein zentrales Thema in der AfD, nur wenige AnhängerInnen äußern sich über das Land. Diese dafür um so intensiver. Grundsätzlich lässt sich beobachten, dass die Ukraine vor allem als Krisenregion und hierbei primär als Gegnerin Russlands eine Rolle spielt. In der Regel dominiert Einseitigkeit ihre Positionen, Themenfelder jenseits des Konflikts werden selten kommentiert. In den Wahlprogrammen der AfD tauchen Positionen über die Ukraine nur indirekt auf, indem Sanktionen und andere Maßnahmen gegen Russland, die aufgrund der Krimannexion und seinen militärischen Aktivitäten in der Ostukraine aufgestellt wurden, unisono abgelehnt werden.

Auch andere Ereignisse werden durch eine Art „Russlandbrille" gedeutet. So kommentierte der AfD-MdB Armin-Paulus Hampel den Wahlausgang im Juli 2019, dieser lasse „auf den Ausgleich mit Putin" hoffen, wenn die „westlichen Nationen dem neuen Präsidenten Selenskyi keine Steine in den Weg legen". Ansonsten freut sich Hampel lediglich darüber, dass die „viel geschmähten, sogenannten ‚populistischen Parteien' (...) auch dort in der unübersehbaren Aufstiegszone" seien.

AfD-PolitikerInnen waren zwar mehrfach in der Ukraine, aber lediglich auf der Krim bzw. der umkämpften Ostukraine, um sich dort mit anderen VertreterInnen extrem rechter Parteien als WahlbeobachterInnen im Dienste Russlands zu betätigten. So wurde versucht den dort abgehaltenen Abstimmungen bzw. Machthabern demokratische Legitimität zu geben.

Zu erklären ist dies durch die seit Jahren zu beobachtende Hinwendung der Partei zu prorussischen Positionen. (Vgl.: AIB Nr. 115) So lehnen viele AfDler nicht nur eine einseitige Fixierung auf transatlantische Bündnisse ab, sondern befürworten „einen Pakt mit Russland gegen den Westen" und sind AnhängerInnen von Eurasienkonzepten, die rechts-gedeutet, ideologisch „um antiliberale, autoritäre, völkisch-homophobe Elemente" erweitert werden.[1] Deutlichstes Beispiel dafür war der „Russland-Kongress" der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt im Jahr 2017.[2] Putin gilt mit seiner Politik vielen deutschen Rechten auch außerhalb der AfD als Vorbild, wenn nicht gar als Heilsbringer.

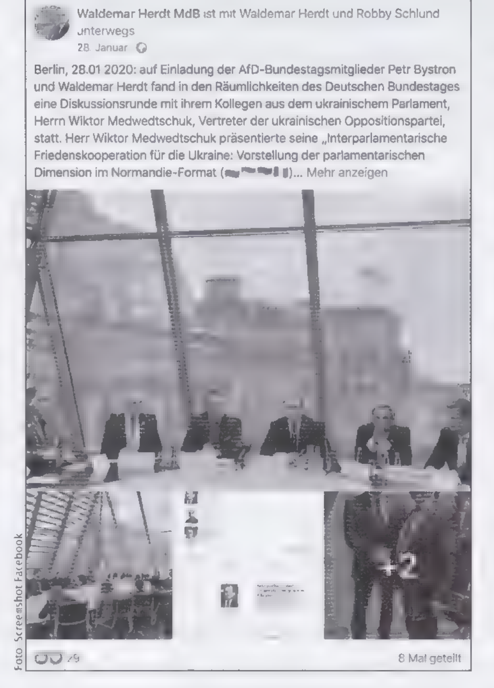


Foto: Screenshot Facebook

Facebook-Beitrag vom AfD-MdB Waldemar Herdt über die Veranstaltung mit Wiktor Medwedtschuk im Bundestag

Russland wiederum dankt es der AfD mindestens mit Aufwertung und positiver Berichterstattung in den Staatsmedien, wo AfD-PolitikerInnen merklich überrepräsentiert sind. Es ist eine strategische Nutzung solcher Befürworter, um seine aggressive Außenpolitik zu legitimieren. Dies lässt sich auch in anderen Ländern Europas beobachten und geht bis hin zu finanzieller Unterstützung z.B. des Front National in Frankreich. In Deutschland erhofft sich die AfD dadurch auch, Zustimmung bei russlanddeutschen Wählerschichten zu bekommen.

Waren zu Anfangszeiten der AfD unter Lucke durchaus auch Positionen vertreten, wonach z.B. die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation als völkerrechtswidrig bezeichnet wurde, haben sich AfD-VertreterInnen mittlerweile zu Dauergästen auf der russisch-besetzen, ukrainischen Halbinsel entwickelt. Und nicht nur dort, auch in der von prorussischen Separatisten kontrollierten Donbass-Region sind AfDler regelmäßig zu Besuch. Dabei lassen sie sich gerne für lokale Propaganda einspannen, um im Gegenzug durch vermeintliches Agieren auf internationalem Parkett glänzen zu können. Hierbei fallen vor allem HinterbänklerInnen der AfD auf, die versuchen, sich über solche Aktionen zu profilieren.

Ein besonders umtriebiger Akteur ist der Berliner AfD-Abgeordnete Gunnar Norbert Lindemann, der eigentlich für den öffentlichen Nahverkehr in der Fraktion zuständig ist, aber regelmäßig nach Osteuropa, vor allem in die besetzten Teile der Ukraine, fliegt. Nach eigenen Angaben war er seit 2014 bereits fünf Mal auf der Krim, im Donbass „bestimmt sieben-, acht- oder neunmal". Dort lässt Lindemann sich dann von lokalen Verantwortlichen herumführen bzw. herumreichen, posiert für Fotos und gibt lokalen Medien



Foto: blu-news.org CC BY-SA 2.0


Foto: Screenshot rusvesna.su


Foto: Screenshot YouTube

Ganz links: Rechte fordern 2015 in Dresden Hilfe von Putin auf einem Pegida-Aufmarsch

Links oben: Spendenübergabe durch Zoz, Gretzinger und Lindemann an uniformierte Kinder in der Ostukraine

Links unten: Richard Gretzinger, Henning Zoz und Gunnar Lindemann werden im Februar 2020 durch die Ostukraine geführt

Interviews. Teilweise scheinen diese Touren auch eine Art Urlaubscharakter für ihn zu haben. Mit seinem Sohn traf er im Donbass die extrem rechten „Nachtwölfe" und besuchte ein Moskauer Museum. Auf dem Instagram-Profil des 16-jährigen Sohnes fanden sich auffällig viele Fotos von dort ausgestellten Hakenkreuz-Fahnen. Zudem posierte er mit einem Sturmgewehr.[3]

Zuletzt war Lindemann mit dem Berliner Rentner Richard Gretzinger (Mitglied bei „Russlanddeutsche für die AfD") und dem Kuratoriumsmitglied der „Desiderus-Erasmus-Stiftung", Henning Zoz, im Februar 2020 in der ostukrainischen Stadt Donezk. Fotos zeigen neben dem üblichen Programm auch eine vermeintliche Spendenübergabe der Drei an ein Kinderheim. Warum die dort gezeigten Kinder alle in Camouflage gekleidet sind, wird allerdings nicht weiter kommentiert.

Zwar sollen Lindemanns Aktivitäten dem Vernehmen nach in Teilen der Berliner AfD-Fraktion nicht ganz unkritisch gesehen werden, konkrete Folgen hatten diese Reisen für ihn jedoch nur in der Ukraine: Da nach dortiger Gesetzeslage die besetzten Gebiete weiterhin als ukrainisch betrachtet werden, ist der AfD-Politiker somit mehrfach illegal in das Land eingereist und bekam deswegen ein mehrjähriges Einreiseverbot für die Ukraine.

Lindemann ist vielleicht der skurrilste Vertreter, bei weitem aber nicht der einzige: So waren u.a. der AfD-MdB Ulrich Oehme[4] im März 2018 auf der Krim und in gleicher Mission bereits die Landtagsabgeordneten Udo Stein und Thomas Rudy 2016 im Donbass als Wahlbeobachter unterwegs. Organisiert wurden solche Reisen teilweise durch den rechten Netzwerker und „ZUERST!"-Chefredakteur Manuel Ochsenreiter. Der Vertraute des extrem rechten Eurasien-Vordenkers Alexander Dugin ist im Konflikt ebenfalls eindeutig positioniert. Wie wir im AIB Nr. 122 berichtet hatten, geht seine Unterstützung für Russland offenbar so weit, dass er einen Brandanschlag polnischer Neonazis in der Westukraine in Auftrag gab.[5] Bis zum Bekanntwerden der Vorwürfe war Ochsenreiter Mitarbeiter des AfD-MdB Markus Frohnmaier, der ebenfalls mehrfach auf die Krim reiste.

Wenige Tage vor dem letzten AfD-Trip in die Ostukraine fand im Januar im Bundestag eine Veranstaltung von Petr Bystron und Waldemar Herdt statt, die in sozialen Netzwerken als „wichtige(r) Schritt zur Lösung des Donbasskonfliktes" verklärt wird. Man habe VertreterInnen aus der Ukraine und Russland an einen Tisch gebracht, um „das Gespräch zwischen den Konfliktpartnern zu fördern, Lösungen aufzuzeigen und so einem Frieden zwischen Russland und der Ukraine näher zu kommen." Der Redner dieser Veranstaltung war allerdings kein geringerer als der umstrittene, pro-russische Oligarch und ukrainische Oppositionsführer Wiktor Medwedtschuk. Er ist ein enger Vertrauter Putins, der sogar Taufpate seiner jüngsten Tochter ist.[6] Um diesen mit Vertretern der russischen Botschaft an einen Tisch zu kriegen, brauchte es nicht die AfD. Lösungen für den Konflikt brachte der Termin ebenfalls nicht, aber für die Inszenierung der Beteiligten wird er seinen Zweck erfüllt haben.

Dass diese Aktivitäten jedoch nicht zwingend im Widerspruch zu Verbindungen von AfD-AnhängerInnen mit militanten ukrainischen Neonazis stehen, bewiesen die EXIF-Recherchen um Ivan Kormilitsyn, der im August 2018 im Asow-Ausbildungsgelände ATEK an Waffen trainierte. Im Dezember letzten Jahres war er für die AfD in den Rostocker Ortsbeirat Groß-Klein eingezogen, aber im Februar seiner Abwahl aufgrund der Recherchen durch Rücktritt zuvorgekommen. Dieser Fall dürfte jedoch eher Ausdruck dessen sein, dass die AfD, gerade dort, wo der Flügel stark ist, auch weiterhin für Neonazis attraktiv ist, als dass es wahrnehmbaren Widerspruch zum aktuellen Kurs in ihrer Ukraine/Russland-Politik gibt. •

1 AIB 115 / 2.2017 | Auf dem Weg nach Eurasien **2** www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-verteidigt-putin-auf-ihrem-russlandkongress-15149657.html **3** www.tagesspiegel.de/berlin/maschinengewehr-hakenkreuze-und-nachtwoelfe-die-skurrilen-urlaub[illegible]-des-afd-politikers-gunnar-lindemann/25224352.html **4** Oehme war Unterzeichner der „Erfurter Resolution" und wird dem „Flügel" zugerechnet. Im Bundestagswahlkamp[illegible]warb er mit der verbotenen SA-Losung „Alles für Deutschland" **5** AIB 122 / 1.2019 | Gab ein AfD-Mitarbeiter einen Brandanschlag in Auftrag? **6** www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-warum-putins-freund-wiktor-medwedtschuk-ins-parlament-einzieht-a-1278039.html

NS-SZENE

Mit der Festnahme von Franco A. und Durchsuchungen bei der Gruppe „Nordkreuz“ in Mecklenburg-Vorpommern (AIB Nr. 122) wurden rechte Netzwerke in Polizei und Bundeswehr teilweise offengelegt. Die juristische Aufarbeitung allerdings ist lückenhaft, entpolitisierend und trägt zur weiteren Aufklärung kaum etwas bei.

„Jegliche extremistische Tendenzen sind mir fremd“

Prozess gegen Ex-SEKler und „Nordkreuz“-Chat-Administrator Marko G.

CARO KELLER (NSU-WATCH)

Am 20. November 2019 wurde am Landgericht Schwerin der Prozess gegen Marko G., Administrator der Chatgruppe „Nordkreuz“, eröffnet. Bei der Durchsuchung seines Hauses in Banzkow im August 2017 wurde er zunächst nur als Zeuge geführt. Warum sich das nach den Funden von Waffen und mehreren Zehntausend Schuss Munition nicht änderte, gehört zu den offenen Fragen des Verfahrens. Zum Beschuldigten wurde der ehemalige KSK- und SEKler erst 2019: Haus und Bungalow wurden erneut durchsucht, wieder wurden Waffen und enorme Mengen Munition gefunden. Marko G. kam in Untersuchungshaft.

Vorkehrungen für den „Tag X“

Die Verhandlung lief auf Verstöße gegen Kriegswaffenkontroll-, Waffen- sowie Sprengstoffgesetze hinaus. Nur in der Anklage der Staatsanwaltschaft wurde ansatzweise klar, warum die Sicherheitsvorkehrungen und der mediale Andrang wohl nicht den Alltag des Landgerichts widerspiegelten. Etwa 45 Minuten brauchte die Staatsanwältin bei der Verlesung der Anklageschrift, um alle 2017 und 2019 bei G. gefundenen Munitionsteile und Waffen vorzulesen. Sie machte deutlich, dass G. Munition und Waffen gelagert, besessen und gesammelt habe, um die Ziele der Gruppen „Nordkreuz“ und „Nord.com“ zu verwirklichen. Es habe sich dabei um deutschlandweite Chatgruppen gehandelt, in denen man sich für einen „Tag X“ gegenseitige Hilfe versprochen habe. Ende Januar 2016 habe G. die Chatgruppe „Nordkreuz“ als Infokanal gegründet, um die Aktivitäten der Mitglieder zu koordinieren und zu organisieren. Es sei ihm gelungen 40 Mitglieder zu werben, darunter auch die in anderen Verfahren angeklagten Jan Hendrik H. und Haik J., denen die Bundesanwaltschaft die Vorbereitung einer „schweren, staatsgefährdenden Straftat“ vorwirft.

Inhaltlich sei in diesen Gruppen besprochen worden, dass die Bundesregierung die Macht verlieren könnte, beispielsweise durch die aktuelle Flüchtlingspolitik. Um in einer solchen Situation nicht zum Opfer zu werden, habe man Vorkehrungen für einen „Tag X“ treffen wollen. Die Gruppen hätten sich regelmäßig zu Schießübungen getroffen, die von H. organisiert wurden und der zu seinem Geburtstag einen „Mehmet Turgut-Pokal“ als Preis ausgelobt hätte. Diesen habe er nach eigenem Bekunden nach Mehmet Turgut benannt, der 2004 in Rostock vom NSU ermordet worden war. In der Einladung sei die Rede von einem „bedauernswerten südländischem Neumitbürger“, der „vor gar nicht allzu langer Zeit durch fiese Mörderhand“ ermordet worden sei. Von dem auf Treffen gesammelten Geld habe G. Nahrungsmittel, Leichensäcke, Ätzkalk sowie anderes Material erworben. Er sei zudem bestrebt gewesen, so genannte safe houses und Depots zu suchen. Seine vornehmliche Aufgabe als Waffenexperte habe darin bestanden, Waffen und Munition zu beschaffen. Diese habe er u.a. von dem eingesammelten Geld gekauft oder auf unbekannte Weise u.a. von der Bundeswehr und Polizeien in Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Sachsen und Bayern besorgt. Diese Orte waren auf der Munition als eigentliche Empfänger angegeben. Ein Ziel habe G. in einem Collegeblock notiert: Für seine Gruppen wollte er mindestens 40.000 Schuss für den „Tag X“ besorgen. G. selbst war überraschend nicht wegen einer schweren staatsgefährdenden Straftat angeklagt. Die Verfahren gegen H. und J. wurden abgetrennt, so dass für eine Anklage nach § 129 wegen Bildung einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung rechtlich die dritte Person fehlt. Dieses Verhalten des Generalbundesanwalts machte der Verteidigung von Marko G. das Verfahren in Schwerin umso leichter.

Patronen aus ganz Deutschland

Der Vorsitzende Richter machte deutlich,





Foto: Pixelarchiv

Links: Haig J. am 23. November 2019 auf dem Weg zum „Königsstuhltreffen" des völkisch-nationalistischen Flügels der AfD in Binz

Rechts: Marko G. (mit Basecap) 2015 auf einem Aufmarsch der AfD in Schwerin

dass er selbst die Angaben der Staatsanwaltschaft zum Netzwerk „Nordkreuz" und dessen Zielen nicht als Teil des Verfahrens sehe. Es gehe nur darum, dass G. Waffen und Munition besessen habe, Gegenstand der Anklage sei nicht die Zugehörigkeit des Angeklagten zu einer Gruppe oder dessen politische Ausrichtung. Deutlich machte der Richter sein Ziel eines schnellen, ruhigen Verfahrens im Umgang mit (potentiellen) Zeug*innen. Geladen waren nur eine Handvoll Anwesende der Hausdurchsuchungen, Waffensachverständige und ein Auswerter der Chatgruppen. Aussagen aller anderen Zeug*innen – um die 25 Namen standen dabei im Raum – wurden auf Vorschlag des Richters hin im Selbstleseverfahren eingeführt. Das unterläuft ein öffentliches Aufklärungsinteresse, wogegen sich auch die Staatsanwaltschaft nicht durch weitere Zeug*innenladungen widersetzte.

Im Verfahren waren die offenen Fragen, die die Zeugen hinterließen oft interessanter, als die Antworten die sie gaben. So berichtete ein Polizeizeuge des LKA Hamburg, er habe festgestellt, dass die gefundenen Munitionsteile ursprünglich an Polizeidienststellen, Bundeswehrstandorte und Schießstände in ganz Deutschland ausgegeben wurden. Wie sie ihren Weg nun aber in das Haus und den Bungalow von Marko G. fanden, wollte offenbar niemand von den Verfahrensbeteiligten im Rahmen des Prozesses in Erfahrung bringen. Nur in der Anklage wurde kurz angedeutet, dass Marko G. offenbar andere Polizisten darum gebeten hatte, ihm Munition zu beschaffen.

Die Wege von Waffen und Munition nach ihrer Zeit bei Marko G. lassen ebenfalls Fragen offen und sorgten bei den im Verfahren anwesenden Journalist*innen für Verwunderung. Anders bei den Prozessbeteiligten, die nicht nachfragten, als Matthias He., Beamter des Landratsamtes Ludwigslust-Parchim, u.a. zuständig für die Erteilung von Waffenbesitzkarten und Bekannter von Marko G., geladen war. He. wurde 2017 vom BKA zur ersten Durchsuchung bei G. dazu gebeten. Im Anschluss an die Durchsuchung übergab ihm das BKA sämtliche aufgefundenen Waffen und die Munition. He. sollte alles auflisten, die Durchsuchungskräfte wollten das nicht machen. Er sollte darauf achten, dass nichts wegkomme. Einmal verladen, blieben die Waffen allerdings nicht bei He. Er versuchte sie an den Waffenhändler und Schießstandbesitzer Frank Th., bekannt als der Besitzer von „Baltic Shooters" aus Güstrow, weiterzugeben. Dieser hatte zuvor allerdings eine größere Waffenlieferung bekommen und daher keinen Platz mehr. Hier hätten sich Nachfragen nicht nur zur Verfahrensweise angeboten. Denn Frank Th. hatte Verbindungen zum „Nordkreuz"-Netzwerk und auf seinem Schießplatz fanden viele der Schießübungen statt, bei denen Marko G. mitunter auch als Anleiter auftrat.

Waffenbegeisterung anstatt rechter Terror

Selbstverständlich hatten G. und seine drei Anwälte Erklärungen für alle Vorwürfe parat. Die Leichensäcke? Wasserdichte Hüllen für Schlafsäcke! Die Hitlerbilder in den Chats? Makaberer Humor, um den Alltag beim SEK zu bewältigen! Die Uzi mit Schalldämpfer, die 2019 bei G. gefunden wurde? Beim angeblichen Kauf auf dem Parkplatz einer Waffenmesse „siegte meine Faszination für Waffen und wahrscheinlich auch Abenteuerlust über meine Vernunft". Eines seien weder G. noch seine „Prepper"-Freunde gewesen: politisch. Ein kritischer wertkonservativer Bürger sei er, er stehe damit auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung, zu der er sich bekenne: „Jegliche extremistische Tendenzen sind mir fremd." Im Plädoyer sprach sein Verteidiger, der Hamburger Rechtsanwalt Robert Kain, dann auch von „rechtsradikalen lustigen Bildern", die man einfach weiterleite, betonte den Besserungswillen seines Mandanten und dass er die meisten Waffen sowie den Hauptteil der Munition legal besessen habe. Er fügte hinzu, dass die Staatsanwaltschaft bei Marko G. wegen seiner Spezialausbildung von einer besonderen Gefahr ausgehe. Wenn aber Kriegswaffenkontroll-, Waffen- und Sprengstoffgesetz doch für Sicherheit sorgen sollten, bei wem seien die Gegenstände in sichereren Händen als bei dem Profi Marko G., der als Präzisionsschütze ausgebildet und als polizeilicher Schießtrainer tätig gewesen sei? Alles andere sei Quatsch.

Das Gericht schwenkte auf die Linie des Angeklagten und seiner Verteidigung ein, sprach von Waffenbegeisterung anstatt von rechtem Terror und veruteilte G. unter dem Beifall seines Netzwerks auf den Rängen zu einem Jahr und neun Monaten Freiheitsentzug auf Bewährung – elf Monate unter der Forderung der Staatsanwaltschaft. Diese hat trotz ihres mäßigen Aufklärungsinteresses Revision gegen das Urteil eingelegt. •

NS-SZENE

Eine fortlaufende Groteske

Zum Verbot von „Combat 18 Deutschland"

EXIF RECHERCHE

Der Vollzug des Verbotes von „Combat 18 Deutschland" am 23. Januar 2020 und die Verbotsverfügung vom 6. Dezember 2019 bilden den Höhepunkt der Groteske, die sich seit Jahren im staatlichen Umgang mit dieser Struktur zeigt.

Durch die 71-seitige Verbotsverfügung zieht sich die konsequente Verweigerung, die Gruppe so zu benennen wie sie sich selbst nennt, wie sie im internationalen Netzwerk aufgestellt iat und dort anerkannt wird: „Blood & Honour / Combat 18" (B&H/C18). Lediglich im deutschen Rahmen tritt sie, um allzu offene Bezüge auf das verbotene B&H zu vermeiden, zumeist als „Combat 18 Deutschland" auf. Ebenso deutlich zieht sich die Verleugnung der tatsächlichen Größe und Dimension der Organisation durch die Verfügung.

Sieben von Hundert

In der Verbotsverfügung werden der Gruppe „mindestens 20 Mitglieder" zugerechnet. Tatsächlich ist „Blood & Honour / Combat 18" bzw. „Combat 18 Deutschland" eine Organisation, die aus mehreren Untergruppen und Sektionen besteht und der insgesamt an die 100 Personen angehören dürften. Das Bundesministerium reduziert „Combat 18 Deutschland" auf einen eng gesteckten Kreis um den Eisenacher Stanley Röske (ehemals Hessen), der nur eine von mehreren Führungspersonen der Organisation ist. Andere Gruppen und Sektionen von „Combat 18 Deutschland" werden komplett ignoriert. Weder wurde bei deren Mitgliedern durchsucht, noch wurden diese Gruppen in der Verbotsverfügung als Teil von „Blood & Honour / Combat 18" bzw. „Combat 18 Deutschland" erwähnt.

Zu den sieben Personen, denen die Verbotsverfügung zugestellt wurde, zählen neben dem Kopf Stanley Röske aus Eisenach (Thüringen), Keven Langner aus Erfurt (Thüringen) als sein Stellvertreter, David Görgen aus Trierweiler (Rheinland-Pfalz), Josef Liedtke (geb. Irchenhauser) aus Wildau (Brandenburg), Gregor Alexander Michels aus Malchin (Mecklenburg-Vorpommern), Daniel Ott aus Lautertal (Hessen) und Robin Schmiemann aus Castorp Rauxel (Nordrhein-Westphalen).

B&H/C18 Divided

In der Verbotsverfügung wird nicht ein einziges Mal auf das Selbstverständnis von „Combat 18 Deutschland" eingegangen, Teil des internationalen Netzwerks von „Blood & Honour" zu sein bzw. das authentische und „anerkannte" deutsche „Blood & Honour" darzustellen. Dabei lässt die Organisation fast keine Gelegenheit aus, dies zu betonen. Die Organisation „Blood & Honour" ist in Deutschland seit dem Jahr 2000 verboten. In der „Combat 18"-Verbotsverfügung wird lediglich angemerkt, dass ein 2018 erschienener Musiksampler von „Combat 18 Deutschland" auf dem Cover das Kürzel von „Blood & Honour" abbildet und dass „im Rahmen ihrer Aufnahmeprüfung Fragen zur Historie von ‚Combat 18' als auch zur verbotenen Organisation ‚Blood & Honour' gestellt werden".

Es ist absurd. Im Dezember 2018 ging die Staatsanwaltschaft München mit Razzien gegen Röske und mehrere Mitglieder der bayerischen Sektion von „Combat 18 Deutschland" vor. Dabei ging es unter anderem um die Produktion des schon erwähnten Musiksamplers, die bayerische B&H/C18-Neonazis zusammen mit Stanley Röske über Ungarn abgewickelt haben sollen. Die bayerischen Behörden ermittelten explizit wegen der Weiterführung von „Blood & Honour" und vermieden es in ihren Verlautbarungen, diese Gruppe als „Blood & Honour / Combat 18" bzw. als „Combat 18 Deutschland" zu benennen. Ein Jahr später wird „Combat 18 Deutschland" verboten, die bayerische Sektion bleibt dabei unangetastet, der Aspekt der Weiterführung von „Blood & Honour" spielt auf einmal keine Rolle mehr und „Blood & Honour" wird in der Verbotsverfügung nur am Rande gestreift.

Die Chefs

In der Verbotsverfügung wird aufgeführt, dass der Engländer William Browning, ein Mitbegründer von „Combat 18" in den frühen 1990er Jahren, heute der Europachef ist und in ständigem Kontakt zu den Mitgliedern in Deutschland steht. Auch erhält er Mitgliedsbeiträge von „Combat 18 Deutschland". Durch die Veröffentlichung der Kontoauszüge von Röske durch die Recherche-Plattform Exif, gerieten Röske und „Blood & Honour / Combat 18" in Deutschland in Bedrängnis und Röske suchte eilig Rat bei Browning. Noch am Tag der Exif-Veröffentlichung am 16. Juli 2018, versuchte sich Röske über Brownings Lebensgefährtin mit dem Europa-Chef zu verabreden: „Würde Freitag gern zu euch kommen oder Samstag. Muss den weiteren Weg bereden....Was sagt W?"



Screenshot Facebook

Marko Gottschalk (3.v.l.) posierte im April 2019 bei facebook in einer „Brothers of Honour"-Kutte.

William Browning pflegt ein reges und vertrautes Verhältnis vor allem zu Robin Schmiemann. Als es im April 2018 um die Organisation eines konspirativen „Combat 18" Treffens ging, schickte Browning ein Handy an Schmiemann, welches für Stanley Röske bestimmt war. Über das Telefon sollte später per SMS der Treffpunkt der Zusammenkunft kommuniziert werden.

Wer alles nicht betroffen war

Schmiemann gilt als die rechte Hand von Browning und trat am 26. Juli 2019 in einem Videoclip als Sprecher von „Combat 18 Deutschland" auf. Schmiemann ist zugleich ein führender Vertreter der „Brothers of Honour". Die blieben in der Verbotsverfügung unerwähnt. Es dürfte den Verfasser:innen im Innen- und Heimatministerium des Horst Seehofer einiges an Kopfzerbrechen bereitet haben, eine 71-seitige Verbotsverfügung zu verfassen und dabei nicht ein einziges Mal auf die „Brothers of Honour" einzugehen.

Die „Brothers of Honour" stellen sich mittlerweile als ein Verein auf, deren Präsident der Dortmunder Marko Gottschalk ist. Er ist Frontmann der Musikgruppe „Oidoxie", die viele Jahre als eine Art Sprachrohr von „Combat 18" auftrat und in den Neonaziszenen international Ansehen als eine Vertreterin der deutschen „Combat 18" Szene genoß. Die Recherche-Plattform Exif ging in einem Artikel „Never change a running System – Warum der Staat sich so schwer tut, gegen „Blood & Honour / Combat 18 vorzugehen" vom August 2019 ausführlich auf die „Brothers of Honour" ein und zeigte auf, wie unmissverständlich sich diese zu „Combat 18" bekennen. So traten Mitglieder der „Brothers of Honour" auch mit dem Organisationsabzeichen von „Combat 18 / Blood & Honour" auf und auf den Lederwesten der im Rocker-Style gekleideten „Brothers of Honour" prangt ein Aufnäher mit dem Spruch „Whatever it takes" („was immer auch nötig ist" / „mit allen Mitteln"). Dies ist seit den 1990er Jahren ein Leitspruch und eine Kampfparole von „Combat 18". Mit C18 und mit „Blood & Honour" will Gottschalk nichts (mehr) zu tun haben, so lässt er über seinen Anwalt bestreiten, dass die Grußformel 28FF28 („28 Forever Forever 28") einen Bezug zu „Blood & Honour" herstellen würde. Die 28 etablierte sich nach dem Verbot des deutschen B&H im Jahr 2000 als chiffriertes und legales Bekenntnis zu „Blood & Honour". Laut Gottschalk steht die 28 für „Brothers of Honour", die sich natürlich nur rein zufällig mit den Initialen 28 abkürzen. Zwischen 2012 und 2016 wohnte Gottschalk in Schweden und trat dort in der Mitgliedskleidung der „Sektion Scandinavia" von „Blood & Honour" auf.

Auch waren keine Mitglieder der Gruppe „Brigade 8" vom Verbot betroffen. Die Gruppe, die über drei bis vier dutzend Mitglieder in mehreren Bundesländern verfügt, war im März 2019 als Bruderschaft in das „Combat 18 Deutschland" Netzwerk aufgenommen worden. Die Neonazis der „Brigade 8" präsentieren sich seither in Shirts mit Aufschrift „Bruderschaft", die das Organisationskennzeichen der „Brigade 8" als auch das von „Combat 18 Deutschland" zeigen.

Auch die Treffpunkte der Gruppe, ein Haus bei Mücka in Sachsen und ein Gartengelände in Weißwasser, blieben unangetastet. Lediglich ein einziges Mal wird die „Brigade 8" in der Verbotsverfügung erwähnt, da „das Jahresabschlusstreffen von ‚Combat 18 Deutschland' am 1. Dezember 2018 im Rahmen einer gemeinsamen Konzertveranstaltung mit der rechtsextremistischen Gruppierung ‚Brigade 8' (B8) in Mücka (Sachsen)" stattfand.

Unangetastet blieben ganze Sektionen und Untergruppen von „Combat 18 Deutschland", neben der bayerischen Sektion beispielsweise auch eine mehrköpfige Gruppe aus Frankfurt an der Oder, die in den vergangenen Jahren bei kaum einem wichtigen „Combat 18"-Event im In- und Ausland fehlte und sich dabei mit C18-Symbolik in den Vordergrund drängte. Das Innenministerium Brandenburg geht in seinen Antworten auf eine kleine Anfrage der Linkspartei zu „Combat 18 in Brandenburg" nicht einmal auf die Gruppe aus Frankfurt an der Oder ein – wenig verwunderlich, denn diese pflegt ein enge Beziehung zum Kreis der „Brothers of Honour". •

NS-SZENE

Biologistisch wie kulturalistisch argumentierender Rassismus, Antisemitismus, der Bezug auf Volk, „Volksgemeinschaft und -hygiene", Homophobie, ein elitäres Gebaren sowie ein revolutionäres Interesse sind Bestandteile der Ideologie der Neonazi-Gruppe „Aktionsblog/Baltik Korps" aus Mecklenburg-Vorpommern. Der ideologische Zusammenhalt entsteht dabei nicht durch Partys und Musik, sondern über gemeinsame Kampfsportveranstaltungen, -trainings und eine Überhöhung des „gestählten" kampfbereiten Körpers. Nachfolgend wollen wir die beiden Ebenen – Ideologie und Sport – genauer in den Blick nehmen, da sie nur beispielhaft für den „Aktionsblog" stehen, jedoch in der extremen Rechten in ganz Europa Einzug finden.

Die, die nicht auf den Tag X warten wollen

Der „Aktionsblog" als moderne Wehrsportgruppe

Seit 2016 berichtet der „Aktionsblog" im Internet über seine Propaganda-Aktionen im Raum Rostock. Er ist der direkte Nachfolger bzw. die Weiterentwicklung der „Nationalen Sozialisten Rostock" (NSR), die ab 2007 im Stil der „Autonomen Nationalisten" vor allem durch deren militanten Habitus auffielen. Hauptprotagonist und Aushängeschild des „Aktionsblog" ist der in Güstrow lebende David Mallow. Schon von seinen Eltern bekam er früh völkisch-rassistische Ansichten vermittelt und ist heute, mit nicht einmal dreißig Jahren, für die Rekrutierung und Radikalisierung seiner etwa ein dutzend MitstreiterInnen beim „Aktionsblog", kurz AB, zuständig.

Den Beiträgen auf der Internetseite des AB – ihrem wichtigsten Medium – schwitzt Faschismus aus allen Poren. Auffällig ist vor allem die metaphorische und unzeitgemäße Sprache: Ein Schiff, die raue See, das tosende Meer, eine aus stahl geformte Bestie, die Schlange, das brüderliche Band des Blutes und viele weitere mehr. Der AB reklamiert für sich eine „in sich geschlossene" Weltanschauung zu vertreten, ist dabei auffällig elitär, während die Abgrenzung zu anderen extrem Rechten wenig subtil und mitunter beleidigend ist. Es geht ihnen um die Schaffung eines „neuen Typus Mensch", der nur über „Opferbereitschaft" entstehen könne.

Der heutigen Zeit diagnostizieren sie einen „kranken Geist", der durch „eiserne Machteliten", „Ströme fremder Ethnien", einer „Überfremdung der Heimat" und der „Ehe für alle" genährt werde. Sie glauben, ganz in der Tradition des biologistisch argumentierenden Rassismus, dass die „tief verborgene Kraft" durch das „gezielte Wegzüchten von Charaktereigenschaften" zur Vernichtung des Individuums geführt habe. Dahinter stehe ein „perfider Plan zu Vernichtung des gesamten Volkskörpers", den es zu durchkreuzen gelte. Dabei sprechen sie irritierender Weise nicht nur von Individuen – als sei im Faschismus das Individuum nicht nur bürgerliche Ideologie („Du bist nichts, Dein Volk ist alles") – sie betrachten sich auch selbst als „Aufklärer" über versteckte und geheime Pläne. Die Gesellschaft der Deutschen wird gemäß dem völkischen Denken als „Volksseele" betrachtet, die aber nicht mehr einheitlich funktioniere, vielmehr sei sie „durchwachsen vom teuflischen Bösen" und „abgetrennt vom Nabel des eigentlichen Blutes".

In alter faschistischer Denktradition ist ihnen der „zersetzende" Universalismus mit seinen Gleichheitsidealen der Feind der Deutschen. Sie sprechen wenig originell von „Marionetten", „Manipulation", „Systempresse" usw., die Menschen ruhig stelle und sie nicht erkennen lasse, dass ihre völkische Basis zerstört werde. Sie beklagen einen Rückgang der Natur und Landwirtschaft zugunsten von Städten aus „Beton", eine Veränderung, die sie verschwörungs-ideologisch als von „parasitärer Hand" geschaffen sehen mit dem Zweck der „Erlahmung des Volkskörpers". Dieser geschwächte „Volkskörper" drohe nun der vollkommenen Vernichtung anheim zufallen. Sie sprechen im Zuge dessen auch von einem „Weltenfeind". Auch wenn sie nicht weiter konkretisieren, wer dieser „Weltenfeind" ist, so werden hier klar antisemitische Bilder erzeugt und Assoziationen geweckt. Schon die Nationalsozialisten sprachen von Juden als „Parasiten" und „Zersetzer" und setzten diese mit dem Prinzip des Universalismus gleich.

Der „Aktionsblog" arbeitet darüber hinaus viel mit Untergangs-Vorstellungen beispielsweise durch die Rede vom „multikulturellen Zerfall". Was ist nun zu tun, um den Niedergang des deutschen Volkes



Die „Nationalen Sozialisten Rostock" und deren Nachfolger, der „Aktionsblog", auf einem Aufmarsch im September 2016 in Stralsund.
Am Banner links mit kurzer Hose: David Mallow

aufzuhalten? Das Rad, so der AB in einem Beitrag im Juli 2018, müsse nicht neu erfunden, es müsse nur wieder neu gelebt werden. Dass hier das Rad Faschismus gemeint ist, steht außer Frage: nicht nur vor dem Hintergrund der offensichtlich ideologischen Anleihen; auch weil hier - man muss das so hart sagen - ziemlich klar plagiiert wird. In einem Beitrag im September 2018 beispielsweise wird ein längeres Zitat zur unverbildeten Jugend von Joseph Goebbels aus dem Jahr 1933 verwendet, ohne zu erwähnen, wessen Geistes Kind hier schreibt.

Der AB betrachtet sich ferner als „politische Soldaten", die den Nationalsozialismus wiederbeleben wollen. Ob sie sich als „Nazis oder Patrioten sehen" würden, fragt ein Follower die Gruppe auf Instagram. Der AB antwortet: „Als Nationalsozialisten!"

In längeren Beiträgen wird der Bezug zum NS ebenfalls deutlich. So sei es „die heilige Pflicht [...] ein altes Gefüge von Kräften neu aufleben zu lassen, in einer neuen Form des ästhetischen Kultes. Wir verstehen uns als Träger eines fundamentalen Glaubens an unser Blut, sowohl als auch an unser Vaterland." Die „Parasiten" müssten identifiziert und bekämpft werden, damit die „Volksseele" sich wieder regenerieren könne, heißt es.

Ganz praktisch bedeutet dies für den AB sich sowohl an so genannten „Zeitzeugenvorträgen" von NS-Kriegsverbrechern zu beteiligen, als auch kalendarische Fixpunkte wie den Volkstrauertag zu nutzen, um sich in die Tradition des Nationalsozialismus zu stellen. In diesem Zusammenhang nehmen sie nicht nur am bürgerlichen Gedenken teil[1], sondern veranstalten auch eigene Inszenierungen wozu beispielsweise die Grabpflege im Vorfeld gehört. Weitere Aktionen umfassen das Gedenken an Horst Wessel, der als unvergessenes Vorbild inszeniert wird oder das Gedenken an den Jahrestag der Bombardierung Rostocks durch die Alliierten. Bei den Aktionen gehe es schließlich darum, „diejenigen [zu ehren], die für uns ihr Blut gaben".

Der gestählte Körper: Ab in die „Eisenschmiede"[2]

Geschwitzt wird auch bei den „Baltik Korps", dem „sportlicher Arm unseres Netzwerkes", wie der „Aktionsblog" schreibt. So heißt es in unerträglicher Schwülstigkeit: „Der Schweiß und das Blut, was wir auf den Matten der Kampfschmieden vergossen haben, und unserer ungebeugter Wille, treiben uns und unsere Sportgemeinschaft Baltik Korps ununterbrochen voran." Der Körper müsse ein „Tempel" werden und keine „Müllhalde". Dazu sei es unabdingbar sowohl auf den Fleisch- und Drogenkonsum aller Art zu verzichten und sich vollständig der „Leibesertüchtigung" hinzugeben. Diese Zucht am eigenen Körper dient keinem Selbstzweck, denn ein gesunder und sportlicher Körper ist ein kampfbereiter Körper. Vor dem Hintergrund der Vorstellungen über den Zustand der Gesellschaft wird deutlich, dass dieser Zustand nicht einfach so hingenommen werden solle. „Nur ein gesunder Geist in einem starken Körper, kann die Zukunft erstreiten." Dazu sei es wichtig, politische



Protagonisten des AB auf einem Aufmarsch der AfD im Oktober 2018 in Rostock: Guido H. (mit Schild), links daneben David Mallow

Foto: Pixelarchiv

Zirkel und aktive Sportgruppen und Familien – wir kennen Familien als die Keimzellen des Faschismus –, zu gründen.

Denn der Verfall und die Dekadenz, die der „Aktionsblog" der Gesellschaft unterstellt, wird in faschistischer Ideologie auch immer auf sich selbst und die drohende Gefahr für den eigenen Körper bezogen. Der gestählte und sportliche Körper ist der Körperpanzer, der in seiner Verbindung zu einem starken Deutschland im Nationalsozialismus für die Soldaten identitätsstiftend gewesen ist[3]. In diesem Körperbild und -bezug reproduziert sich die faschistische Ideologie im Alltag der Mitglieder des AB ebenso wie in ihrer Propaganda. Bieten sie doch mit diesem Bezug auf eine heute abgelöste Inszenierung von Männlichkeit all jenen eine Anlaufstelle, die sich im Widerspruch zu den heutigen Anforderungen an Männlichkeit sehen. Schließlich sind die „soldatischen Tugenden" und der Anspruch der Härte, wie sie die proletarische Männlichkeit ausmachte, im Wettkampf um die Hegemonie zurückgefallen[4]. An verschiedenen Stellen prahlt der AB mit seiner Kampfbereitschaft und betont die Notwendigkeit von Widerstand: „Wir müssen anfangen zu begreifen, dass wir die Zügel in die Hände zu nehmen haben. Denn: ruhig darauf warten, dass uns das Gespann an einen sicheren Ort geleitet, kann nicht Maxime unseres Handelns sein. [...] und haben wir nicht die führende Rolle auf diesem Weg, Ordnung so wird uns unser Schicksal früher einholen und somit haben wir jeglichen Spielraum zur Erhebung unseres Sein verloren." Das kollektive „Wir", was hier angesprochen wird, richtet sich an die kampfbereiten, jungen Männer, die zum verändernden Handeln aufgefordert werden. Es geht, wie es weiter heißt, um eine „wahre Veränderung nach sozialem und nationalistischem Gefühl". „Sturer Widerstand" allein reiche nicht aus, es ginge um eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft. Entsprechend der antisemitischen Zersetzungs- und Parasitenmetaphern betrachtet sich der AB denn auch als „Antikörper", die sich zu wehren wüssten: „Die in sich geschlossene Kampfgemeinschaft der nationalsozialistischen Jugend, die es sich zur Aufgabe gemacht hat in diesem neu entstandenen System der Systeme für Ordnung zu sorgen."

Ein Trainingsfeld für diese faschistischen Revolutionsphantasien, welches sich der „Aktionsblog" mit anderen Neonazis teilt, sind beispielsweise extrem rechte Kampfsport-Events. So war es auch David Mallow, der in den vergangenen Jahren mehrmals beim „Kampf der Nibelungen" (KdN) oder auch beim „Tiwaz" in den Ring trat. Anhand seiner Begleitung auf den Events, zeigt sich dabei eine weitere Vernetzungslinie und politische Schnittstelle des „Aktionsblog". Denn während zum „Tiwaz" 2018 Ivo S., Falko S., und Georg H. aus dem Rostocker Raum anreisten, wurde Mallow im Oktober des selben Jahres von Helge W. zum KdN begleitet. Die hier benannten nehmen regelmäßig an Demonstrationen der AfD in Rostock teil und agieren hierbei als gewaltsuchende Akteure am Rande der Veranstaltungen.

Doch es sind nicht nur die Randfiguren bei AfD-Demonstrationen, die über den Sport eine enge Anbindung an den „Aktionsblog" erfahren. Auch Mitglieder der AfD selbst, wie der AfD-Abgeordnete Johannes Salomon war schon gemeinsam mit den Neonazis zu Veranstaltungen erschienen. Das Netzwerk reicht zugleich so weit, dass man sogar einen Angehörigen der „Jungen Alternative Mecklenburg-Vorpommern" (JA) in den Reihen des AB fand. Ivan Kormilitsyn, der sich 2019 gleichzeitig bei der JA, wie auch beim AB bewegte, saß darüber hinaus kurzzeitig für die AfD in einen Rostocker Ortsbeirat. Bilder in den sozialen Netzwerken zeigen den Deutsch-Ukrainer zudem 2018 bei Waffentrainings des faschistischen Asow-Regiments, wie die antifaschistische Rechercheplattform EXIF publik machte. Wahrscheinlich auf Anreiz von Kormilitsyn entstand so der Beitrag des „Aktionsblog", auf dem sich die Gruppe mit eben diesem Regiment solidarisierte.

Kampfsport und die Verbindung zu anderen sporttreibenden Neonazis gehört grundlegend zur Erlebniswelt des AB. Sie werben mit offenen Trainingsveranstaltungen, die dabei mal auf Parkplätzen oder in Parkhäusern der Hansestadt stattfinden oder in einschlägigen Orten der gewachsenen Neonazi-Struktur in Mecklenburg-Vorpommern, wie dem „Thing-Haus" in Grevesmühlen. Genauso dient der Sport aber auch der Vernetzung mit anderen bundesweiten und internationalen Akteuren der gewaltbereiten extremen Rechten. So gab der heute in der Ukraine lebende, umtriebige Neonazi-Hooligan Denis „Nikitin" Kapustin Kampfsporttrainings in Mecklenburg-Vorpommern, an denen der „Aktionsblog" geschlossen teilnahm.

Sport ist dabei mehr als nur körperliche Betätigung. Es ist ein konkretes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele und Ideologie. Ein Beispiel dafür dürfte in der Vernetzung mit Dortmunder Neonazis und einer gemeinsamen „Kiezschulung" bestehen, in deren Konsequenz der AB 2017 eine Veranstaltung der Gewerkschaftsjugend am 1. Mai in Rostock zu stören versuchte.

Schon 2016 bewarb der AB einen eigenen Schulungstag zum Thema „Aktionsvorbereitung und Durchführung". „Dringend empfohlen für autonome Kleingruppen und aktivistische Freundeskreise", hieß es in dem Aufruf zur Schulung, „weil der Knast Kacke ist (…) der Knast vermeidbar ist."

Gesund und kampfbereit

Ideologisch beeinflusst und bestätigt wurde der „Aktionsblog/Baltik Korps" in seinen Ideen mit dem Aufkommen des „Straight Edge" in der Neonazi-Szene. Zwar ist der drogenfreie Lebensstil auch in der extremem Rechten nicht neu, doch die 2017 gegründete Gruppe „Wardon 21" (W21), schuf gewissermaßen einen theoretischen Überbau für die sich entwickelnde extrem rechte Kampfsportszene. So finden sich in den sozialen Netzwerken zahlreiche Beiträge von W21, die die Rolle des Sports für die bevorstehende gesellschaftliche Umwälzung betonen. Ähnlich dem großen Djihad im Islamismus[5] wollen auch die Neonazi-Kampfsportler den Kampf „in jedem Einzelnen, bei und in uns selbst" beginnen lassen. Die Verpflichtung zu einem gesunden Körper und Geist, ergebe sich aus der Pflicht gegenüber „unsere[r] Identität, unsere[m] kulturelle[m] Erbe und die Verantwortung uns selbst und unseren Familien gegenüber": Im Nationalsozialismus nannte man diese Festnagelung des Einzelnen an ein „rassisch" konstruiertes Kollektiv „Gesundheitspflicht" gegenüber der „Rasse". Der Rassenideologie Hans F.K. Günther schreibt in einer gekürzten Fassung seines Buches „Rassenkunde des deutschen Volkes" (1922/ 1933), „daß die seit einigen Jahren sich verbreitende Achtsamkeit auf das Angeborene – auf Vererbung, Rasse, Auslese, Rassenzusammensetzung und Rassenwandel der abendländischen Völker und Möglichkeiten einer Aufartung dieser Völker durch Erbgesundheits- und Rassenpflege – als Anzeichen einer Zeitenwende aufzufassen sei, die herbeizuführen sich jeder verpflichtet fühlen müsse, dem die neuen Einsichten zuteil geworden sind." Diese Erziehung zur „Gesundheit" betraf schon im Nationalsozialismus die Bereiche „Sexualität, Ehe, Familie, Erziehung, Ernährung, Kleidung, Moral, Haltung, Sport". Sowohl der „Aktionsblog", als auch „Wardon 21" stellen fest, dass der Körper möglichst vegan ernährt und drogenfrei gehalten werden soll, weil dieses Verhalten der Sicherung des „Erbgutes" dienlich sei. Sport, gesunde (vegane) Ernährung und Nüchternheit dienen der Wehrhaftigkeit, sind sich die beiden Gruppen einig. Dementsprechend verwundert nicht, dass sich Angehörige des AB wie Guido H. in den sozialen Netzwerken in erster Linie als „Der vegane Straight Edger" betiteln.

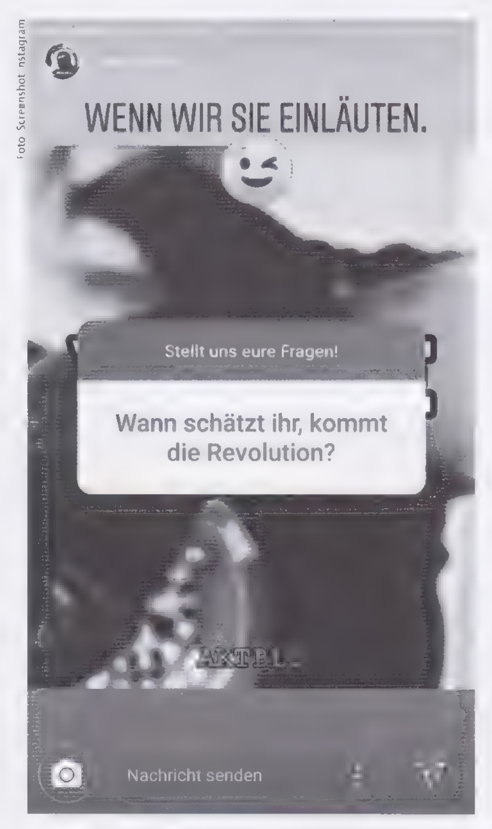


Foto: Screenshot Instagram

Revolutionsfantasien des „Aktionsblog" im Internet

Ein solcher Anspruch ist elitär und das Abgrenzungsbedürfnis zu anderen extrem rechten Akteuren dementsprechend groß: Die Bewegung sei festgefahren, amüsiere sich zu doll und sei zu verstrickt in die schlechte, sie manipulierende Lebensweise, die sie gar nicht vollends durchschauen könnten. „Als Kaste von Maulhelden" bezeichnen sie diejenigen die nicht bereit seien, sich selbstkritisch zu hinterfragen, so der AB in einem Beitrag. Es seien nie die Massen gewesen, die „Geschichte geschrieben" hätten, der revolutionäre Einzelne habe aus dieser Masse heraus zu treten und umzusetzen, „wovon sie in ihrer Gesamtheit nur redet", schreibt W21 dazu.

Das Selbstbild, aus der Masse heraus treten zu wollen und keine Opfer zu sein – ohne sich dabei als Täter oder Gewaltausübende zu bezeichnen – wird in einem Beitrag im Oktober 2019 noch deutlicher: „Wir sind die, die fruchtlos mit gehobenen Fäusten auf den Gegner zugehen. Wir sind die, die da sind, wenn es drauf ankommt. Wir sind die, die nicht auf den ‚Tag X' warten müssen, weil wir der ‚Tag X' sind!".

Ein klarer Bezug auf die in der extremen Rechten verbreitete Annahme, dass der Tag kommen werden, an dem soziale und gesellschaftliche Gefüge auseinander brechen würden und man zur Stelle sei, um die eigene Weltordnung gewaltvoll durchzusetzen.

Der „Aktionsblog" scheint noch eine Schippe drauf legen zu wollen und suggeriert, dass man auf solch einen Tag nicht warten würde. Das hieße, dass sie täglich zu einer Neuordnung der Dinge beitragen würden und die Auseinandersetzung aktiv suchen.

In Zeiten, in denen rechts-terroristische Attentate vermehrt stattfinden, Gruppen wie „Nordkreuz" Waffen und ähnliches horten und Neonazis durch Kampfsport ihre Wehrhaftigkeit vorantreiben, müssen Gruppen wie der „Aktionsblog" stärker in den gesellschaftlichen Fokus geraten. Eine Vorbereitung für den Umsturz wird schließlich nicht in geheimen Chat-Gruppen oder im Hinterzimmer diskutiert, sondern ganz offen in den sozialen Netzwerken. •

Mehr zum AB und andere rechte Akteure in Mecklenburg-Vorpommern: naziwatchrostock.blackblogs.org und astwestmecklenburg.blogsport.eu

1 vgl. astwestmecklenburg.blogsport.eu/2019/11/23/volkstrauertag-2019-in-mecklenburg-vorpommern 2 Als Eisenschmiede bezeichnet der Autor eines Beitrages das Gym, in dem er trainiert. 3 Vgl. Theweleit, Klaus: Männerphantasien und AIB Nr. 110 „Mannlichkeit in Bruderschaften 4 Vgl. Connell, Robert/ Raewyn: Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Mannlichkeiten. 5 Als „großer Djihad" wird das Bemuhen um die richtige Lebensfuhrung und gegen die eigenen Laster bezeichnet. Der „kleine Djihad" bezeichnet die Bereitschaft sich und andere zu töten unter dem Vorwand der „Verteidigung" des Islam

BRAUNZONE

In Mecklenburg-Vorpommern hat ein AfD-naher Polizist seinen beruflichen Zugang zu Datenbanken genutzt, um an personenbezogene Informationen zu gelangen. Schon wieder. Die vorangegangenen Polizeiskandale schrecken rechte Beamte offenbar nicht ab, ihren Dienstrechner für Recherchen über politische Gegner_innen zu missbrauchen – Kontrollen und Strafen haben sie selten zu fürchten.

Polizeicomputer als Suchmaschine

Der in Greifswald tätige Polizeivollzugsbeamte Dan Rachow machte keinen Hehl aus seiner Gesinnung. „ICH TRAU´ MICH GESICHT ZU ZEIGEN! FÜR MEINE PARTEI!" betitelt er sein Profilfoto im AfD-Design bei Facebook. In lokalen Diskussionsgruppen des sozialen Netzwerks äußerte er sich gegen „Multikulti", „linke Hetze" und „Eliten". Der Polizeiobermeister beließ es aber nicht bei Postings in der Facebookgruppe, sondern forschte mit Hilfe seines Dienstrechners einige linke Mitdiskutierende aus.

Die Recherchen wurden entdeckt, nachdem Anfang 2019 zwar nicht Rachow selbst, aber andere rechte Mitglieder der Facebookgruppe in den Onlinediskussionen personenbezogene Daten wie Realnamen oder Wohnorte von ihren politischen-Gegner_innen benutzten - ein Mensch wurde angerufen. Die Betroffenen erstatteten daraufhin Anzeige. Die Ermittlungen der Polizei ergaben, dass ihr Kollege gleich mehrere Datenbanken nutzte, um seine Ziele auszuspionieren: den Elektronische Vorgangsassistent (EVA), die Meldedatenauskunft (eMRA-X), das Informationssystem der Polizei (INPOL), das Einsatzleitsystem (FELIS) und das Zentrale Verkehrsinformationssystem (Zevis). Auf Daten von mindestens fünf Personen hat Rachow zugegriffen, vermutlich sind aber weitere Menschen betroffen.

Obwohl die Datenabrufe ohne dienstlichen Grund unstrittig Datenschutzverstöße sind, stellte die Staatsanwaltschaft Stralsund die strafrechtlichen Verfahren gegen den Polizisten im Frühjahr 2020 ein - mit teilweise irritierenden Begründungen. So gebe es keine Nachweise für die Weitergabe der Informationen an Dritte. Mögliche derartige Belege, wie etwa Nachrichten auf dem Handy oder Privatrechner des Beamten, scheint die Staatsanwaltschaft allerdings auch gar nicht erst gesucht zu haben. Sie verlässt sich stattdessen bei ihrer Einschätzung auf die Aussagen der vernommenen Facebook-Gruppenmitglieder, sie hätten die von ihnen benutzten Daten nicht von Rachow erhalten. Absurderweise spricht für die Staatsanwaltschaft gerade der enge zeitliche Zusammenhang von beispielsweise 23 oder 90 Minuten zwischen Datenabrufen des Polizisten und der Benutzung exakt dieser Daten durch die Gruppenmitglieder gegen eine Weitergabe.

Nicht zuletzt offenbaren die Ermittlungsbehörden einen deutlichen Mangel an Kenntnis und Vorstellungskraft hinsichtlich rechter Datensammlungen. Eine schädigende Absicht Rachows für die Datenabrufe vermag die Staatsanwaltschaft nicht zu erkennen und fragt in ihrem Einstellungsbescheid, warum der Polizist überhaupt die Daten hätte weitergeben wollen sollen. Angesichts von rechten Feindeslisten und Doxxing[1] bis hin zu Bedrohungen und Anschlägen eine geradezu ignorante Fragestellung. Welches andere Motiv ein bekennender AfD-Anhänger für illegale Datenabrufe in diesem Umfang haben sollte, wenn nicht die Schädigung politisch missliebiger Personen, lässt die Staatsanwaltschaft offen.

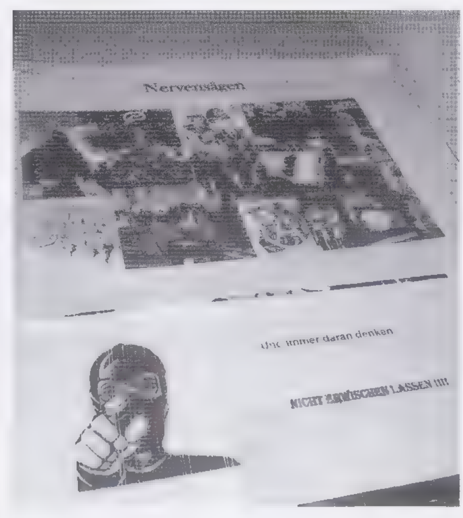
Das offenbar geringe Problembewusstsein verwundert umso mehr, blickt man doch in Mecklenburg-Vorpommern auf eine ganze Reihe von Datenskandalen nicht nur im Zusammenhang mit rechten Polizisten zurück. Bei den „Nordkreuz" - Razzien im August 2017 und Juni 2019 (siehe AIB 122) wurden neben etlichen Waffen und Munition auch tausende personenbezogene Daten von politischen Gegner_innen gefunden. Auch hier liegt der Verdacht nahe, dass ein beteiligter, ebenfalls AfD-naher, Beamter für die Informationssammlung zumindest teilweise die dienstlichen Datenbanken als Suchmaschine missbrauchte. Die schädigende Absicht liegt auch hier auf der Hand, ergingen sich die „Nordkreuz"-Mitglieder laut Zeitungsrecherchen in gewalttätigen Phantasien, wie sie mit den auf der Feindesliste aufgeführten Personen nach einem herbeigesehnten „Tag X" umgehen würden (siehe AIB 124).

Im Mai 2019 wurde bekannt, dass der Neubrandenburger Polizeipräsident im Zuge der Auseinandersetzungen um das Fusion-Festival das Sicherheitskonzept des linksalternativen Events mit ungeschwärzten Namen und Kontaktdaten von Mitarbeitenden an einen Dozenten der Landespolizeihochschule weitergegeben hat - einen ehemaligen AfD-Mann und verurteilten rechten Gewalttäter (siehe AIB 124).

Hinzu kommen weitere Datenschutzverstöße, zum Teil mit sexistischem Hintergrund. 2018 sollen Beamte ihre Dienst-

Foto Nils Borgwardt





Links: Der Greifswalder Polizist Dan Rachow bei einer AfD-Kundgebung am 16. September 2017 in Neubrandenburg

Rechts: Feindesliste des Berliner LKA-Beamten in Form einer Präsentation mit dem Titel „Nervensägen" und der Aufforderung: „Nicht erwischen lassen"

stellung ausgenutzt haben, um Minderjährigen nachzustellen oder Ermittlungsverfahren gegen Verwandte zu verhindern[2]. Für 2019 sind neben den Greifswalder Datenzugriffen acht weitere unberechtigte Abfragen der Landesregierung bekannt.[3]

Hinzu dürfte eine hohe Dunkelziffer kommen, denn eine regelmäßige Überprüfung polizeilicher Datenabrufe erfolgt nicht. Die bekannt gewordenen Fälle beruhen weitgehend auf journalistischen Recherchen, Anzeigen von betroffenen Menschen oder sind Beifang anderer Ermittlungen. Das geringe Entdeckungsrisiko dürfte illegale Datenabrufe kaum einschränken, zumal sich auch bei nachgewiesenen Verstößen die Sanktionen in Grenzen halten. Im Greifswalder Fall hat zwar eine betroffene Person Widerspruch gegen die Einstellung des Verfahrens eingelegt und gegen den beschuldigten Polizisten Dan Rachow laufen zusätzlich noch Verfahren vom Büro des Landesdatenschutzbeauftragten sowie ein polizeiinternes Disziplinarverfahren. Die Erwartungen, dass die Verfahren im Ergebnis ein deutliches Signal gegen Machtmissbrauch durch rechte Polizist_innen aussenden, sind aber gering.

Datenmissbräuche von Polizeibeamt_innen sind hierbei keine regionale Besonderheit. Bereits im AIB 122 hatten wir über einen politisch motivierten Drohbrief aus Berliner Polizeikreisen mit Nutzung personenbezogener Daten vermeintlicher politischer Gegner_innen berichtet. Auch hierzu gab es nun weitere Erkenntnisse. Bis jetzt folgenlos blieb nämlich eine polizeiliche „Feindesliste", die auf einem USB-Stick im Privatbesitz eines (ehemaligen) Staatsschutzbeamten bei einer Hausdurchsuchung gefunden wurde. Darauf gespeichert: Eine Präsentation von über 20 Personen mit dem Titel „Nervensägen". Auf dem unverschlüsselten Datenträger waren Namen, Fotos, Geburtsjahr, zum Teil Kürzel antifaschistischer Gruppen aus Berlin oder offenbar unliebsame Tätigkeiten wie „Presse" verzeichnet. Die betroffenen Journalisten, polizeibekannte Antifaschist_innen und Pressefotografen wurden hierüber nie offiziell informiert. Mitte März 2020 war von der Pressestelle der Berliner Beauftragten für Datenschutz auf Nachfrage zu erfahren, dass der skizzierte Fall dort seit kurzem bekannt sei. Ermittlungen würden derzeit geführt. Der Grund dieser Präsentation, deren mögliche Empfänger und (Mit)Ersteller wurden bisher nicht ausermittelt. Das Layout der Präsentation war im militanten Stil gehalten und schloss mit einer mit Sturmhaube vermummten Person ab, die auf den Betrachter zeigt. Daneben steht: „Und immer dran denken: NICHT ERWISCHEN LASSEN". Das zumindest ist dem Beamten Sebastian K. nicht so gut gelungen. Der Fall wurde bekannt, weil der Polizist die Drohbriefe an die Berliner „Hausbesetzerszene" an seinem Dienstrechner ausgedruckt hatte. Still und heimlich war er dafür nach einem Geständnis – an den Betroffenen vorbei – wegen Datenmissbrauchs zu einer Geldstrafe verurteilt worden.[4] Mögliche Mittäter_innen blieben so gänzlich verschont. •

1 [illegible] für documents [illegible] 2 [illegible] 3 [illegible] 4 [illegible]

ANTIFA

Trotz einer breiten antifaschistischen Mobilisierung schafft die AfD erneut den Sprung in die Hamburger Bürgerschaft

Braune Suppe statt Alsterwasser

REDAKTION AFD-WATCH HAMBURG

„Die AfD sollte nicht mehr Prozent haben als ein Alsterwasser" – so stand es auf einem der Aufkleber, mit denen die Initiative „AfD-Watch Hamburg" im vergangenen Wahlkampf gegen die rechte Partei mobilisierte. Ein gleichnamiger Web-Blog, der ein halbes Jahr vor der Bürgerschaftswahl online gegangen ist, wurde vom „Hamburger Bündnis gegen Rechts" (HBgR) initiiert. Seit 2005 recherchiert und berichtet das Bündnis kritisch über die thematischen Schwerpunkte der Rechtspopulisten und extremen Rechten inner- und außerhalb der Bürgerschaft. Diese über Jahre gewonnene Expertise erhielt nun mit dem Watch-Blog eine neue Plattform.

Raumnahme gegen AfD-Präsenz

Wichtige Aspekte, die zumindest gegen einen erneuten Stimmenzuwachs der AfD wirkten, waren die mit 63,2 Prozent gestiegene Wahlbeteiligung (gegenüber 56,5 Prozent 2015) sowie eine erfolgreiche antifaschistische Raumnahme-Kampagne, die dazu führte, dass die AfD in der Hansestadt keine privaten Veranstaltungsorte anmieten konnte. So beklagte sich der parlamentarische Geschäftsführer der AfD, Bernd Baumann, am Wahlabend beim Fernsehsender ARD darüber, was für ein schwieriges Pflaster Hamburg doch für den Wahlkampf gewesen sei. Zu den Hamburger Spezifika gehörte auch, dass Antifaschist*innen konsequent gegen die Infostände der AfD mobilisierten. Ausgestattet mit Kackhaufen-Kostümen und jeder Menge Anti-AfD-Flyern hatte diese Form der Standbegleitung vor allem zwei Wirkungen: Nach außen wurde die Partei isoliert und klargestellt: Eine demokratisch gewählte Partei ist noch lange keine demokratisch verfasste Partei. Dieses Vorgehen ermutigte andere, ihren Protest zu äußern und führte zu Solidarisierungseffekten. Nach innen dürfte die Kampagne zu Verunsicherung und Desillusionierung geführt haben: Wer sich nicht einmal auf der Straße durchsetzen kann, dem wird auch sonst wenig zugetraut. Das offizielle Gejammer lässt dies zumindest vermuten. Auch scheint die Opferrolle der AfD weniger zu funktionieren, solange die Medien diese nicht bedienen. Inflationär pochte die AfD in den Wochen vor der Wahl darauf, eine ganz „normale" Partei sein zu wollen. Hanseatisch, bürgerlich und bieder war der gesamte Wahlauftritt der Partei. Doch die Camouflage-Politik hilft nichts, wenn sich zeitgleich extrem rechte Kandidat*innen in Position bringen und der Hamburger Landesverband nach rechts außen driftet. Dies klar zu erkennen und zu benennen wird auch in Zukunft eine Aufgabe von Antifaschist*innen sein, an der sich auch „AfD-Watch" beteiligen wird. Entwarnung kann nicht gegeben werden, denn selbst wenn der Abwärtstrend der AfD anhalten sollte, so hat die AfD in wenigen Jahren dazu beigetragen, dass sich die extreme Rechte radikalisierte. Die Morde an Walter Lübcke, in Halle und Hanau sind auch eine Konsequenz aus knapp sieben Jahren AfD.

Rechtes Stelldichein

Obwohl es für einen kurzen Moment anders aussah, wurde das ausgerufene Ziel des Bündnisses, „AfD raus aus der Bürgerschaft", nicht erreicht. Mit 5,3 Prozent zieht die AfD erneut ins Parlament ein. Ein kleiner Sprung mit fataler Wirkung, schließlich hängen nicht wenige Stellen, Ressourcen und politische Einflussmöglichkeiten am Fraktionsstatus der Partei. Wer hier gewählt wurde, zeigte sich am Wahlabend des 23. Februar 2020 deutlich. Auf dem Gruppenbild in der Parteizentrale tummelte sich in der Runde der AfD-Abgeordneten der extrem rechte Youtuber, Blogger („Wahre Männer") und Misogynist Oliver Flesch. Dieser besuchte schon Tage zuvor die AfD-Geschäftsstelle, nachdem er bei der Gedenkkundgebung für die Opfer des rassistischen Anschlags in Hanau provoziert hatte, wobei auch das Tatmotiv relativiert worden sein soll. Auf einem seiner Blogs ist dazu zu lesen: „Der Täter von Hanau war nicht verwirrter als ein Klimaschützer oder eine Oma gegen Rechts". Auch die Personalien der sieben alten und neuen AfD-Abgeordneten belegen: Hier nimmt die extreme Rechte im Hamburger Rathaus Platz. Listenplatz 1: Dirk Nockemann, ein Politiker mit einer gewissen rechten Kontinuität, wenn es gegen Nichtdeutsche oder Muslime geht. 1991 arbeitete er im CDU-geführten Innenministerium in Mecklenburg-Vorpommern und wurde dort 1993 Leiter des Landesamts für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten. Als Innensenator wollte er gar ein sechs-

jähriges Kind abschieben, dessen ghanaische Eltern seit Jahren legal in Deutschland gelebt hatten[1]. Listenplatz 2: Alexander Wolf, mit Vorliebe für historische Nazilieder (-bücher) und engagierter Burschenschafter in der völkischen Burschenschaft Danubia, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird. In seinen einleitenden Worten zum erwähnten Danubia-Liederbuch steht: „'Der Schlachtruf' soll einen Beitrag liefern zu Wut, Trauer, Scham und Entsetzen angesichts der nun 50 Jahre zurückliegenden bedingungslosen Kapitulation"[2]. Wolf ist zudem Beisitzer im AfD-Bundesvorstand. Ein Posten, für den ihm seine guten Kontakte zu Burschenschaften und Netzwerken genutzt haben dürften. Auf Listenplatz 3 kandidierte die evangelikale Fundamentalistin Monika Winkler, die „den Islam" pauschal als „trennendes Element" sieht und die bei den extrem rechten Merkel-muss-weg-Kundgebungen zu Gast war. Nachdem sie auf ihr Mandat verzichtet hatte, rückte der Höcke-Anhänger Thomas Reich nach. Auf Platz 4 zieht mit Krzsztof Walczak Hamburgs Ex-Vorsitzender der Jungen Alternative (JA) ein. Er gilt als homophob und wünscht sich ein „Abtreibungsrecht" nach polnischem Vorbild. Die einzige Frau ist Olga Petersen. Die „Russlanddeutsche" ist in den Sozialen Medien besonders aktiv und lässt sich dabei u.a. von der lokalen Merkel-muss-weg-Initiatorin Marie-Thérèse Kaiser schulen. Noch am 11. Februar, also neun Tage vor dem Anschlag von Hanau, bei dem auch Besucher*innen einer Shisha-Bar ermordet wurden, hatte Petersen am migrantisch geprägten Steindamm in St. Georg gegen Migrant*innen agitiert: „Steindamm es ist meine Heimat. Ja, ist es auch, aber die verändert sich [...] leider leider zum Negativen. Wir haben immer mehr Shisha-Bars, türkische Läden, Dönerbuden hier. Wie viel davon verträgt meine Heimat noch? Mein Gefühl sagt mir nicht mehr viel." Insgesamt offenbart die neue Fraktion auch die personelle Schwäche der AfD: Bekannte Rechtskonservative wie die Professoren Bernd Lucke oder Jörn Kruse sind ausgetreten. Von der alten, auf sechs Köpfe zusammengeschrumpften Fraktion sind nur drei wieder angetreten. Kontinuität sieht anders aus. Viele Abgeordnete haben nur wenig parlamentarische Erfahrung aus den Bezirksparlamenten oder als ehemalige Mitarbeiter der Fraktion kaum Charisma. Zwar hat die AfD Hamburg im Vergleich zur Wahl im Jahr 2015 0,9 Prozent der Stimmen verloren, in absoluten Zahlen ist die Wähler*innenschaft jedoch nahezu konstant geblieben. So erhielt sie nur 237 Stimmen weniger als 2015. 214.596 Stimmen waren es 2020 insgesamt für die Partei, wobei jede Person fünf Stimmen auf der Landesliste abgeben kann. Es bleibt festzuhalten, dass in der Hansestadt ein Kern von Wähler*innen hinter der Politik der AfD steht. 2001 (Schill-Partei) und 1997 (DVU, NPD, REP und BfB) gab es mehr Wähler*innen von Parteien rechts der CDU. Eindeutige Verlierer der Wahl waren CDU und FDP. Im Fall der FDP dürfte die Thüringer Kooperation mit der AfD dazu beigetragen haben, dass sie an der 5 Prozent-Hürde scheiterte. Dies ist aus antifaschistischer Sicht erfreulich, da die Hamburger FDP als einzige Partei in der Vergangenheit für AfD-Anträge gestimmt hatte. Zumindest wurde mit der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft der Trend eines kontinuierlichen Stimmenzuwachses für die AfD unterbrochen. Dazu beigetragen haben sicher viele verschiedene Faktoren, der Anschlag von Hanau dürfte der rassistisch argumentierenden Partei bundesweit nachhaltig geschadet haben. Bitter ist, dass erst elf (weitere) Tote die Wirkung rassistischer Hetze demonstrieren mussten und dass diese Toten sich einreihen in eine lange Liste von mindestens 208 Mordopfern extrem rechter Gewalt seit der sogenannten Wiedervereinigung. •



1 https://afd-watch-hamburg.org/akteurinnen/buergerschaftsabgeordnete/dirk-nockemann/
2 https://afd-watch-hamburg.org/akteurinnen/buergerschaftsabgeordnete/alexander-wolf/

ANTIFA

Der Kampf gegen die VVN-BdA

THOMAS WILLMS

Im November 2019 wurde dem Bundesverband der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) die Gemeinnützigkeit entzogen. Am 4. Dezember folgte die Aufforderung einer Steuernachzahlung in fünfstelliger Höhe an das Berliner Finanzamt. Für einen Verein mit 5.600 Mitgliedern, der nur von deren Beiträgen und Unterstützer*innen lebt, eine zu hohe Summe. Am selben Tag erhielt der saarländische Ehrenvorsitzende des Verbandes Horst Bernard von Bundespräsident Steinmeier in Berlin das Bundesverdienstkreuz für seine aufopferungsvolle Arbeit in der Vermittlung des Wissens um die Verbrechen des NS-Regimes.

Personelle Inkarnation dieses Widerspruchs ist der Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD). Mit der von ihm zu verantwortenden Änderung des Durchführungserlasses zur Abgabenordnung (AO) im Januar 2019 brachte er den Stein ins Rollen, der zum Entzug der Gemeinnützigkeit des Bundesverbandes der VVN-BdA führte. In Paragraph 51, Absatz 3 der AO findet sich folgender zweiter Satz, den das Berliner Finanzamt als treu zu erfüllende Anweisung vor sich herträgt: „Bei Körperschaften, die im Verfassungsschutzbericht des Bundes oder eines Landes als extremistische Organisation aufgeführt sind, ist widerlegbar davon auszugehen, dass die Voraussetzungen des Satzes 1[1] nicht erfüllt sind." Dies trifft im Falle der VVN-BdA in genau einem Fall zu. Nur in Bayern wird der Verband noch öffentlich als „linksextremistisch beeinflusst" desavouiert. Ein Versuch des bayerischen Landesverbandes dies gerichtlich zu unterbinden, scheiterte. Dazu kommt, dass im Anhang des VS-Berichtes der Verband in einer Liste „extremistischer" Organisationen aufgeführt wird und dies nach Ansicht des Finanzamtes ausreicht, um die Gemeinnützigkeit nicht zu gewähren. Praktisch für den bayerischen Verfassungsschutz ist, dass er seine Behauptung nicht beweisen muss. Er darf aufgrund seiner eigenen Erkenntnisse „werten", wobei die angeblich zugrundeliegenden Erkenntnisse wiederum Verschlusssache sind. Auf diese Art und Weise bestimmt nunmehr eine bayerische Geheimbehörde, wer in Berlin gemeinnützig sein darf.

Noch vor der Bundesvereinigung hatte es im Sommer den Landesverband Nordrhein-Westfalen (NRW) und vier seiner ebenfalls rechtlich selbständigen Kreisvereinigungen getroffen. Die Durchführungsverordnung war durch die Oberfinanzdirektionen offenbar an die 300 deutschen Finanzämter verteilt worden, was überwiegend keine, in einigen Fällen aber drastische Folgen hatte. Das Finanzamt Oberhausen hatte nach erfolgtem Einspruch ein Einsehen, sodass das Problem bereits überwunden schien. Am 6. Januar folgerte das Erfurter Finanzamt, dass der thüringische Landesverband fortan keine Mitgliedsbeiträge mehr an den Bundesverband überweisen dürfe, da dieser nicht mehr gemeinnützig sei. Sonst würde der Thüringer Verband seine eigene Gemeinnützigkeit gefährden, die man ihm rückwirkend wieder zuerkannte und damit die Scheinlogik des Berliner Finanzamtes genauso wie in NRW konterkarierte. Am 16. Januar legte das Finanzamt Saarbrücken nach. Es interessierte dabei nicht, dass die Bundesvereinigung gegen ihren Bescheid umfassend Einspruch eingelegt hatte, mithin noch völlig unklar ist, ob es für das Erfurter und Saarbrücker Vorgehen überhaupt eine Grundlage gibt, unabhängig davon, ob es denn rechtmäßig ist. Die steuerrechtlich selbständigen Landesvereinigungen – ob mit oder ohne Finanzamtsschreiben – sind damit ebenfalls gefährdet. Die Prüfung der Gemeinnützigkeit erfolgt nämlich grundsätzlich rückwirkend, in der Regel alle drei Jahre. Sollte es der Bundesvereinigung nicht gelingen, sich frei zu kämpfen – die vorläufige Aussetzung der Zahlungen konnte immerhin erreicht werden – würden die gleichen Belastungen auch auf die Landesvereinigungen zukommen. Unmittelbare Folge davon ist, dass der Verband notgedrungen einen nicht unerheblichen Teil seiner Ressourcen zur eigenen Verteidigung einsetzen muss, um Steuernachforderungen, die nachträgliche Heraufsetzung des Steuersatzes für wirtschaftliche Tätigkeit (Online-Shops und Seminartätigkeit) und die Spenderhaftung zu vermeiden. Ein wichtiges Element der Gemeinnützigkeit besteht darin, dass ein Verein steuersenkend wirksame Spendenbescheinigungen ausstellen darf. Wird dies nachträglich annulliert, will der Staat sein Geld „zurückhaben", was er aber nicht von den Spender*innen, sondern von der ausstellenden Vereinigung einkassiert. Es handelt sich dabei wohlgemerkt um Mittel, die ausschließlich durch Spenden, Mitgliedsbeiträge und die eigene wirtschaftliche Tätigkeit, jedoch nicht durch staatliche oder sonstige Fördergelder eingenommen wurden. Die Dauerfolgen bestünden darin, dass der Verband fortan de facto wie eine Firma behandelt würde und wesentlich höhere Steuerbelastungen tragen müsste. Scholz will für all dies nun



Foto AStA TU Berlin

Projektion auf das Bundesfinanzministerium: Antifaschismus ist gemeinnützig

nicht mehr verantwortlich sein. In diversen Schreiben seines Büros an protestierende NS-Verfolgte äußerte er, er habe sich nicht vorstellen können, dass die VVN-BdA hätte betroffen sein können.

Diese massiven Behördenangriffe reihen sich seit der Gründung des Verbandes im Jahr 1947 in eine lange Liste von Drangsalierungen, Beschlagnahmungen, Berufsverboten und Verbotsversuchen ein. Es liegt in der DNA der von SS- und Gestapomännern gegründeten Verfassungsschutzbehörden, im Antifaschismus den Feind zu sehen. Die Einstufung der VVN-BdA als „extremistisch" legitimiert damit deren Existenz. Nach und nach wurde jedoch in den Bundesländern die Erwähnung der VVN-BdA in den VS-Berichten gestrichen. Öffentlich argumentierte man mit dem Bedeutungsverlust des Verbandes, von ihm „gingen keine Initiativen mehr aus". Darin lag zum Teil Wahrheit – Überalterung und teilweiser Verlust der Anschlussfähigkeit an neuere Entwicklungen waren in der Tat erkennbar – zum Teil aber auch behördliche Selbsttäuschung. Mit der Kampagne „nonpd – NPD-Verbot jetzt!" meldete sich die VVN-BdA 2007 mit überraschender Handlungsstärke zurück. Ab 2016 folgte das zunehmende Engagement in der Kampagne des Bündnisses „Aufstehen gegen Rassismus" (AgR), in der sie mittlerweile die Funktion des Trägervereins einnimmt. Man könnte die VVN-BdA damit als das legale Gesicht der Antifa bezeichnen, denn ihre Vertreter*innen sind vereinsrechtlich greifbar und arbeiten auch sonst unter ihren Klarnamen. Die VVN-BdA als organisierte und unabhängige Formation des Antifaschismus ist im Rahmen des allgemeinen Rechtsrucks in den Fokus geraten. Dies betrifft nicht nur den alltäglichen Widerstand bei rechten Aufmärschen, sondern auch das organisierte Wissen darum, wohin Faschismus schon einmal geführt hat. Doch die gegnerischen Akteure haben sich verschätzt. Denn die Solidaritätswelle, unterstützt durch kritische Medienberichte und parlamentarische Initiativen hat gezeigt, dass auch Finanzämter nicht im luftleeren Raum schweben.

Wir leben in Zeiten der gesellschaftlichen Polarisierung. Als Gegenbewegung zur breiten rassistischen und antidemokratischen Grundströmung der AfD steht der Aufbruch einer Art Demokratiebewegung. Während die bisherigen Volksparteien an Vertrauen verlieren und mit allen Mitteln ihre Machtpositionen retten wollen, entstehen gleichzeitig neue Massenbewegungen, z.B. im Bereich des Klimaschutzes, die über schlagkräftige Instrumente verfügen, um ihre Themen in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie entwickeln Beteiligungsformate, die ein gewisses Gegengewicht zu denen der extremen Rechten bilden. Es kann kein Zufall sein, dass ausgerechnet diesen Organisationsplattformen wie „attac", „campact" und „change.org" ebenfalls die Gemeinnützigkeit entzogen wurde. Das Argumentationsmuster ist hier zwar anders, die Folgen aber zum Teil sogar härter. Neben den Angriffen auf diese bekannteren und streitlustigen Verbände werden auch zahlreiche soziokulturelle Zentren und kleine Vereine bedroht, die sich antirassistisch oder antifaschistisch engagieren. Ein Beispiel dafür ist das „DemoZ"[2] aus Ludwigsburg, das sogar Förderungen zurückzahlen muss, weil es Neonazis von Veranstaltungen ausschließt und damit nach Ansicht des Finanzamtes nicht mehr „in geistiger Offenheit" politische Bildung betreibt.

Der Bundesfinanzminister ist dem Bundestag einen Neuentwurf der Abgabenordnung schuldig. Dieser kann die Situation verbessern, aber auch wesentlich verschlechtern. Es ist dringend notwendig, eine breite gesellschaftliche Diskussion darüber zu führen und die beteiligten Parteien und Parlamentarier*innen in die Verantwortung zu nehmen. •

1 Anm.d.Red.: es dürfen keine verfassungsfeindlichen Bestrebungen im Sinne des § 4 des BVerfSchG gefördert werden

2 Demokratisches Zentrum Verein für politische u. kulturelle Bildung Ludwigsburg e.V

GESELLSCHAFT

Am 30. Dezember 2019 schoss ein Mann einem 20-jährigen Jugendlichen in die Schulter. Der mutmaßliche Täter: der 72-jährige CDU-Politiker Hans Josef Bähner. Gegen das Fraktionsmitglied der CDU Köln-Porz wurde jedoch kein Haftbefehl erlassen. Sein Mandat in der Bezirksvertretung Köln-Porz ruht bis zur Klärung der Vorwürfe. Ermittlungsbehörden und Medien halten zusammen. Über den möglichen Täter wird zunächst nur anonymisiert berichtet, das Opfer durch Medienberichte stigmatisiert. Ein mögliches rassistisches Tatmotiv wird zunächst ausgeblendet.

„Haut ab ihr scheiß Kanaken!" – CDU-Mann schießt auf Jugendlichen

GASTBEITRAG DES SOLIDARITÄTSNETZWERKS KÖLN

Alles geschah in der Nacht vom 30. auf den 31. Dezember 2019: Drei Jugendliche im Alter zwischen 20 und 23 Jahren treffen sich am Rheinufer in Porz, um zu chillen. Was dann passiert, beschreibt der 20-jährige Krys mit den folgenden Worten: „Der Mann kam mit einer Waffe aus dem Haus und brüllte: „‚Haut ab ihr scheiß Kanaken, ihr Dreckspack' – da haben wir zurückgeschimpft. Der Mann stand in seinem Garten und hat uns aufgefordert, über die Mauer zu kommen, dann hätte er einen Grund auf uns zu schießen. Dann gab es Streit mit Worten. Dann hat er plötzlich geschossen." Nach den Aussagen der Jugendlichen hatte der Mann einen Revolver an die Schulter von Krys gehalten und abgedrückt. Krys wurde schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert. Er hatte Glück, denn nur durch Zufall wurden keine wichtigen Arterien verletzt. Zeug_innen hatten die Polizei verständigt und den Beamten das Haus beschrieben, in das der Mann nach der Tat zurückgegangen war. Bei der darauffolgenden Hausdurchsuchung im Haus von Hans Josef Bähner fand die Polizei fünf scharfe Schusswaffen, von denen lediglich vier auf seiner Waffenbesitzkarte registriert sind. Außerdem sei eine „nicht unerhebliche" Menge an Schwarzpulver gefunden worden. Bähner selbst sei alkoholisiert gewesen.[1]



Schleppende Ermittlungen und stigmatisierende Presseberichte

Bei den nachfolgenden Ermittlungen wird ein mögliches rassistisches Tatmotiv zunächst nicht in Erwägung gezogen. Bereits am Tag nach dem Angriff kommt der Beschuldigte wieder auf freien Fuß. Es gibt keinen Haftbefehl. Ermittelt wird wegen „gefährlicher Körperverletzung". Der Sprecher der Anklagebehörde erklärt, man gehe nach den bisherigen Ermittlungsergebnissen von einem „Rücktritt vom Tötungsdelikt" aus. Demzufolge wird wegen eines versuchten Tötungsdelikts nicht bestraft, wer „freiwillig die weitere Ausführung der Tat aufgibt". Dem Beschuldigten wird dabei zugutegehalten, nicht noch einmal abgedrückt und den Jugendlichen nicht erschossen zu haben. Der beschuldigte Politiker macht keine Angaben zur Tat. Die Presse berichtet nicht über den möglichen Täter, sondern über das Opfer. Der Kölner Stadtanzeiger schreibt einen Tag später über den Fall, das „Opfer der Schießerei" sei „polizeibekannt" gewesen. Auch die Jugendlichen in Porz, die gern ihre Freizeit am Rheinufer verbringen, werden in dem Bericht diskreditiert. Anwohner_innen würden sich angeblich über „Drogendealer" am Rheinufer beklagen und es käme immer wieder zu Polizeieinsätzen gegen Jugendliche, die zu laut gewesen seien. In diesem Kontext wird auch erwähnt, dass das Opfer osteuropäischer Abstammung sei[2]. Der Zusammenhang zwischen diesen Informationen und der Tat bleibt offen. Anstatt aus den Aussagen von Opfer und Zeug_innen Informationen zu Tatmotiven und Täter zu sammeln, werden den Leser_innen kriminelle Migrant_innen präsentiert und die Tat als solche relativiert. Erst drei Tage später äußerte sich die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker mit den Worten: „Klar ist, dass eine solche Tat mit den Erwartungen an ein öffentliches Mandat unvereinbar wäre". Obwohl Hans Josef Bähner eine Person des öffentlichen Lebens ist, nannten die meisten Kölner Lokalmedien seinen Namen tagelang nicht

und berichteten anonymisiert. Auch das Polizeipräsidium Köln schützte den Namen des Beschuldigten und hielt zunächst ebenso geheim, dass Bähner Politiker der CDU und Ratsmitglied im Porzer Bezirksrathaus ist. Acht Tage lang gelang es also der Stadtpolitik, Staatsanwaltschaft, Lokalpresse und Anwält_innen, Informationen über die Tat der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Erst am achten Tag nach dem Angriff wurde der Fall auch kurzzeitig bundesweit zum Thema. CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak hatte auf Twitter unter dem Hashtag „#Baehner" mit den Worten „Gewalt darf keinen Platz in der Gesellschaft haben!" auf die Tat reagiert und damit den Namen publik gemacht. Auf Twitter erreichen die Hashtags #bähner sowie #baehner die Tops in den Twitter-Charts. Laut Informationen des Kölner Stadt-Anzeigers hatte Ziemiak seinen Tweet zwischenzeitlich wieder gelöscht. Der Medienanwalt des beschuldigten Politikers, hatte ihn dazu aufgefordert, den „rechtswidrigen Tweet zu löschen". Wenig später erschien der ursprüngliche Tweet erneut – allerdings ohne die Nennung des Namens per Hashtag.[3] Viele andere Twitter-Nutzer_innen hatten den Namen zu diesem Zeitpunkt schon weiter verbreitet. Gegenüber der taz äußerte sich der Anwalt nicht zum Sachverhalt, gab aber an: „Wir führen dieses Verfahren vor der Kölner Justiz und nicht in den Medien oder gegen einen wildgewordenen Twitter-Lynchmob, der keine Ahnung hat, was wirklich passiert ist."[4] Die Kölner CDU reagierte erst auf die Vorwürfe, nachdem Bähner selbst entschieden hatte, sein Amt als Bezirksvertreter vorerst ruhen zu lassen. In einem gemeinsamen Statement äußerte sie: „Sollten sich die Vorwürfe (…) erhärten, erachten wir eine Mandatsniederlegung als einzig mögliche und unausweichliche Konsequenz."[5]

Rassismus

Der ermittelnde Oberstaatsanwalt behauptet, der Staatsschutz habe den Fall erst so spät übernommen, da erste Vernehmungen der vier jungen Männer keine Hinweise auf ein mögliches rassistisches Motiv Bähners gegeben hätten. Diese seien erst durch „die Berichte der Presse" deutlich geworden.[6] Ein Blick auf Facebook hätte Hinweise liefern können. Ein User unter dem Namen „Hajo Bähner" hatte dort Beiträge von rechten Blogs geteilt, ihm gefiel offenbar nicht nur die AfD-Fraktionschefin Alice Weidel sondern auch Artikel des russischen Nachrichtenportals Sputnik. Seit Februar 2018 lag das Profil schon weitgehend still[7] bevor es dann von der Bildfläche verschwand. Auf Twitter wurde von etlichen Nutzern nach der Tat Screenshots des ihm zugeordneten Accounts geteilt, um die vermutete politische Gesinnung des Tatverdächtigen zu verdeutlichen. Auch diesen Screenshots zufolge finden sich bei den „Likes" viele rechte bis extrem rechte Inhalte. Trotz vieler Hinweise wurde die Schuld am Geschehen wie erwähnt zunächst beim Opfer gesucht, dieses sei „polizeibekannt" und wurde in einem Atemzug mit Jugendlichen vom Rheinufer genannt, die dort angeblich Anwohner_innen belästigen und Drogen verkaufen würden. Während Bähner sich von Medienanwalt und ehemaligem Sprecher der WerteUnion Ralf Höcker vertreten lässt, der bis zuletzt versucht hatte zu verhindern, dass der Name seines Mandanten überhaupt veröffentlicht wird, musste Krys sich gegen die stigmatisierenden Presseberichte selbst verteidigen. Er tat dies in einem WDR-Beitrag[8] und hatte sich zuvor auch an den Kölner Stadtanzeiger[9] gewandt, um eine Richtigstellung bezüglich seiner „Polizeibekanntheit" öffentlich zu machen. Darin berichtet er dem Kölner Stadtanzeiger, beim Karneval in der Kölner Altstadt angegriffen und zusammengeschlagen worden zu sein, woraufhin er selbst Anzeige erstattete und die Täter mit einer Gegenanzeige reagierten. Die Ermittlungen wurden später eingestellt. Seine Freunde und er haben mit der Drogenszene zudem nichts zu tun und er ist Deutscher, auch wenn seine Eltern polnische Wurzeln haben. Dies würde selbstverständlich auch keine kriminellen Neigungen nahelegen. Die Mutter von einem seiner Freunde sagte ebenfalls dem Kölner Stadtanzeiger: „Hier wird versucht, aus einem Opfer einen Täter zu machen."[10]

Initiative „Gerechtigkeit für Krys"

Nachdem wir als Solidaritätsnetzwerk von dem Fall erfuhren, haben wir uns auf die Suche nach weiteren Informationen und nach Krys gemacht. Nach ein paar Gruppengesprächen gründeten wir eine Initiative, die wir „Gerechtigkeit für Krys" nannten. Als erste Aktion besuchten wir das Bezirksrathaus am Tag der ersten Porzer Ratssitzung, um dort auf einen „Monat Schweigen und Vertuschung"[11] aufmerksam zu machen. Dazu hatten wir an unsere Schultern Verbände angelegt und diese mit Kunstblut angemalt. Vor Ort wurde zuvor die Erklärung Bähners von seinem Ratskollegen verlesen, sein Mandat in der Bezirksvertretung Köln-Porz bis zur Klärung der Vorwürfe ruhenlassen zu wollen. Nach unser Protestaktion haben wir an den Pfeilern zum Eingang des Bildungszentrums des Bezirksrathauses die blutrot eingefärbten Verbände angebunden. Unsere Aktion werteten wir positiv aus. Es war notwendig, die Öffentlichkeit über die Versäumnisse zu informieren. Die Anwesenden der anderen Fraktionen waren der Aktion gegenüber positiv gestimmt. Allerdings ist es für uns wichtig zu betonen, dass alle Politiker_innen selbst die Gelegenheit gehabt hätten, sich mit Krys zu solidarisieren und sich für eine solidarische Berichterstattung und Aufklärung möglicher rassistischer Motive der Tat einzusetzen. In Zukunft werden wir Solidaritätsaktionen für Krys organisieren. Aktuell sind wir gespannt, ob und wann eine Anklage gegen Hans-Josef Bähner erhoben wird. Falls es einen Prozess gibt, werden wir diesen sehr genau beobachten. •

1 www.ksta.de/koeln/streit-eskalierte-koelner-politiker-schiesst-auf-20-jaehrigen-mann---schwer-verletzt-33676952 **2** www.ksta.de/koeln/nach-schuss-in-porz-koelner-cdu-politiker-schweigt---ob-reker-fordert-konsequenzen-33691568 **3** www.ksta.de/koeln/schuss-in-porz-ziemiak-macht-koelner-politiker-publik--so-reagiert-die-cdu-33716790; www.ksta.de/koeln/schuss-in-porz-koelner-gruene-kritisieren-cdu-fuer-umgang-mit-bezirksvertreter-33718696 **4** taz.de/CDU-Politiker-schiesst-auf-20-Jaehrigen/!5655057/ **5** twitter.com @LibanFa: threadreaderapp: web.archive.org/web/20200109152332/https://threadreaderapp.com/thread/1214834578520788992.html **6** taz.de/Lokalpolitiker-schoss-auf-Migranten/!5655471/ **7** www.ksta.de/koeln/schussabgabe-in-porz-koelner-politiker-teilt-rechtspopulistische-ansichten-33708462; taz.de/Lokalpolitiker-schoss-auf-Migranten/!5655471/ **8** www1.wdr.de/mediathek/video/sendungen/lokalzeit-koeln/video-nach-schuessen-auf--jaehrigen-cdu-politiker-laesst-mandat-ruhen-100.html **9** www.ksta.de/koeln/schuss-in-porz-opfer-erhebt-schwere-vorwuerfe-gegen-koelner-cdu-politiker-33703056 **10** www.belltower.news/rassismus-cdu-kommunalpolitiker-schiesst-in-koeln-auf-20-jaehrigen-94535/ **11** www.rundschau-online.de/region/koeln/porz/-bemerkenswerte-erklaerung--persoenliche-worte-von-hans-j--baehner-in-porz-verlesen-36181782

GESELLSCHAFT

Rechte Shitstorms

NATASCHA STROBL (MOMENT.AT) UND JURI STERNBURG (TAZ)

Beim sogenannten „Umweltsau"-Shitstorm sorgte eine inszenierte Empörung über eine abgewandelte Strophe von „Meine Oma fährt im Hühnerstall Motorrad" dafür, dass sich ein Rundfunk-Chef öffentlich entschuldigte. Nach dem maßgeblich von rechts initiierten Shitstorm gegen das „Umweltsau"-Lied hatte der WDR-Intendant Tom Buhrow in einer Sondersendung von WDR 2 vom Krankenbett seines Vaters angerufen und sich für das Satirevideo des Senders entschuldigt. Im Nachgang wurde Buhrow heftig kritisiert, darunter auch vom Deutschen Journalisten-Verband (DJV). „Tom Buhrow muss sich der Frage stellen, ob er mit seiner eilfertigen redaktionellen Distanzierung für den Beitrag nicht all denen Oberwasser gegeben hat, die nicht auf den Austausch von Argumenten, sondern auf das Mundtotmachen kritischer Journalisten aus sind."

Von rechten Twitter-Accounts initiiert und über konservative Multiplikatoren verbreitet, wurde das „Oma-Gate" so zum Paradebeispiel rechter Empörung und Mobilisierungsmechanismen. Es folgten rechte Aufmärsche gegen den WDR, den „Staatsfunk" und die Rundfunkgebühren. Auch am 6. Januar demonstrierten einige empörte Rechte gegen den WDR und die GEZ. Das Aktionsbündnis „Köln gegen Rechts" hat im Nachgang Bilder veröffentlicht, die einen Teilnehmer der Anti-WDR-Demonstration mit einem gezückten Messer zeigen. Ein anderes Bild zeigt denselben Mann auf der Kundgebung am Appellhofplatz vor dem WDR. Auch in rechten Filterblasen empörte man sich im Nachgang erneut, diesmal über „Menschenjagden" und „Gewalt gegen ältere Frauen" auf der Veranstaltung. Die Behauptung, „Ein Mob von mehreren hundert Linksradikalen jagte alte Menschen und Kinder durch die Stadt", ging viral. Belege für diese Behauptungen gibt es nicht. Auf den Videos ist lediglich zu sehen, wie eine Gruppe rechter Demonstranten von Polizisten zur Veranstaltung eskortiert wird, während am Wegesrand Menschen „Nazis raus" rufen.

„Shitstorms" als orchestrierte Attacken

Twitter ist ein interessanter Ort. Man trifft Leute, die man sonst nie treffen würde. Man hat eine Clique, mit der man diskutiert, blödelt und seinen Online-Alltag verbringt. Manchmal gibt es Tweets, die es darüber hinaus schaffen und wenn Cliquen mit unterschiedlichen Logiken aufeinandertreffen, dann kann das schön sein, aber auch zu Streit führen. Vor allem wenn die Clique aus einer Horde extrem rechter Trolle besteht. Der Mechanismus, mit dem große rechte und etablierte konservative Accounts gezielt arbeiten, ist immer gleich. Eine Banalität wird in schockierter Form getweetet. Die Follower interessiert die Sachgrundlage nicht, sondern nur der Tonfall. Wer auf der Kommunikationsplattform Twitter etwas schreibt, das rechte User stört, wird mitunter tagelang mit Kommentaren bombardiert. Die Auslöser von solchen „Shitstorms" sind einigermaßen beliebig. Die Methodik ähnelt sich aber immer wieder: Ein einflussreicher und großer rechter Account findet oder durchsucht systematisch linke Accounts nach Aufreger-Tweets. Die Tweets können Tage, Monate oder sogar Jahre alt sein. Der Account zitiert dann scheinbar harmlos diesen Tweet. Der Zweck ist jedoch nicht



Foto @jkmedia_koln

Nach dem Shitstorm (#Omagate) geht bei einer Anti-WDR-Demonstration bedroht ein Demonstrant Antifaschist_innen mit einem Messer.

die Auseinandersetzung mit dem Inhalt, sondern der Ausdruck des Missfallens. Die Follower des rechten Accounts verstehen die Message. Sie kommentieren den zitierten Tweet im Sekundentakt. Aus bloßem Missfallen wird schnell Menschenhass. Aussehen, Intellekt, Beruf etc. werden abfällig kommentiert. Ein Foto wird gegoogelt, besonders bei Frauen wird das Äußere abfällig bewertet. Es folgen Screenshots von Inhalten des betroffenen Accounts – damit auch geblockte User ihren Hass ergießen können. Die ersten breiten ihren Hass direkt unter dem Tweet aus. Die Follower beginnen damit, den Tweet selbst zu zitieren und rufen dazu auf, sich am attackierten Account abzuarbeiten. Screenshots davon, dass man geblockt wurde, machen die Runde. Mangelnde Meinungsfreiheit wird beklagt. Ein Block des attackierten Accounts wird als moralischer Sieg gewer-



Foto: Screenshot Twitter

Was „Don Alphonso" mitzuteilen hat, wenn er keine rechten Shitsorms auslöst: „Das sind die Socken von der Mare und der Rest war nicht geplant, aber die Mare meinte, es würde mir stehen."

tet. Die Causa wird in andere soziale Netzwerke gespiegelt, sodass noch mehr Leute sich auf die Person hinter dem Account einschießen. Es geht jetzt nicht mehr um den ursprünglichen Tweet. Die Kommentare werden derber und strafbar. Es beginnen Mord- und Vergewaltigungsdrohungen. Erst verklausuliert, irgendwann offen. Wenn sich ein angegriffener Account wehrt, erntet er oft dröhnendes Schweigen von den Koryphäen des polit-medialen Diskurses, die als ordnendes Korrektiv und Vorbild über Blasen der Sozialen Medien hinaus gelten. Vielmehr bleibt das Raunen, ob der Account es nicht doch irgendwie provoziert hat. Man muss nichts falsch gemacht haben, um in einen rechten Shitstorm zu geraten. Dennoch treten betroffene Personen oft den Rückzug an, sperren die eigenen Tweets für die Öffentlichkeit, löschen den Account, räumen auf, blocken, machen Screenshots. Ein Shitstorm exponiert und lähmt. Er soll beschämen und isolieren. Das einzig wirksame Mittel dagegen ist Solidarität! Je größer der eigene Einfluss in den sozialen Medien ist, umso wichtiger ist es, sich hinter die Betroffenen von Shitstorms zu stellen.

Der Troll vom Tegernsee

Der Welt-Autor und Blogger „Don Alphonso" twittert gerne über Linke, die daraufhin von seinen oft extrem rechten Followern (insgesamt über 35 Tausend) bedroht werden. Der Springer-Konzern, sein Arbeitgeber, verteidigt ihn. Allzu viel weiß man nicht über Rainer Meyer. Meyer ist 52 Jahre alt, trägt gerne traditionelle Janker, sitzt in der Jury des Medienpreises des Deutschen Bundestags und ist Autor bei der Zeitung „Die Welt". Er könnte einer dieser Figuren sein, die trotz ihrer immer wieder zutage tretenden reaktionären Ansichten sehr erfolgreich im Strom der konservativen Edelfedern mitschwimmen. Rainer Meyer führt ein problematisches Doppelleben als Don Alphonso. Ihm reicht es nicht, in Überschriften zu fragen, ob man Seenotrettung vielleicht einfach lassen sollte. Don Alphonso möchte und muss ständig einen Schritt weitergehen. Auf welt.de betreibt er zwei Blogs, sie tragen die Namen „Die Stützen der Gesellschaft" und „Deus Ex Machina". So hießen sie schon bei seinem alten Arbeitgeber der FAZ, und Don Alphonso wählte dort Titel wie „Der rote N**** auf dem Dach" oder „Der ostafrikanische Kulturkreis als Erklärung für sexuelle Nötigung". In den Texten werden solche Überschriften dann solange blumig relativiert, bis einen diese nervtötende Sprache so eingelullt hat, dass man selbst kaum noch wahrnimmt, was einem da eigentlich ins Gehirn gepflanzt werden soll. Don Alphonso ist der barocke Landschaftsgärtner der rechten Ideologien und Autor beim Springer-Konzern. Und genau das macht ihn so gefährlich. Als Don Alphonso greift Meyer nicht nur rhetorisch und moralisch immer wieder in die unterste Schublade. Wer auf seinem Twitter-Account erwähnt wird, läuft Gefahr, sich eine neue Telefonnummer oder sogar Wohnadresse zulegen zu müssen. Wird der Name des Arbeitgebers veröffentlicht, kann aus dem anfänglichen Shitstorm eine ernste Bedrohung werden. Betroffene, die der Hetze von Don Alphonso und seiner Anhänger ausgesetzt waren, berichten zudem von geleakten Adressen und Telefonnummern. Drohanrufe und unzählige Bestellungen auf ihre Namen waren die Folge. Meyers Anhängerschaft besteht unter anderem aus bekannten und einflussreichen Rechtsextremen. Von den 133 aktivsten Accounts, die beispielsweise Inhalte der Identitären Bewegung auf Twitter teilen, folgen 62 Prozent Don Alphonso, analysierte der linke „Volksverpetzer"-Blog kürzlich. Inhalte, die sonst „nur" von unzähligen Accounts rechter Trollarmeen verbreitet werden, werden durch Don Alphonso und seine Position als Welt-Autor legitimiert und bekommen so einen bürgerlichen Anstrich. Auf eine Anfrage der taz, wie „Die Welt" zu den Vorwürfen gegen ihren Autor stehe, verweist man auf einen kürzlich erschienenen Kommentar von Peter Praschl. Der allgemeine Tenor im Springer-Haus lautet: Wer die Hasskampagnen ihres Autors kritisiert, stellt sich gegen die Meinungsfreiheit und betreibt damit sogenannte linke Hetze. Wer Hetzer kritisiert, wird selbst zu einem gemacht. Wer rechte Menschenfeinde bekämpfen möchte, dem werden die angeblich gleichen Methoden vorgeworfen. Und wer sich in seinem Blatt einen Rainer Meyer leistet, um vermeintlich die Meinungsfreiheit zu schützen, der ist mitverantwortlich für die für viele offenbar immer noch unvorstellbaren Auswüchse dieser Politik. •

NatsAnalyse (Momentum Institut) zu rechten Shitstorms wurde redigiert und zusammengefasst vom AIB (CC BY-SA 4.0), der Artikel „Der Troll vom Tegernsee" von Juri Sternburg erschien zuvor in der taz. Wir danken herzlich.

GESELLSCHAFT

Nichts ist vorbei

Gegen die Geschichtsvergessenheit: wie Rechts noch immer Raum besetzt

ANNA FUST

Auf den ersten Blick scheinen Bauten wenig mit politischen Diskursen zu tun zu haben. Ein Gebäude ist langlebig und stabil, Politik unbeständig und beweglich. Ein Bauwerk besteht aus Materialien, Politik aus Worten. Beton, Holz oder Mauerwerk werden aus ökonomischen, technischen und ästhetischen, aber nur selten aus rhetorischen Gründen gewählt. Architektur wird im allgemeinen als Bauproduktion oder als Baukunst mit Gebrauchsfunktion gesehen, fernab von politischen Positionen. Auch das äußere Erscheinungsbild der Bauten und die Anordnung ihrer Innenräume folgen sachlichen und gestalterischen Leitideen. Diese ‚Konzepte', ihre Bewertung, die praktische Brauchbarkeit der Gebäude und wie sie in ihre Umgebung ‚passen' sind der gedankliche Raum, in dem sich Diskussionen über Architektur im Allgemeinen bewegen. Mit seinen Beiträgen zu ‚rechten Räumen' sprengt der Architekturtheoretiker Stephan Trüby diesen Rahmen. Noch wichtiger: Trüby erinnert uns an etwas Vergessenes: Architektur ist immer auch politisch. Die extreme Rechte hat dies begriffen – und nutzt es raffiniert.

Rechte Architektur?

In seinen Forschungsarbeiten geht Trüby unter anderem der Frage nach, ob Architektur ‚rechts' sein kann. Unter ‚rechts' versteht er dabei Positionen der ‚patriotisch-nationalistischen, teils antisemitischen, teils faschistischen Rechten.'[1] An drei Beispielen soll hier die Diskussion über ‚rechte Architektur' gezeigt werden. So entzündete sich eine Debatte um Hitlers Geburtshaus in Braunau. Ist es ein ‚rechtes' Gebäude, weil Baby Adolf dort drei Jahre lang lebte? Oder wurde das Haus ‚rechts', als es 1938 als nationalsozialistisches Kulturzentrum und ‚Volksbücherei' benutzt wurde? Oder weil es heutzutage Neonazis anzieht?

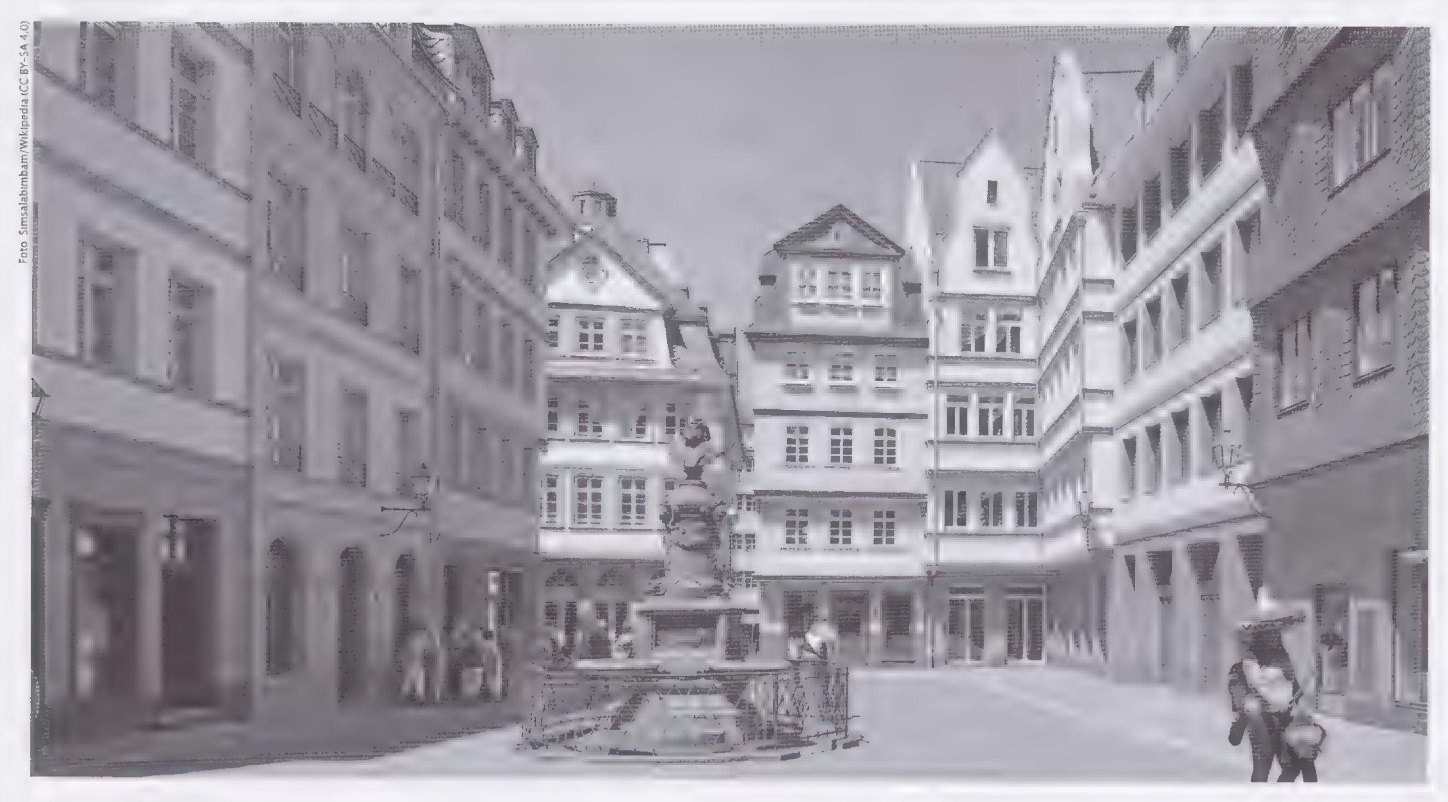
Ein Bauwerk, das unmittelbar mit rechter Ideologie assoziiert wird, ist das ‚Haus der Deutschen Kunst' in München. Die Kunsthalle mit ihrer monumentalen Säulenreihe wurde von 1933 bis 1937 gebaut. Es war eines der ersten großen Bauprojekte des Nationalsozialismus, ein ‚Tempel der Deutschen – sprich nationalsozialistischen – Kunst'. Hier wurde kein bestehendes Gebäude instrumentalisiert, sondern ein neues gezielt für Nazi-Zwecke errichtet. Der bekannte britische Architekt David Chipperfield wurde 2016 mit der Renovierung des in ‚Haus der Kunst' umbenannten Museums beauftragt. In seinem Entwurf will er den Originalzustand des Gebäudes von 1937 weitgehend wiederherstellen. Seiner Meinung nach ist die Bewertung der architektonischen Qualität der Fassaden und der Innenräume unabhängig von den ursprünglich dahinterstehenden Zwecken. Viele sehen darin die Verharmlosung eines ‚Funktionsbaus eines rassistischen Regimes.'[2] Ist das ‚Haus der Kunst' rechte Architektur?

Das dritte Beispiel betrifft kein historisches Bauwerk, sondern einen Neubau: die 1997 vom Architekten Hans Kollhoff entworfenen Leipnizkolonnaden in Berlin-Charlottenburg. Im Erdgeschoss befinden sich Läden, im 1. Obergeschoss Büroräume, darüber Wohnungen. Zwischen zwei langgezogenen, spiegelsymmetrischen Gebäuden liegt ein schmaler Platz. Dessen Proportionen, die Säulenreihen vor den Läden und die strengen Fassaden ähneln der Via Roma in Turin von Marcello Piancentini, dem ‚Hofarchitekten' von Mussolini.[3] Sind die Leipnizkolonnaden damit faschistische Architektur? Oder ‚nur' geschickte Vermarktung einer teuren Wohnlage?

Diese Beispiele verdeutlichen nicht nur, dass die Zuordnung einzelner Gebäude zu einer politischen Position schwer fassbar ist, der Begriff ‚rechte Architektur' ist darüber hinaus problematisch. Hierdurch lassen sich nämlich Debatten auf absurde Fragen wie ‚Sind Säulen faschistisch?' reduzieren, was für eine willkommene Ablenkung von relevanten Fragen sorgt. Trüby argumentiert deswegen, dass rechte Räume ‚keine Architekturen, sondern Territorien'[4] sind. Es geht also nicht um die Frage, ob es rechte Gebäude oder faschistische Fassaden gibt, sondern um rechte Aneignung von ländlichen und städtischen Gebieten. Diese Territorien werden zielgerichtet ausgebaut. Hieran ‚arbeiten' Politiker, unterstützt von Historikern, Architekturtheoretikern und Publizisten. Betroffene Bewohner und wohlmeinende Bürgerinitiativen durchschauen dies nicht immer.

Rechte Räume: Raumgewinn und Deutungshoheit

Bekannt ist, dass rechte Territorien im Internet und in den sogenannten social me-



Hühnermarkt in der Neuen Altstadt Frankfurt 2018: auf den ersten Blick harmlose ‚Stadtheilung'. Dahinter verbirgt sich die bewusste Ausweitung rechter Territorien.

dia besonders virulent sind. Auch im ‚realen' Raum breitet sich die Rechte aus. So ist die Besetzung von ländlichen Territorien sowohl in Deutschland als auch in Frankreich eine äußerst erfolgreiche Strategie. In Gebieten mit geschwächten sozialen Strukturen kaufen extrem rechte Akteur*innen Land und Immobilien. Auf den ersten Blick scheinen die Neuankömmlinge gute Nachbarn mit Stolz auf lokale Traditionen und Werte zu sein, die als ‚Kunstschmied, Buchbinder und Hebamme'[5] tätig sind und in Vereinen, Kinderkrippen und Schulen mitarbeiten. Öffentliche Institutionen und private Initiativen werden infiltriert, bis nach allmählicher Gewöhnung an antisemitische, rassistische und nationalistische Ideologien eine ganze Gemeinschaft, einschließlich des sozialen Lebens, fest in rechter Hand ist.

Auch bei der Raumgewinnung in deutschen Städten ist ‚Tradition' ein Schlüsselbegriff. Mittel zum Zweck sind Gebäuderekonstruktionen, bevorzugt Bauten, die im 2. Weltkrieg zerstört oder nach 1945 abgerissen wurden. Natürlich beinhaltet nicht jedes Rekonstruktionsprojekt rechtes Gedankengut – doch ‚Rückbesinnung' und ‚Stadtheilung' erweisen sich als überaus wirksame rechte Strategien. Vordergründig geht es dabei um lebenswerte Innenstädte und – teilweise – grobschlächtige (Beton-)bauten der Nachkriegszeit. Ein aktuelles Beispiel ist die Wiederherstellung der Frankfurter Altstadt. Nach Abriss des im kriegszerstörten Stadtzentrum gebauten Rathauses fand 2018 nicht weniger als die ‚Auferstehung von Frankfurts Seele'[6] statt. Das neu-alte Ensemble wurde mit großem öffentlichen und politischen Tamtam eröffnet und ist seitdem ein Publikumsmagnet. Pikantes Detail: Initiator des Projektes war der nationalistische Publizist Claus Wolfschlag. Und damit war und ist die Rolle von rechten Akteur*innen nicht beendet.[7] Dass sich hiergegen kein Widerstand regt, ist der eigentliche Skandal.

Denn vollkommen offen wird mit Rekonstruktionen Raum umgedeutet. Erklärte Ziele sind eine identitätsstiftende, positive Version der deutschen Geschichte und damit die ‚Entwicklung eines gesunden nationalen Bewusstseins und eines lebendigen Patriotismus'.[8] Mit Hilfe von scheinbar unschuldigen ‚Stadtheilungen' wird die Öffentlichkeit an ein rechtsnationales Geschichtsbild ‚ohne Fixierung auf dunkle Seiten' gewöhnt, in dem weißer / männlicher / nationaler Stolz wieder offen zentral stehen kann. Rechte Publizistik hat eine neue Arena gefunden: Städte und ihre Traditionen. Rechtsradikales Gedankengut, eloquent vermischt mit Begriffen wie ‚Schönheitssinn' oder ‚menschlicher Maßstab', landet mitten in der Gesellschaft.[9]

Trübys Arbeiten sind ein Weckruf für Planer*innen, Bürgerinitiativen und Vereine: Wir alle sollten genau hinsehen, mit wem wir gemeinsame (Raum-)Sache machen. Neu ist das Geschick von Rechts und extrem rechts, mit dem alter Rassismus und altes Überlegenheitsgefühl normalisiert wird. Es ist nicht vorbei. Nie ist es vorbei. •

1 Truby, S., Rechte Raume. Eine Einfuhrung. In. ARCH+ 235, 10–11. **2** Winfried Nerdinger, anerkannter Experte fur Nazi-Architektur, zitiert nach Bauwelt 7-2017, auf: www.bauwelt.de/themen/betrifft/Nach-Weisswaesche-nun-Rueckbau-Haus-der-Kunst-Chipperfield-2805151.html **3** Hartbaum, V., Rechts in der Mitte. Hans Kollhoffs Casa Pound. In: ARCH+ 235, 218ff. **4** Alem Grabovac, Die Vergangenheit neu erfinden, taz 12.8.2018, auf: http://www.taz.de/!5524507/ **5** Truby, Rechte Räume, in: Para-Platforms, 94. **6** „Stadtheilung lässt Frankfurts Seele auferstehen." Claus Wolfschlag, zitiert nach LOG 45, 100. **7** Trüby, Wir haben das Haus am rechten Fleck, in Frankfurter Allgemeine, 16.4.2018 (mit Paywall). **8** Björn Hocke, zitiert nach Trüby, in: Para-Platforms, 100. **9** Siehe z.B. der Film ‚Alt statt neu – dem Wahren Schönen Guten', auf: https://clauswolfschlag.wordpress.com/2018/05/25/alt-statt-neu-dem-wahren-schoenen-guten

RASSISMUS

Rassistische Gewalt in Griechenland

CHRISTIAN JAKOB

Es war vor allem eine Propagandaschlacht, die der türkische Präsident Erdogan am 28. Februar begann: „Wir haben die Grenztore geöffnet", ließ er wissen. Die Türkei stellte medienwirksam Busse bereit, rund 13.000 Flüchtlinge versammelten sich daraufhin an der Landgrenze zu Griechenland. „Die Zeit der einseitigen Opferbereitschaft ist nun vorbei", sagte Erdogan und meinte den Umstand, dass sein Land knapp 3,6 Millionen Menschen und damit mehr internationale Flüchtlinge als jedes andere Land auf der Welt aufgenommen hatte. Diese würden nun nach Europa gehen. „Bald wird man von Millionen sprechen", sagte er. Es war vor allem ein Erpressungsversuch gegenüber der EU.

Tatsächlich hatte Erdogan die Grenze keineswegs „geöffnet", sondern Flüchtlinge nur demonstrativ ermutigt sie zu überqueren. Das haben sie in der Vergangenheit auch ohne das Getöse aus Ankara getan: 2019 sind laut dem UNHCR rund 75.000 Menschen aus der Türkei in Griechenland angekommen, zwischen 1. Januar und 15. März 2020 kamen nach offizieller Zählung 9.369 Menschen.

Gehindert am Grenzübertritt wurden sie schon in der Vergangenheit weniger durch die Türkei, als vielmehr durch Griechenland, dass in den vergangenen zwölf Monaten wohl mehrere Zehntausend Flüchtlinge illegal und gewaltsam in die Türkei zurückgeschoben hat. Neu an der Situation war also vor allem die staatliche „Grenzöffnungs"-Propaganda, die dadurch ausgelöste (schwache, wie sich bald zeigen würde) Sogwirkung – und die griechische Entschlossenheit offen Gewalt einzusetzen, statt nur im Verborgenen.

Griechenland setzte Tränengas, Wasserwerfer und Gummigeschosse ein. Bei Einsätzen gegen Boote in der Ägäis wurden auch Warnschüsse mit scharfer Munition abgegeben. Nach allem, was bekannt ist, starben in diesen Tagen durch Handlungen der griechischen Polizei ein junger Syrer namens Muhammad al-Arab aus Aleppo sowie der aus Pakistan kommende Muhammad Gulzar. Bei diesem handelt es sich um einen ehemaligen Bewohner des besetzten City Plaza Hotels aus Athen. Er war in die Türkei gereist um seine Frau nachzuholen. Beim Versuch mit ihr gemeinsam wieder nach Griechenland zu kommen, sei er getötet worden. "Wir wissen nicht, wer der Mörder ist, aber wir wissen, wer die Verantwortung trägt", heißt es in einer Erklärung von City Plaza: Die EU. Außerdem ertrank mindestens ein Kind in der Ägäis.

Griechenland kündigte an, keine Asylanträge mehr anzunehmen. Alle Flüchtlinge die nach dem 1. März 2020 die Grenze überqueren, würden stattdessen in Haft genommen und ohne Asylverfahren wieder abgeschoben. Rund 440 MigrantInnen, die in diesen Tagen auf der Insel Lesbos ankamen, waren auf einem Marineschiff inhaftiert und nach über einer Woche auf das griechische Festland gebracht worden. Dort werden sie interniert.

Der UNHCR protestierte dagegen, die EU nicht: „Ich stehe heute hier als Europäer an Ihrer Seite," sagte EU-Kommisionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) bei einem Besuch im griechisch-türkischen Grenzort Kastanies. Es gab uneingeschränkte Solidarität für Griechenlands brutalen Kurs: „Ich möchte den griechischen Grenz- und Küstenwachen danken, ich möchte den Zivilisten, der Polizei, den Soldaten und Soldatinnen danken, und ich möchte Frontex für ihren unermüdlichen Einsatz danken." Ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland lehnte die Kommission ab. Die Situation auf den Inseln sei eben „schwierig".

Erdogans Vorstoß löste derweil in rechten Kreisen Pogromstimmung aus. Unter dem Hashtag #StandwithGreece war von Bulgarien bis Irland von einer angeblichen neuen „Invasion" die Rede, womöglich von der finalen Schlacht, die einige schon länger herbeigesehnt hatten. Die derart martialisch aufgeladene Lage zog Rechtsextremisten unterschiedlicher Couleur an. „Es sind wohl 40 internationale Nazis hier auf #Lesbos angekommen. Darunter vorbestrafte Gewalttäter", schrieb der Grünen-Politiker Erik Marquardt am 6. März 2020 auf Twitter. Bei Übergriffen habe der Polizeinotruf aufgelegt und nicht geholfen, so der Abgeordnete des Europaparlaments. „Es drohen folgenlose Hetzjagden." Marquardt bekam daraufhin Morddrohungen.

Rechte hinderten Flüchtlingsboote mit Gewalt am Anlegen auf der Insel Lesbos und errichteten dort Straßensperren. Unter anderem wurden der deutsche Fotojournalist Michael Trammer und der Spiegel-Korrespondent Giorgios Christides attackiert. Auch das Berliner NGO-Schiff „Mare Liberum", das in der Ägäis die Menschenrechtssituation für Geflüchtete beobachtet, wurde nach eigenen Angaben von „einem Mob von Faschisten" angegriffen. „Sie schrien, bedrohten uns und schütteten Benzin auf unser Deck! Unsere Besatzung sah sich gezwungen, das Schiff zu verlassen." Im Gemeinschaftszentrum „One Happy Family" auf Lesbos brach ein Feuer aus, viele Gebäude wurden zerstört.



Flüchtlinge auf Lesbos

Kurz davor war auf Lesbos ein Gebäude ausgebrannt, das zuvor vom UN-Flüchtlingswerk UNHCR genutzt worden war.

Viele Rechte berichteten im Netz von ihren Reisen nach Griechenland. Der „Identitäre" Mario Müller aus Halle postete Bilder von sich und dem Mannheimer NPDler Jonathan Stumpf, dieser mit blutender Kopfwunde – Antifas hatten die beiden angegriffen. Müller war nach eigenen Angaben für das rechte „Compact"-Magazin auf Lesbos. Mit ihm unterwegs war unter anderem auch der österreichische Ex-"Identitäre" Stefan Juritz, Chefredakteur der extrem rechten „Tagesstimme".

Auch der „Sezession"-Autor Till-Lucas Wessels machte sich auf nach Griechenland, allerdings nicht für eine Neuauflage der gefloppten Anti-Flüchtlingspatrouille „Defend Europe" der Identitären 2017, wie er klarstellte: „Schließlich war die Lage eine ganz andere, hatten wir es doch diesmal mit einem Staat zu tun, dessen konsequentes Handeln sich grundlegend von jenen unbeholfenen Reaktionen der Jahre 2015, 2016 und 2017 unterschied", so Wessels. „Wir wollten uns solidarisch zeigen und die Griechen vor allem symbolisch unterstützen."

Das hatte auch der österreichische „Identitäre" Martin Sellner vor. Er reiste dazu an die türkisch-griechische Landgrenze. Nach Recherchen des Portals Belltower News der Amadeu-Antonio-Stiftung war er dort mit den Youtubern Brittany Sellner und Philip Thaler sowie dem Identitären Paul Klemm aus Halle unterwegs. Außerdem seien die österreichischen Identitären Harald Wiedner, Clemens Lorber und Erik Ramin Freischütz vor Ort gewesen. Die griechische Zeitung Ekathimerini berichtete, dass die insgesamt zehnköpfige Gruppe von den griechischen Behörden des Landes verwiesen wurde.

Ebenfalls nach Lesbos reisten die rechten YouTuber Stefan Bauer und Oliver Flesch. Die Inselzeitung Sto Nisi berichtete, sie hätten sich beim Brand des „One Happy Family"-Gemeinschaftszentrums für Flüchtlinge herumgetrieben. Dort haben sie dem Bericht zufolge Journalisten gegenüber von „Fake News" gesprochen und erklärt, die Gebäude seien niedergebrannt, weil sie einer Hilfsorganisation gehörten, die illegale Einwanderer aus der Türkei ins Land brächte. Das hätten ihre „privaten journalistischen Untersuchungen" ergeben. Am 20. März 2020 nahm die griechische Polizei drei Männer fest, die den Brand gelegt haben sollen. Sie sollen nach Agenturberichten im Auftrag bislang unbekannter Drahtzieher nach Lesbos gereist sein, um das Feuer zu legen.

Erdogans Propagandaschlacht ging indes für ihn aus. Am 19. März 2020 sagten Emmanuel Macron und Angela Merkel der Türkei weitere Hilfen zu. Noch in der Nacht schloss die Türkei offiziell ihre Landgrenzen zu Griechenland und Bulgarien – angeblich wegen der Coronavirus-Pandemie. Was für ein Zufall.

Die Lage der Flüchtlinge in Griechenland aber bleibt katastrophal. Im Camp Moria auf der Insel Lesbos brach Mitte März 2020 ein Feuer aus, ein Mädchen verbrannte lebendig in einem Wohncontainer. Die Feuerwehr ging von einem Unfall aus. Griechenlands Migrationsminister Notis Mitarachi schränkte die Bewegungsfreiheit der Bewohner der Flüchtlingslager auf den Inseln „drastisch" ein: Sie dürfen die Camps nur noch in „kleinen Gruppen" zwischen 7 und 19 Uhr verlassen. Besuche werden verboten. Der Unterricht in den Schulen für Migrantenkinder wird eingestellt, ebenso Sportmöglichkeiten rund um die Lager.

Die Flüchtlinge halfen sich derweil selbst: Sie begannen, Atemschutzmasken zu nähen und organisierten „Moria Corona Awareness Teams", die den 20.000 BewohnerInnen des Camps Verhaltenstipps in Farsi, Arabisch, Französisch und Englisch brachten. Die Petition „#LeaveNoOneBehind" um die Lager angesichts der Corona-Gefahr zu evakuieren, unterschrieben in den ersten drei Tagen über 160.000 Menschen. •

GESCHICHTE

Am 7. Januar 1984 werfen zwei Männer je einen Kanister Benzin in den Eingangsbereich der Diskothek „Liverpool“ in der Münchner Schillerstraße und setzen das Lokal in Brand. Acht Menschen werden verletzt. Corinna Tartarotti, eine 20-jährige Barangestellte, erliegt drei Monate später ihren schweren Verletzungen. In München gedenken am 36. Jahrestag des Anschlags rund 60 Antifaschist*innen Corinna Tartarotti und den mindestens 14 weiteren Todesopfern, die dem mörderischen Terror der „Gruppe Ludwig“ zum Opfer fielen.

Gedenken als solidarische Praxis

ANTISEXISTISCHE AKTION MÜNCHEN

Verübt wurde der Anschlag auf das „Liverpool“ von Wolfgang Abel und Marco Furlan, auch bekannt als „Gruppe Ludwig“, die mal mehr mal weniger gezielt Menschen ermordeten, die nicht in ihr extrem rechtes und reaktionäres Weltbild passten: Sexarbeiter*innen, Homosexuelle, Drogenabhängige, vermeintlich vom richtigen Weg abgekommene Geistliche oder Besucher*innen von Clubs wie dem „Liverpool“ werden von ihnen auf grauenhafte, menschenverachtende Art und Weise ermordet. Zwischen 1977 und 1984 töten sie mindestens 15 Menschen in Italien und Deutschland.

Nach dem Anschlag auf das „Liverpool“ ermittelt die Münchner Polizei in allzu bekannter Manier zunächst ausschließlich im sogenannten Zuhältermilieu. Ein rechter Anschlag? Iwo. Und der Boulevard greift das Narrativ genüsslich auf: „Ein heißer Krieg um kalte Sexmark“ titelt die Münchner Abendzeitung. Erst als sich die Täter einige Tage später bei der Mailänder Nachrichtenagentur Ansa zum Anschlag in München bekennen, wird klar, dass die Täter aus dem christlich-fundamentalistischen, extrem rechten Spektrum stammen. „Im Liverpool wird nicht mehr gefickt“ heißt es in Runenschrift im Bekennerschreiben, und „Eisen und Feuer sind die Strafe des Nazismus“.

Im März 1984 werden Wolfgang Abel und Marco Furlan in Italien, bei einem erneuten Anschlagsversuch verhaftet und später zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Beide sind nach Presseinformationen mittlerweile wieder auf freiem Fuß.

Respektvolles Gedenken braucht die Perspektive der Opfer

Ohne die Arbeit des Münchner Journalisten Robert Andreasch, der zum Anschlag auf das „Liverpool“ recherchierte und ihn als rechten Anschlag identifizierte, wäre der Fall mittlerweile vermutlich in Vergessenheit geraten. Heute sind es ausschließlich antifaschistische Gruppen, die den Terroranschlag bei Demonstrationen oder antifaschistischen Stadtspaziergängen thematisieren. Ansonsten erinnert in München nichts und niemand an die Opfer, in der Öffentlichkeit überwiegt die Auseinandersetzung mit den Tätern.

Bei der Kundgebung in München zitiert eine der Rednerinnen İbrahim Arslan, der den rassistischen Brandanschlag in Mölln 1992 als kleiner Junge überlebte und sich heute für ein Gedenken einsetzt, das nicht von offizieller Politik dominiert, sondern von den Betroffenen gestaltet wird: „Indem wir unsere Opferperspektive in den Vordergrund rücken, verändern wir diese Gesellschaft.“ In ihrem Redebeitrag betont sie zudem, dass Gedenken, neben der Trauer um die Opfer rechter Gewalt, auch die Taten und ihre gesellschaftlichen Ursachen sichtbar machen sollte. Ohne die Betroffenen sei das nicht möglich.

Bei der Aufarbeitung der Taten der „Gruppe Ludwig“ fehlt diese Opferperspektive. Ausgiebig sezieren Journalist*innen die Persönlichkeit und Biographien der beiden Terroristen. En detail wird beschrieben, in welchen „untadeligen“ familiären Verhältnissen die beiden aufwuchsen, wann und wo sie sich kennenlernten und wie der eine ein schmächtiger, talentierter Gitarrenspieler, der andere ein rationaler und sportiver Praktiker sei.

Derweil ist über die Opfer oft nicht mehr bekannt als ihr Name beziehungsweise wo und wie sie ermordet wurden. Von Corinna Tartarotti weiß man, dass sie die Tochter eines ZDF-Journalisten war und familiäre Wurzeln in Südtirol hat. Bekannt ist auch, dass rund 25 weitere Personen am Tag des Anschlags im „Liverpool“ waren, um sich einen Film anzusehen. Acht davon wurden bei dem Angriff verletzt. Wer sie sind, ihre Perspektive auf den Fall, was sie dazu zu sagen hätten … all das ist derzeit nicht bekannt. Alle Versuche, Angehörige oder Betroffene des Anschlags ausfindig zu machen, liefen bislang ins Leere.

Entpolitisierung und Pathologisierung sind Kontinuitäten rechten Terrors

Neben der einseitigen Auseinandersetzung mit den vermeintlichen Motiven der Täter und ihren Lebensläufen ist eine weitere Kontinuität rechten Terrors die Entpolitisierung der Taten und dass die Täter von Ermittlungsbehörden, Medien und Öffentlichkeit für psychisch krank erklärt



Foto: Robert Andreasch

In München erinnert die Demo „Rechten Terror bekämpfen – Antifaschistischen Widerstand aufbauen!" an das Attentat der „Gruppe Ludwig" am 7. Januar 1984 in der Schillerstraße und an die dabei ermordete Corinna Tartarotti.

werden. Ein Blick in die Münchner Stadtgeschichte liefert zahlreiche Beispiele:

- Vor 40 Jahren, am 26. September 1980 reißt Gundolf Köhler bei einem Sprengstoffanschlag auf das Oktoberfest zwölf Menschen mit sich in den Tod. Köhler war Mitglied der neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann und doch spricht die Bundesanwaltschaft vom Einzeltäter, der sich in einer persönlichen Krise befunden haben muss.
- Zwei der insgesamt zehn Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) wurden hier in München verübt. Habil Kılıç und Theodoros Boulgarides wurden Opfer von Rechtsterror doch dauerte es mehr als zehn Jahre, bis zur Selbstenttarnung des NSU, dass der rechte Charakter der Morde auch bei den Behörden erkannt wurde. Sie ermittelten gegen die Angehörigen, statt ihnen zuzuhören, ihnen zu glauben und den Hinweisen auf Rechtsterrorismus nachzugehen.
- Und dann der rechte Terror vom 22. Juli 2016 als David Sonboly neun Menschen im Münchner Olympia Einkaufszentrum und anschließend sich selbst erschoss. Er wählte die Opfer nach rassistischen Motiven aus, verehrte Hitler und die AfD. Bis heute tun sich die Behörden schwer, die extrem rechten Merkmale der Tat als solche anzuerkennen.[1]

Auch in den Tagen nach dem Anschlag auf das „Liverpool" laufen die polizeilichen Ermittlungen zunächst in nur eine Richtung: ins so genannte Zuhältermilieu. Nach dem Bekennerschreiben der „Gruppe Ludwig" wird vom rechten Charakter der Taten abgelenkt. Abel und Furlan hätten in einer „Adoleszenzkrise" gesteckt, sie seien „todeswütige Exorzisten" und „psychopatische Neonazis". Das Nichterkennen, die Verharmlosung und Pathologisierung von rechtem Terror und den Täter ist neben dem Terror selbst eine Gefahr. Verhindert es doch, dass diese Hassverbrechen richtig eingeordnet und aufgearbeitet werden.

Antifeminismus und (selbst)zerstörerische Männlichkeit

Rechter Terror kann nicht losgelöst von antifeministischen Ideologien analysiert werden. Vielmehr sind Antifeminismus und die Befürwortung von Gewalt zwei von mehreren Bestandteilen eines (extrem) rechten Weltbildes und viele Fälle rechter, rassistischer, antisemitischer und antilinker Gewalt haben eine Genderkomponente[2].

Der Attentäter von Halle, der seine Taten mittels einer am Helm befestigten Kamera aufnimmt, sagt gleich zu Beginn der Aufzeichnung, dass „der Feminismus" Grund für sinkende Geburtenraten im Westen sei und diese wiederum zu vermeintlicher Massenmigration führen würden. Verantwortlich dafür seien Jüdinnen und Juden. Er ist nicht der erste rechte Attentäter der diese verschwörungstheoretischen Narrative miteinander verbindet und zum Mörder wurde.

Eike Sanders und Judith Götz benennen das Problem: Männer und gewisse Ausformungen von Männlichkeit.[3] Denn zentrales verbindendes Element der Terroranschläge von Christchurch, El Paso oder nun Halle ist, dass die Gewalt in einem Zusammenhang mit Geschlecht steht. Die Täter haben Verschwörungstheorien, bei denen Antisemitismus, Rassismus und Frauenhass Hand in Hand gehen. Die Gesellschaft werde einerseits von außen durch Migration bedroht, andererseits durch Feminismus von innen. Gegen diesen imaginierten Untergang müsse der Mann sich zur Wehr setzen. Diese Narrative sprechen in erster Linie Männer an, denen in einer patriarchalen Gesellschaft die Rolle der Beschützer zugesprochen wird und die aus diesem nicht vorhandenen Bedrohungsszenario ein aktivierendes Moment ableiten. Und so wird männliche Gewalt zu tödlicher Gewalt.

Diesen extrem rechten, antifeministischen Ideologien liegt meist eine (selbst) zerstörerische Vorstellung von Männlichkeit zugrunde, bei der alles vermeintlich Schwache verachtet und weiblich Konnotiertes abgelehnt wird. Über Marco Furlan und Wolfgang Abel ist bekannt, dass sie sich an den Wochenenden mit langen Märschen in der Natur abhärteten und so ihre männerbündlerische Kameradschaft formten. Im Kern dieser idealisierten Männlichkeit steht die Bereitschaft und Fähigkeit zur Gewaltausübung. •

1 Ausfuhrlich dazu Caro Keller von NSU Watch beim CCC 2019: https://media.ccc.de/v/36c3-121--unvorstellbare-einzelflle-und-neue-phnomene-kontinuitten-des-rechten-terrors 2 AK FE.IN (2019): Frauen*rechte und Frauen*hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt. Berlin Verbrecher Verlag 3 Sanders, Eike und Götz, Judith (2019): „Rechter Terror: Sind Männer das Problem?" In: ze.tt. Online https://ze.tt/rechter-terror-sind-maenner-das-problem

GESCHICHTE

Erinnerungspolitische Weichenstellung?

Der Weg zur Anerkennung bislang ignorierter NS-Opfergruppen

DAGMAR LIESKE

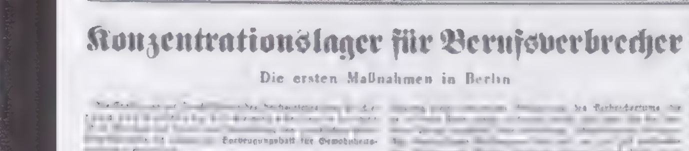
Vor nunmehr 75 Jahren wurde das nationalsozialistische Regime von den Alliierten zerschlagen, die Konzentrationslager befreit. Kaum zu glauben, dass es immer noch Menschen gibt, deren Verfolgungsschicksale bislang keine Anerkennung gefunden haben, geschweige denn in der offiziellen Erinnerungskultur präsent sind. Dies betrifft insbesondere die im Nationalsozialismus von Kriminalpolizei, Justiz, Gestapo und Wohlfahrtsbehörden als „Berufsverbrecher" und „Asoziale" Stigmatisierten. Sie konnten bislang als ignorierte Opfergruppen gelten - denn sie wurden nicht einfach „vergessen", sondern bewusst aus der Gedenkkultur sowie der Entschädigungspraxis ausgeschlossen. Auch innerhalb der historischen Forschung fanden sie lange keine Berücksichtigung. So erklärte der Sozialwissenschaftler Wolfgang Ayaß noch 2009 die „Kriminellen" zur „bislang am schlechtesten erforschte[n] Häftlingsgruppe". Inzwischen hat sich jedoch einiges getan: In den vergangenen Jahren erschienen zahlreiche Forschungsbeiträge, die sich explizit den „Berufsverbrechern" als Opfergruppe des nationalsozialistischen Regimes widmen. Nicht nur die Forschungslandschaft hat sich dem Thema angenommen: Auch auf erinnerungspolitischer Ebene ist einiges in Bewegung geraten: So folgte der Deutsche Bundestag am 13. Februar 2020 einer Beschlussempfehlung des Kulturausschusses und sprach sich für die längst überfällige Anerkennung der „Berufsverbrecher" und „Asozialen" als NS-Opfer aus. Diesem Ergebnis gingen mehrere Jahre mitunter mühseliger Kampagnenarbeit voraus, bis schließlich zwischen Februar und April 2019 die Fraktionen der Grünen und der FDP jeweils einen entsprechenden Antrag im Kulturausschuss des Bundestages stellten. Auch die CDU/CSU und SPD sowie die Partei Die LINKE reichten eigene Anträge ein. Alle forderten im Kern die Anerkennung dieser Verfolgtengruppen, allerdings mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Im Januar 2020 legte der Kulturausschuss schließlich eine Beschlussempfehlung und Bericht vor, indem die Mehrheit der Abgeordneten dem Antrag der CDU/CSU und SPD folgte, dem der Bundestag schließlich am 13. Februar 2020 zustimmte. Dieser sieht u. a. die Erarbeitung einer Ausstellung zu dem Thema vor.

Anerkennungsinitiative

Maßgeblicher Motor und Initiator hinter der Kampagne, die dieser Entscheidung des Bundestages vorausging, war Frank Nonnenmacher. Nonnenmacher, Sozialwissenschaftler und emeritierter Professor für Didaktik, hatte als junger Dozent Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre seinen Onkel Ernst mehrfach zu dessen Lebensgeschichte befragt. Ernst Nonnenmacher kam früh mit dem kleinkriminellen Milieu in Kontakt. Zeitweise betätigte er sich auch politisch in kommunistischen Kreisen. 1941 wurde er als „Asozialer" und „Berufsverbrecher" zunächst in das KZ Flossenbürg und später in das KZ Sachsenhausen in Oranienburg verbracht. Mehrere Jahrzehnte später griff Frank die Geschichte von Ernst auf. Frank Nonnenmacher war damit der erste Angehörige der zweiten Generation, der seine Familiengeschichte literarisch und öffentlich verarbeitete und vor diesem Hintergrund eine Beschäftigung mit diesen Opfergruppen forderte. Ende 2017 startete die Kampagne auch „Berufsverbrecher" und „Asoziale" als Verfolgte des NS anzuerkennen. Über „change org" konnten neben weiteren Wissenschaftler*innen auch zahlreiche Politiker*innen, Künstler*innen, Prominente, Wissenschaftler*innen und weitere Interessierte als Unterstützer*innen gewonnen werden. Leider stieß die Kampagne aber auch auf Widerstand und Ablehnung: Insbesondere die nach wie vor populäre pauschale Annahme, die Mehrheit der als „Berufsverbrecher" Verfolgten hätten in den Konzentrationslagern Gewalt an anderen KZ-Inhaftierten begangen, erwies sich als Problem.

Die Rolle der AfD

Die Gleichsetzung der als „Berufsverbrecher" verfolgten Menschen mit dem Bild des „bösen Kapo", der permanent andere Häftlinge verprügelt und sich mit der SS verbrüdert, dominierte lange die Darstellung dieser Gruppe - sowohl in der Erinnerungsliteratur als auch in den KZ-Gedenkstätten. Selbst in der wissenschaftlichen Literatur wurde dieses Narrativ aufgegriffen - so schrieb etwa Wolfgang Sofsky in seinem Standardwerk zum KZ-System von einem „Kampf Rot gegen Grün". Diese



VOSSISCHE ZEITUNG · Nr. 545

DIE DRITTE SEITE

Berlin, das Reich und die Welt

Konzentrationslager für Berufsverbrecher

Die ersten Maßnahmen in Berlin

In Berlin gesucht — im Zuchthaus ermittelt

Darstellung legt nahe, dass es sich hier nicht um Konflikte innerhalb einer kleinen (privilegierten) Schicht von KZ-Häftlingen handelte, sondern um Verhaltensweisen, die in dieser Lesart charakteristisch für gesamte Gruppen erscheinen. Ausgerechnet die AfD, die offen mit Neonazis paktiert, bspw. indem sie diese als Mitarbeiter von Abgeordneten engagiert, hat während der Plenardebatte im Bundestag und im Kulturausschuss unter Rückgriff auf dieses Narrativ eine differenzierte Sichtweise auf die nationalsozialistische Herrschaft eingefordert. So erklärte Thomas Ehrhorn im April 2019, es sei „nicht möglich, allen sogenannten „Asozialen" und „Berufsverbrechern" eine Art Generalamnestie einzuräumen, sie zu Opfern zu erklären, weil ein Teil von ihnen eben durchaus auch Täter war." Diese Täter-Opfer Umkehr stieß indes in der Öffentlichkeit auf Kritik. Jens-Christian Wagner, Leiter der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten und Leiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen, nannte die Äußerungen Ehrhorns „skandalös". Dennoch beharrte die AfD bis zum Schluss auf dieser Position und begründete damit ihre Ablehnung gegenüber einer Anerkennung vor allem der als „Berufsverbrecher" Verfolgten. Die Strategie der AfD war in dem Prozess nicht, die Verbrechen der Nationalsozialisten zu leugnen, sondern vielmehr die Argumente der Initiator*innen aufzugreifen und auf ihre Weise umzuinterpretieren. Der jahrzehntelange Ausschluss der genannten NS-Opfergruppen wurde im Verhalten einzelner KZ-Häftlinge gesucht. Als Leumund wurden ferner Überlebendenverbände hinzugezogen, deren Verlautbarungen aus der Vergangenheit nicht kontextualisiert wurden. Die Tatsache, dass sich verschiedene Lagergemeinschaften in einem Brief an alle Fraktionen im Bundestag im Januar 2020 explizit für die Anerkennungsinitiative ausgesprochen haben, wurde von der AfD ignoriert. Die AfD versuchte mit ihrer Argumentation für eine „Einzelfallprüfung" die gesellschaftliche Skepsis gegenüber einer Auseinandersetzung mit Menschen, die eine kriminelle Laufbahn hinter sich hatten und für deren Anerkennung als NS-Opfer es jahrzehntelang keine Lobby gab, für sich zu nutzen. Insofern ist es durchaus erfreulich, dass sich am 13. Februar 2020 alle Fraktionen im Bundestag von der AfD abgrenzten und mehrfach betonten, niemand sei zu Recht im KZ gewesen.

Ausblick

Der Entwurf der CDU/CSU und SPD sei nicht weitreichend genug, kritisierte Brigitte Freihold, Abgeordnete im Kulturausschuss für die LINKE. Sie erklärte dazu, „Rechtsextremistische Gewalt gegen Obdachlose und Hartz IV-Empfänger" werde „kaum im Zusammenhang mit den Nachwirkungen der nicht aufgearbeiteten NS-Stigmatisierung gesehen." Dies gelte es zu ändern. Tatsächlich gilt es nun, die Politiker*innen in ihre Pflicht zu nehmen. Gerade die Aufarbeitung der Verfolgung von „Asozialen" und „Berufsverbrechern" bietet die Möglichkeit, kritisch auf Kontinuitäten von Ausgrenzung und repressiver Kriminalpolitik zu blicken. So wäre danach zu fragen, wie schmal bisweilen der Grat zwischen einer bürgerlichen Existenz und dem Ausschluss aus der „Volksgemeinschaft" sein konnte und auf welche Weise und in welchem Umfang verschiedene Behörden an der Vernichtung derjenigen beteiligt waren, die aus Sicht der Nationalsozialisten nicht (mehr) in das zunächst imaginierte und schließlich auch konstruierte Kollektiv passten. Gerade in Zeiten einer erstarkenden Rechten erscheint es wichtiger denn je, diese Mechanismen zu benennen und zu begreifen. •

1 Vgl dazu Dagmar Lieske, „Berufsverbrecher" Zur wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit einer „unbequemen" Opfergruppe, in: Stephanie Bohra (Hrsg.), Institutionen des nationalsozialistischen Verfolgungsterrors in Brandenburg. Opfer - Tater - Folgen.

2 Julia Hörath, „Asoziale" und „Berufsverbrecher" in den Konzentrationslagern 1933 bis 1938, Göttingen 2017; Sylvia Köchl, „Das Bedürfnis nach gerechter Sühne". Wege von „Berufsverbrecherinnen" in das Konzentrationslager Ravensbruck, Wien 2016; Dagmar Lieske, Unbequeme Opfer, 2016; Sven Langhammer, Die reichsweite Verhaftungsaktion vom 9. Marz 1937 - eine Maßnahme zur „Säuberung des Volkskörpers", in: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte 1 (2007), S. 55-77.

3 http //dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/168/1916826.pdf

GESCHICHTE

Umkämpftes Gedenken

Geschichtspolitische Auseinandersetzungen um die Gedenkfeier zum Jahrestag der Befreiung in Ravensbrück

MARIA WERNER

2020 jährt sich die Befreiung vom NS-Faschismus zum 75. Mal. Geschichtspolitik im Nachfolgestaat des NS war immer, nicht erst angesichts des massiven Machtzuwachses der AfD, umkämpftes Terrain und hat Gedenkfeiern beeinflusst. Antifaschismus als Grundlage des Gedenkens und Mahnens, wie von den Überlebendenverbänden proklamiert, ist aus verschiedenen Gründen keine Selbstverständlichkeit (mehr). Antifaschist*innen kritisieren zunehmend: Leere Rituale, zumal wenn Akteur*innen teilnehmen, die bspw. den Holocaust negieren oder relativieren, oder verantwortungsleugnende Erinnerungsrituale für Angehörige von Tätergruppen. Der vorliegende Text befasst sich mit erinnerungspolitischen Konflikten in der Gedenkstätte Ravensbrück.

In Ravensbrück hat es in den letzten zwei Jahren Kontroversen um Symbole der Narodowe Siły Zbrojne (NSZ, Nationale Streitkräfte) gegeben. Diese aus dem faschistischen ONR (Obóz Narodowo-Radykalny - Radikal Nationales Lager) der Zwischenkriegszeit hervorgegangene polnische militärische Formation hat während und noch nach dem 2. Weltkrieg u.a. polnische Juden und Kommunist*innen ermordet. Die Gruppe der polnischen Neofaschisten mit der NSZ-Fahne auf der Gedenkfeier 2018 umfasste zwar „nur“ etwa zehn Personen, war aber in eine größere Gruppe polnischer Teilnehmer gut integriert. Letztere bestand u.a. aus der Polnischen Katholischen Mission Berlin, dem Sportverein FC Polonia, dem Polnischen Staatsfernsehen (TVP), der polnischen Botschaft in Berlin und dem IPN Szczecin (Instytut Pamięci Narodowej/Institut für das Nationale Gedenken).

Wie die Feier 2020 abläuft, ist schwer vorherzusagen. Es kann sein, dass sowohl die polnischen Neofaschist*innen stärker mobilisieren als auch, dass die rechtsnationalistische PiS mit ihren verbündeten Organisationen ihr exklusives Gedenken mit großem Pomp zelebrieren wird. Bislang ist die AfD in Ravensbrück nicht aufgetreten. Eine veränderte Politik wäre jedoch nicht verwunderlich - schließlich provoziert die AfD auch in anderen Gedenkstätten. Auch hat sie Verbindungen zu den polnischen Neofaschist*innen: So feierten AfD-Bundestagsabgeordnete im Herbst 2019 den Einzug des ultra-rechten Parteienbündnisses Konfederacja Wolność i Niepodległość (Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit) in das polnische Parlament mit diesen gemeinsam in Warschau.

Zum Hintergrund

Hinter dem Auftreten der NSZ in Ravensbrück steht eine politische Choreographie, die in der aktuellen polnischen Geschichtspolitik etabliert ist, wogegen polnische Antifaschist*innen erheblichen Widerspruch einlegen. Die generelle Linie der polnischen Regierungspartei PiS konstruiert Polen als rein katholisches Land, das zwischen zwei Totalitarismen - dem deutschen Nationalsozialismus und dem kommunistischen Sowjetregime - aufgerieben werden sollte und diesen als erstes in Europa wirklichen Widerstand entgegengestellt hätte. In der PiS-Perspektive gibt es ausschließlich (christliche) Polen als Widerstandskämpfer oder Opfer. Die Shoah wird nicht geleugnet, jedoch eine Opferkonkurrenz betrieben. Zudem wird eine Mittäterschaft an der Ermordung polnischer Juden geleugnet oder bagatellisiert. Kritische Forschungen oder Diskussionen zum Thema werden von Politiker*innen, den Staatsmedien und dem IPN attackiert. Darüber hinaus hat PiS eine ganze Reihe neuer Museen und Institute aufgebaut, die das Geschichtsbild der Regierungspartei transportieren sollen, z.B. das 2017 geschaffene Pilecki-Institut, das seit September 2019 auch eine Niederlassung in Berlin hat.

Die Grenzen zwischen rechtsnationalistisch und neofaschistisch sind fließend. Ein Beispiel ist Dr. Wojciech Muszyński. Er arbeitet sowohl im IPN als auch als Mitarbeiter eines Beratergremiums, das Präsident Andrzej Duda Oppositionelle aus der Zeit der Volksrepublik für Auszeichnungen vorschlägt. Im Dezember 2019 äußerte er sich über die linke Oppositionspartei Razem dahingehend, dass man in Chile im Jahr 1973 die Mitglieder einer Partei wie Razem mit Hubschraubern über dem Ozean ins Meer geworfen hätte, 30 km vom Ufer entfernt.

Seit 2011 wurden weitreichende geschichtspolitische Initiativen angestoßen. So wird der 1. März als gesetzlicher Feiertag zu Ehren der Verstoßenen Soldaten, der Żołnierze Wyklęci begangen. Diese waren Mitglieder des antikommunistischen Untergrundes, die nach Kriegsende





Oben: NSZ-Anhänger beim Gedenken in Ravensbrück 2018
Rechts: Teilnehmer der Gedenkveranstaltung 2019



1945 gegen die Regierung Volkspolens kämpften. Seit 2012 erhalten auch Veteranen der NSZ Ehrungen von höchster Staatsseite, zuletzt im Sommer 2019 durch Übernahme der Schirmherrschaft für die Ehrung einer NSZ-Brigade durch Duda.

Die Regierung erklärte 2011 auch den April zum Gedenkmonat für Ravensbrück. Auch dies zog Aktivitäten von Politikern nach sich: So war 2018 die Präsidentengattin Kornhauser-Duda bei der Befreiungsfeier anwesend, Ministerpräsident Morawiecki wollte, wie ein TVP-Reporter twitterte, am 27. Januar 2020 Ravensbrück besuchen, musste jedoch terminlich umdisponieren und gerüchteweise soll Duda zur 75. Jahresfeier anwesend sein. Das IPN veranstaltet sowohl zu den Verstoßenen Soldaten als auch zu Ravensbrück eine Vielzahl kultureller-historischer Events. Seit vielen Jahren organisiert es Schüler*innen-Wettbewerbe und sponsert den Gewinner*innen die Fahrt zur Gedenkfeier nach Ravensbrück. Aus diesem Grund werden 2020 wohl auch viele Schüler*innen aus ganz Polen vor Ort sein.

Dass die Orientierung auf ein NS-Gedanken exklusiv ist, zeigt u.a. die Tatsache, dass das IPN im Dezember 2019 der Stadt Szczecin geraten hat, die Bitte einer Angehörigen abzuweisen, die einen Stolperstein in Erinnerung an ihren ermordeten jüdischen Vater verlegen wollte. Die Begründung des IPN lautete, ein solcher Stolperstein könne zur Folge haben, dass Polen für die Ermordung der polnischen Juden verantwortlich gemacht werden. Der Empfehlung wurde gefolgt. Auf diese Art werden Gruppen wie bspw. die polnischen Juden aus dem öffentlichen Erinnern ausgegrenzt.

Neben der NSZ waren bei den Befreiungsfeiern 2018 in Ravensbrück auch folgenden Organisationen anwesend: Die Organisation Polnische Werte (Polskie Wartości) aus Szczecin. Diese ist revisionistisch ausgerichtet und unterstützt unter dem Deckmantel karitativer Fürsorge notleidende „Landsleute“ in den Kresy, den ehemaligen polnischen Ostgebieten, heute zu Litauen, Belarus und der Ukraine zugehörig. Sie werben für die paramilitärische Nationalgarde (Gwardia Narodowa, GN), die eine durch PiS 2017 legalisierte und durch Trainings durch die Armee unterstütze Bürgerwehr darstellt. Die GN war in Uniform ebenfalls bei der Feier 2018 in Ravensbrück. Eine gesellschaftliche Scharnierfunktion für die PiS Regierungslinie stellen die Aktivitäten der Polnischen Militärischen Mission Berlin und des Sportvereins FC Polonia Berlin dar. Mitglieder des Vorstands des FC Polonia lassen sich mit T-Shirts ablichten, die die polnisch-ungarische Bruderschaft beschwört und sind auf Facebook mit den Budapest Ultra Hooligans vernetzt, die wiederum „Good night left side“ Buttons auf ihrer Seite abbilden.

Ein Akteur ist außerdem die Stowarzyszenie Żołnierzy Narodowych Sił Zbrojnych (Verband der Soldaten der NSZ). Für den Verband spricht Tomasz Dorosz, der bis Ende 2018 Vorsitzender des neofaschistischen ONR war und sich im Herbst 2019 für Konfederacja zur Wahl aufstellen ließ.

Komplexe Konstellationen

Bei der Gedenkfeier kommen verschiedene Ambivalenzen zusammen: Die an der Gedenkfeier teilnehmenden polnischen Überlebenden und Nachkommen sowie weitere Menschen, die den ehemaligen polnischen Häftlingen im KZ Ravensbrück gedenken wollen, werden durch die nationalistische Politik der genannten Akteur*innen instrumentalisiert.

Die polnischen Teilnehmer*innen, die sicherlich nicht alle mit der Regierungslinie einverstanden sind, haben eine vergleichsweise große Präsenz. Denn Polinnen waren die zahlenmäßig größte Gruppe unter den Gefangenen. Ein Gedenken und ein Auseinandersetzen mit dem polnischen Widerstand in seinen verschiedenen Schattierungen sowie den verschiedenen Häftlingsgruppen – von christlichen Zwangsarbeiterinnen zu polnischen Jüdinnen – ist jedoch in der deutschen Erinnerungspolitik unterrepräsentiert. Das macht es leicht, Kritik am aggressiven Auftreten der oben benannten Gruppen als „antipolnisch“ zu bezeichnen, wie es die polnische Botschaft 2018 tat. Antifaschist*innen müssen sowohl das Leiden der Pol*innen in Ravensbrück stärker thematisieren als auch Kritik an allen Formen des exklusiven Erinnerns üben.

Sie sollten sich mit den gegenwärtigen Geschichtspolitiken vor dem Hintergrund der konkreten Orte wie Ravensbrück und den politischen Ambivalenzen und Fallstricken auseinandersetzen, um sich positioniert an Gedenkpraxen zu beteiligen und nicht instrumentalisieren zu lassen, um zu einem würdigen antifaschistischen Mahnen und Gedenken – auch jenseits von Gedenkfeiern beizutragen. •

REPRESSION

Das Ende einer Fahrradtour

GASTBEITRAG DES „BERLINER BÜNDNISSES GEGEN RECHTS“

Als Sara* mit ihren Freund*innen ins nicht EU-Ausland fliegen will, wird sie an der Passkontrolle intensiv befragt und kontrolliert. Ihre kleine Reisegruppe muss lange warten, mit Glück erreichen sie noch rechtzeitig ihr Flugzeug. Gerald* will einen Freund im Bundestag besuchen. Security-Beamte kontrollieren seinen Ausweis und wollen ihn nicht hineinlassen. Die Situation ist angespannt, weil Gerald sich nicht abweisen lassen will. Erst der hinzugerufene Freund kann die Situation deeskalieren. Er darf Gerald mit in sein Büro nehmen. Naemi* ist ehrenamtliche Kampfrichterin. Ihre Bewerbung auf Teilnahme an einem internationalen Sportwettkampf wird ohne Begründung abgelehnt. Dies sind drei Beispiele für die Erfahrungen von 34 Antifaschist*innen, die am 17. August 2017 an einer Fahrradtour teilgenommen haben, um zu den Protesten gegen den Neonaziaufmarsch zum Todestag von Rudolf Heß nach Berlin Spandau zu fahren.

Die Fahrradtour an diesem Tag endete nach ein paar hundert Metern in einem Polizeikessel. Es hieß, ein AfD-Stand sei umgekippt worden und es sei zu Auseinandersetzungen gekommen. Personalien wurden aufgenommen, Kleidung durchsucht, Antifa-Sticker und Kartenmaterial beschlagnahmt und Fotografien der Fahrradfahrer*innen angefertigt. Erst zwei Stunden später konnte die Fahrt nach Spandau fortgesetzt werden. Erst fast zwei Jahre später erfuhr eine betroffene Person zufällig über ein Auskunftsersuchen[1] beim Bundeszentralregister, dass gegen sie wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung in Tateinheit mit besonders schwerem Landfriedensbruch ermittelt wird. Durch Recherchen konnte aufgedeckt werden, dass sich eine LKA-Beamtin am Vorabtreffpunkt für die Fahrradtour an der Technischen Universität Berlin einfand, sich dort als Antifaschistin ausgab und sich Kartenmaterial aushändigen ließ, um die Route nach Spandau an die Einsatzzentrale durchzugeben. Ein weiteres Polizeiteam war im Umfeld in zivil mit dem Auto unterwegs. In der Nähe hatten sich mehrere uniformierte Einheiten in ihren Mannschaftswagen postiert. Es ist davon auszugehen, dass von Anfang an geplant war, die Fahrradtour nicht unbehelligt nach Spandau fahren zu lassen. Bekannt wurde auch, dass ein an diesem Tag vom AfD-Bezirksverband Charlottenburg an der Otto-Suhr-Allee aufgebauter Stand durch einen Polizeibeamten in zivil beschützt wurde. Ebenfalls bekannt ist, dass es eine Auseinandersetzung zwischen einer Handvoll Fahrradfahrer*innen und Anwesenden des AfD-Standes gab, im Zuge derer der Stand umkippte und Flyer auf den Boden fielen. Ein Zivilpolizist gab an, einen Mann geschlagen zu haben, der versucht haben soll, ihn am Filmen zu hindern. Ein AfD-Standbetreuer gab zu, ebenfalls Menschen geschlagen und im Schwitzkasten gehabt zu haben. Die Situation dauerte weniger als eine Minute. Kurz darauf baute die AfD den Stand wieder auf. Alle Radfahrer*innen, die sich zu dieser Zeit auf dem Teilstück der Otto-Suhr-Allee befanden, mussten polizeiliche Maßnahmen wie Identitätsfeststellung, Durchsuchung und Fotografiert werden über sich ergehen lassen. Ein Fahrradfahrer wurde von gewalttätigen Zivilbeamten vom Rad geholt und erlitt dabei Verletzungen.

Folge der oben beschriebenen Situation waren polizeiliche Ermittlungen wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung nach Paragraph 129 StGB. In Anbetracht der Tatsache, dass die Fahrradtour öffentlich mit dem Ziel beworben wurde, eine angemeldete Kundgebung gegen einen Aufmarsch von Neonazis gemeinsam zu erreichen, erscheinen derartige Ermittlungen juristisch vollkommen absurd. Denn damit würde der Gruppe der Fahrradfahrer*innen unterstellt werden, eine Vereinigung mit dem Ziel gegründet oder sich an ihr beteiligt zu haben, um gemeinsam Straftaten zu begehen. Der Paragraph 129 StGB bietet den Behörden jedoch die Möglichkeit, linke Aktivist*innen mit weitreichenden polizeilichen Ermittlungsmaßnahmen wie Observationen, Telefon- und Internetüberwachungen auszuspionieren. Ebenso wie Paragraph 129b StGB (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), der häufig gegen die kurdische Linke angewendet wird, um solidarische Strukturen zu durchleuchten, gehören diese Paragraphen seit vielen Jahrzehnten zum Standardrepertoire der Repressionsorgane, um linke und solidarische Strukturen auszuforschen, Menschen zu verunsichern und von ihrer politischen Arbeit abzuhalten.

Da Polizei und Staatsanwaltschaft nicht dazu verpflichtet sind, die Betroffenen über Ermittlungsverfahren gegen sie zu unterrichten, ist es der hartnäckigen Recherche der Fahrradfahrer*innen zu verdanken, dass sie von den Ermittlungen ge-

gen sich erfahren haben. Sie haben Auskunftsersuchen gestellt, Rechtsanwält*innen engagiert, Abgeordnete eingeschaltet und Journalist*innen informiert. Durch eine kleine Anfrage der Fraktion „Die Linke" im Berliner Abgeordnetenhaus haben sie erfahren, dass die Ermittlungsverfahren gegen sie nach mehr als zweieinhalb Jahren immer noch nicht eingestellt worden sind[2]. Durch die Anfrage kam auch heraus, dass das Berliner LKA und die politische Staatsanwaltschaft dafür gesorgt haben, dass alle Betroffenen inzwischen im polizeilichen Informationssystem des Bundeskriminalamts mit dem Vermerk "Politisch Motivierte Kriminalität - links" geführt werden. Dieser Vermerk erscheint immer, wenn Personalien von Aktivist*innen irgendwo kontrolliert werden. Der angegebene Grund: Paragraph 129 - Bildung einer kriminellen Vereinigung. Die oben aufgeführten Beispiele zeigen, dass solche laufenden Ermittlungsverfahren, von denen die Betroffenen nicht einmal unterrichtet werden, massive Auswirkungen auf deren Lebensführung haben können. Denn was ihnen durch diesen Eintrag verwehrt oder genehmigt wird und wohin sie reisen dürfen oder eben nicht, ist nunmehr bei allen behördlichen Kontrollen von der persönlichen Einschätzung die jeweiligen Beamt*innen abhängig. Von Rechtsanwält*innen haben die Betroffenen zudem erfahren, dass bisher nicht aktiv gegen sie ermittelt wird. Die Verfahren werden in der Schwebe gehalten, obwohl die Einstellungen absehbar sind. Das Ziel der Behörden liegt auf der Hand: Die Aktivist*innen sollen verunsichert und durch das laufende Ermittlungsverfahren davon abgeschreckt werden, sich an künftigen Protesten gegen Neonaziaufmärsche zu beteiligen.



Doch die Betroffenen lassen sich nicht einschüchtern. Sie haben sich zusammengeschlossen, informieren sich über den Stand der Ermittlungen und suchen die Öffentlichkeit, um Druck auf die Repressionsorgane zu erzeugen. Auch nach einer Einstellung der Ermittlungen müssen die Betroffenen noch dafür sorgen, dass ihre Namen aus dem Register „Politische Gewalttäter - links" gestrichen werden. Denn das geschieht nicht automatisch, sondern muss einzeln beantragt werden. Die Kriminalisierung antifaschistischer Proteste gegen Neonaziaufmärsche ist nur einer von unzähligen Versuchen, antifaschistisches Engagement zu diskreditieren. Dass sich in Zeiten des Rechtsrucks daran nicht nur AfD und Konservative beteiligen, sondern vielfach auch staatliche Verantwortungsträger*innen, wissen wir nicht erst seit Hans-Georg Maaßen. Berlins damaliger Innensenator Geisel (SPD) hatte vor dem Neonaziaufmarsch der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass auch für Neonazis die Meinungsfreiheit gelte und der Senat den Aufmarsch deshalb nicht verbieten werde. Berlin ist damit der einzige Ort, an dem ein Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß nach 12-jähriger Pause wieder möglich war. Überall sonst wäre der Aufmarsch untersagt worden. Dafür hatten die Proteste der 1990er und 2000er Jahre im bayerischen Wunsiedel und die Bestätigung des Verbots durch das Bundesverfassungsgericht 2009 gesorgt. Die Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen" schrieb Ende 2018 in ihrer Auswertung des Aufmarsches von 2017, man sei zu dem Schluss gekommen, dass auch das Nicht-Laufen (die Neonaziroute musste aufgrund von Blockaden stark verkürzt werden) der Neonazis vor allem politisch gewollt war. So konnte sich der Berliner rot-rot-grüne Senat damit rühmen, dass die Zivilgesellschaft für ein "buntes, tolerantes" Berlin auf die Straße gegangen sei. Das hatte zur Folge, dass Antifaschismus im Gegenzug zwar toleriert wurde, sich aber in bestimmten Bahnen zu bewegen hatte. Alles, was von dieser Doktrin abwich, wurde mit Polizeigewalt und Strafverfahren überzogen. Im Folgejahr war die Situation eine andere: Es gelang nicht gegen den politischen Willen der Behörden den Aufmarsch zu stoppen. Im Aufruf hieß es dazu: "Wir wollen keinen auf Konsum ausgerichteten Protest. Jed*er sollte sich mit seinen*ihren Leuten Gedanken machen, wie er*sie an diesem Tag aktiv werden kann. Man werde sich in seinem Handeln nicht von Entscheidungen des Senats oder der Polizei abhängig machen und wolle an Aktionsformen anschließen, welche ein würdevolles Agieren jenseits der polizeilich „gegönnten Rahmenbedingungen" ermöglichen, wobei sich vielfältige Protestformen ergänzen können. •

1 Über ein sogenanntes Auskunftsersuchen kann in Erfahrung gebracht werden, welche Informationen eine Behörde über die eigene Person gespeichert hat, sehr anwender*innen-freundlich bspw. über www.datenschmutz.de
2 http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-20498.pdf

REPRESSION

Antifas in Griechenland – Repression braucht Solidarität

■ 1. November 2019: In Athen kommt es zu einem Brandanschlag auf die Zentrale der neonazistischen Partei „Chrysi Avgi", der unter anderem Schäden am Büro des Generalsekretärs der Partei verursacht. Den Ermittlungsakten zufolge verfolgen daraufhin Polizisten einer „Anti-Terrorismus-Einheit" die vermutlichen Täter auf der Flucht mit ihren Autos. Die Autos kollidieren, was zum Ende der Verfolgung führt. Der Vorfall diente den staatlichen Behörden dazu, ihre laufende Kampagne gegen die anarchistische Bewegung auszuweiten und führte zur Verhaftung von zwei Aktivisten, die in Untersuchungshaft genommen wurden.

Zunächst erschufen die Behörden gemäß Paragraph 187a des griechischen Strafgesetzbuches (Anti-Terrorismusgesetz) eine „terroristische Vereinigung" mit dem Namen „Taksiarhia" (Brigade). Diese soll im März 2017 mit dem Angriff auf die (damalige) Zentrale der Chrysi Avgi unter dem Namen „Pavlos Fyssas Brigade" erstmals in Erscheinung getreten sein. Nach Aktenlage werden der Organisation in den folgenden Jahren insgesamt sechs Angriffe auf die Infrastruktur und Personen der Neonaziszene zugerechnet. Dabei wählten die Strafverfolgungsbehörden unter einer Vielzahl von Aktionen der letzten Jahre, die zu einer erheblichen Schwächung der neonazistischen Bewegung geführt haben, kurzerhand diejenigen wenigen aus, in deren politischer Verantwortung der Name „Brigade" auftauchte. Allein dieses Wort diente als Beleg dafür, die Existenz einer Gruppe zu inszenieren und die Beschuldigten wegen „Mitgliedschaft und Beteiligung an einer terroristischen Organisation" mit jahrzehntelangen Haftstrafen zu konfrontieren. Die Anklageschrift benennt neben dem Angriff auf die Chrysi Avgi-Zentrale drei weitere Angriffe auf lokale Parteistrukturen und Kader im Athener Stadtteil Aspropyrgos, die zur endgültigen Schließung der Büros geführt haben. Die Absender dieser erfolgreichen Interventionen trugen verschiedene Namen wie die „Sahzat Loukman Brigade", die „Petrit Zifle Brigade" und die „Abd Elsalam Brigade". Zu einem Brandanschlag auf die lokale Vertretung von Chrysi Avgi in der Stadt Menidi bekannte sich eine „Durruti Brigade". Dieser führte zur endgültigen Einstellung der dortigen Parteiaktivitäten. Für die Zerstörung des Büros des Vorsitzenden der Partei in Deligiannis hat bisher noch niemand die politische Verantwortung übernommen. Fast zwei Monate danach wurden die beiden Aktivisten festgenommen. Als Beweis wird angeführt, dass sie an den Tagen, an denen die Brandanschläge stattgefunden haben, Autos für den persönlichen Gebrauch angemietet hatten. Daneben werden in der Akte anonyme Telefonanrufe ohne Anruferidentifikation als Grund für die Anklage angeführt, die aber nicht weiter belegt werden können. Nach der Festnahme betonten die Behörden gegenüber der Presse die Verwicklung der beiden Aktivisten in städtische Guerillagruppen, sodass diese der Öffentlichkeit als Mitglieder einer antiautoritären Gruppe präsentiert wurden, die im Bezirk Exarchia aktiv sein soll. Von den Medien bereits als „Bombenleger in den Büros von Golden Dawn" vorverurteilt, wurden sie dem Untersuchungsrichter als gefährliche Terroristen von Beamten der Anti Terror Einheiten (EKAM) in kugelsicheren Westen vorgeführt. Das Gericht reagierte wie bestellt und ordnete Untersuchungshaft an. Durch einen internationalen Spendenaufruf konnte erreicht werden, die geforderte Kautionssumme in Höhe von 15.000 Euro pro Person zu hinterlegen. Seitdem befinden sich die Beschuldigten wieder auf freiem Fuß, müssen sich aber jede Woche bei einer Polizeistation in ihrer Nachbarschaft melden. Mit den hohen Kautionsforderungen sollten die politischen Strukturen vor Ort finanziell ausgeblutet und geschwächt werden. Auch wurden die Bankkonten der beiden Aktivisten eingefroren, die nun nicht mehr für ihre Arbeit bezahlt werden können. Ein Termin für die Verhandlung ist bisher nicht festgelegt worden. Es ist zu erwarten, dass diese frühestens in einem, eventuell auch erst in drei Jahren beginnen wird.

All dies geschieht in einem gesellschaftlichen Kontext, in dem der Gerichtsprozess gegen Chrysi Avgi kurz vor dem Ende steht und die Staatsanwältin Adamantia Oikonomou – nachdem jahrelang versucht worden war, die Verstrickungen der Partei in die Ermordung des antifaschistischen Rappers Pavlos Fyssas nachzuweisen – plötzlich der Argumentation der Parteiführung von Chrysi Avgi folgt, nur noch den Einzeltäter Georgios Roupakias wegen Mordes verurteilen will und den Freispruch der mitangeklagten Parteirepräsentanten fordert. Darüber hinaus zögert sie nicht, in ihrem Plädoyer, das manchmal eher der Übernahme der politischen Verantwortung für die Partei ähnelt, deren rassistisch motivierte Armenspeisungen „nur für Griechen" mit den Worten „Immerhin haben sie Griechen was zu essen gegeben" zu kommentieren. All dies geschieht in einer Zeit, in der die neue Re-



Foto: Indymedia Athen

gierung der „Nea Dimokratia“ (Neue Demokratie, ND) den Armen und Ungehorsamen durch Häuserräumungen, erniedrigende Behandlung und Folter in den Polizeistationen und im Stadtteil Exarchia ihre Zähne zeigt. Mit einer beispiellosen Repressionskampagne der neuen Regierung werden unter dem Banner „Recht und Ordnung“ der Polizei viele zusätzliche Ressourcen und Technologien zur Verfügung gestellt, um die anarchistische Bewegung zu zerschlagen. Eine Zeit, in der sich die DELTA-Polizeieinheiten auf den Straßen wieder sichtbar ermutigt fühlen, Migrant*innen und Anarchist*innen offen zu schikanieren und sich dabei auf Straffreiheit verlassen können. Die unter Syriza suspendierte DELTA-Motorradeinheit der Polizei, die früher Demonstrant*innen in Exarchia terrorisierte, wurde unter der neuen Regierung wiedereingeführt. Regierungspräsident Kyriakos Mitsotakis hatte angekündigt, 1.500 neue Polizisten einzustellen, um die DIAS und die DELTA-Einheiten zu verstärken, deren Ausstattungen zu erneuern und neue Streifenwagen und Motorräder anzuschaffen. Der jüngste Einsatzplan der Polizei ELAS zur „Prävention und Bekämpfung der Kriminalität in Exarchia“ sieht vor, dass insgesamt 90 Polizeibeamte, zusammengesetzt aus verschiedenen Einheiten wie OPKE (Einheiten der Kriminalitätsbekämpfung), den Motorradeinheiten DIAS und „Action“ sowie Einheiten zur Bekämpfung der Drogen- und „Ausländerkriminalität“ täglich in drei Schichten durch das Viertel patrouillieren. Neben Polizeihunden sollen auch Drohnen zum Einsatz kommen. Die „Nea Dimokratia“ erklärt, sie würde so die „Normalität“ im Land wiederherstellen, betreibt aber eine politische Gegnerbekämpfung. Wenig verwunderlich, denn der stellvertretende ND-Parteivorsitzende kommt ursprünglich von der extrem rechten Partei LA.O.S. Auch der ND-Fraktionsvorsitzende Mavroudis „Makis“ Voridis ist ehemaliger Anführer mehrerer extrem rechter Gruppen und Parteien und war zuvor Minister für LA.O.S. Fotos belegen: Als Jugendführer der Partei des ehemaligen Diktators Georgios Papadopoulos patrouillierte er zu seinen Studienzeiten mit einem Schlägertrupp mit einer offen getragenen Axt auf der Suche nach linken und sozialdemokratischen Kommiliton*innen. Durch die Verabschiedung von Gesetzen, die das Streik- und Demonstrationsrecht sowie das Recht auf Universitätsasyl beschneiden und abschaffen, versucht die neue Regierung in wenigen Monaten all das zurückzugewinnen, was in Jahrzehnten des Kampfes mit Aufwand und Opfern gewonnen wurde. Sie startet einen Frontalangriff auf soziale Errungenschaften und betreibt eine Politik der Ausgrenzung und Abschreckung gegenüber Geflüchteten und Migrant*innen, die sich aus den Innenstädten verbannt und in Lagern inhaftiert gegen die menschenunwürdigen Lebensbedingungen sowie gegen Angriffe der Aufstandsbekämpfungseinheiten der MAT und Neonazis auf den Inseln zur Wehr setzen. Gleichzeitig forciert sie die Entwicklung in Richtung einer autoritären Gesellschaft. Aktivist*innen, Zivilist*innen und politische Räume werden überwacht, Strafregister ausgeweitet und Feindbilder geschaffen, um den Widerstand zu brechen und Angst und Konservatismus in der Gesellschaft zu fördern. Gefangene mit lebenslanger Freiheitsstrafe sollen zukünftig nicht mehr entlassen werden dürfen, die Mindeststrafe für eine Verurteilung wegen „Terrorismus“ wurde von 17 auf 22 Jahre erhöht. Daneben wurden u.a. die Bedingungen für Haftentlassungen sowie Strafen für Bewährungsverstöße und „Unruhen“ verschärft. In diesem Kontext wird deutlich, dass die Verfolgung der beiden Antifaschisten exemplarisch für den Kampf der neuen Regierung gegen die Errungenschaften der anarchistischen und antifaschistischen Bewegung steht. Die internationale Solidarität ist daher unverzichtbar.•

Ein Foto zeigt den ND-Funktionär Mavroudis „Makis“ Voridis zu seiner Studienzeit mit einer offen getragenen Axt auf Patrouille gegen linke und sozialdemokratische Kommiliton*innen.

SPANIEN

Die Straflosigkeit des Franquismus und der extremen Rechten seit dem Tod des Diktators

Die Entstehung von Vox in Spanien

GASTBEITRAG VON JORDI BORRÀS, FOTOJOURNALIST AUS KATALONIEN

Seit dem Tod des spanischen Diktators Francisco Franco 1975 hat es keinen Prozess der aktiven Aufarbeitung und Wiedergutmachung der Diktatur gegeben. Die mit dem Regime verbundenen Beamten setzten ihre Positionen nach Francos Tod fort, und keiner der Verantwortlichen musste sich für seine Rolle verantworten. Überlebende, die juristisch versucht haben, Wiedergutmachung für die Verbrechen des Franco-Regimes zu erlangen, müssen sich an Gerichte in anderen Ländern wenden, etwa Argentinien, das seit 2014 erfolglos die Auslieferung mehrerer Franco-Führer wegen der Verbrechen des Völkermords und Verbrechen gegen die Menschheit fordert. Diese Straflosigkeit drückt sich auch in Zahlen aus: Die sterblichen Überreste von mehr als 115.000 Spanier*innen, die noch nicht identifiziert werden konnten, liegen noch immer in Tausenden von Massengräbern, als Folge des Bürgerkriegs (1936-1939) und der 40-jährigen Diktatur. Spanien ist nach Kambodscha das zweite Land der Welt, in dem die meisten Massengräber noch immer auf ihre Exhumierung warten. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu verstehen, dass sich der Neofaschismus und die extreme Rechte in Spanien anders entwickelt haben als in anderen Teilen Europas. Die Franco-Diktatur hat jede Möglichkeit einer Veränderung in diesem politischen Sektor erstickt. So waren die programmatischen Achsen der extremen Rechten, die zum Zeitpunkt des Todes Francos 1975 existierten, praktisch die gleichen wie die derjenigen, welche die Regierung 1936 durch einen Militärputsch stürzten. Ein vollständig in der Vergangenheit verankerter extrem rechter Flügel, der sich nicht neu erfinden musste. Nach dem Beginn des politischen Übergangs, der die Straffreiheit der Franco-Diktatur sicherte, entschied sich der Großteil der Führung der Diktatur für das politische Leben in rechtskonservativen Parteien wie der Unión de Centro Democrático (UCD) oder der Alianza Popular (AP), dem Vorläufer der heutigen Partido Popular (PP). Andere entschieden sich für den national-katholischen Weg der 1976 gegründeten Fuerza Nueva (FN), einer Partei, die sich als Garant des franquistischen Vermächtnisses etablierte. Die Berufung der FN auf die Franco-Nostalgie verhinderte weitgehend die zaghaften Versuche einer diskursiven Erneuerung der extremen Rechten in jenen Jahren. 1982 geriet die FN in eine innere Krise, nachdem ihr Führer Blas Piñar seinen Parlamentssitz verloren hatte. Diese Krise, die ideologische Unbeweglichkeit und die Spaltung der spanischen extremen Rechten in mehrere Parteien, die als Erben der Falange oder des Vermächtnisses Francos galten, veranlassten den Großteil des so genannten soziologischen Franquismus, auf eine Stimme der extremen Rechten zu setzen, die lange Zeit von der AP und später von ihren Erben, der PP, vertreten wurde. Die PP wechselte sich ab 1982 mit der Partido Socialista Obrero Español (PSOE – Spanische Sozialistische Arbeiterpartei) an der Regierung des Landes ab. Seitdem hat die PP die zentralen politischen Prinzipien der extremen Rechten übernommen, die hauptsächlich auf der Verteidigung der territorialen Einheit beruhen. Laut Soziologen gaben acht von zehn Personen der extremen Rechten an, bei den Wahlen 2011 für die PP gestimmt zu haben.

Archäolog_innen öffneten 2017 ein Sammelgrab aus der Zeit des Bürgerkriegs in Katalonien



Dieses Szenario verschob sich mit dem Aufkommen der neuen Partei Plataforma per Catalunya (PxC), die sich an dem französischen Front National und der österreichischen FPÖ orientierte. Die PxC trat mit



Neonazis und Falangisten verbrennen eine kathalanische Unabhängigkeitsflagge

rassistischen, islamfeindlichen, anti-elitären und regionalistischen Slogans an. Obwohl die PxC nur in Katalonien kandidierte, unterstützte sie die „Einheit Spaniens". Ihre ersten Maßnahmen 2002 auf kommunaler Ebene waren ein Versuch der ideologischen Erneuerung einer nostalgischen und zersplitterten extremen Rechten seit der Niederlage von 1982. Ihr Vorsitzender, Josep Anglada, ein ehemaliges Mitglied der FN, errang nach und nach größere Wahlerfolge bei den Kommunalwahlen und erreichte 2011 bis zu 67 Ratsmitglieder in ganz Katalonien. Eine interne Krise endete mit seinem Ausschluss aus der Partei und stürzte PxC in eine Niederlage, die bis heute nicht überwunden ist. Tatsächlich kündigte PxC kürzlich die Auflösung und die Integration des Großteils der Parteimitglieder und der wenigen verbliebenen Ratsmitglieder in die Ende 2013 gegründete Partei Vox an.

Neben PxC forderte ein weitere Partei die konservative Hegemonie der PP heraus. Es handelt sich um Ciudadanos (Cs), die 2006 in Katalonien von Personen gegründet wurde, die hauptsächlich aus dem Umfeld der PSOE stammten. Cs präsentiert sich als Gegner zur katalanischen Unabhängigkeitsbewegung, mit einer besonderen Feindseligkeit gegenüber dem bevorzugten Gebrauch der katalanischen Sprache in den Schulen Kataloniens. Bei den Parlamentswahlen von 2015 beschloss die Cs, den Sprung in die Landesvertretung zu wagen und zog als Viertbeste in den spanischen Kongress ein. Ein Platz, der bei den Wahlen 2016 trotz des Verlusts einiger Abgeordneter bestätigt wurde. Das Erscheinen der Cs ist wichtig, denn obwohl sie sich als liberale Partei präsentiert, kommt die Unterstützung hauptsächlich von ehemaligen PP- sowie von desillusionierten PSOE-Wähler*innen. Darüber hinaus waren ihr spanischer Nationalismus und ihre ambivalenten Positionen gegenüber dem Franco-Regime oder der Einwanderung der Schlüssel dafür, dass sie vor allem in Katalonien zur Stimme der rechten Wählerschaft wurde.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Erfolg der spanischen extremen Rechten seit dem Tod Francos bis zum jüngsten Aufkommen von Vox nicht auf das Entstehen einer eindeutig rechten Partei zurückzuführen ist, wie es in vielen Ländern Europas der Fall war, sondern vielmehr auf ihre Fähigkeit, die politische Agenda innerhalb der konservativen Parteien zu prägen, sei es im Wettbewerb um die unnachgiebige Verteidigung der „nationalen Einheit", in der Verharmlosung des Franquismus oder in der harten Migrationspolitik. Dieses Phänomen wurde von Xavier Casals, einem auf die extreme Rechte spezialisierten Historiker, als „abwesende Präsenz" bezeichnet. Diese Strategie ist jedoch hinfällig, mit einem neuen politischen Akteur, einer Partei namens Vox, die bei den Parlamentswahlen 2019 52 Abgeordnete gewann und zur drittgrößten politischen Kraft wurde.

Die Spaltung der Rechten und der Aufstieg von Vox

Die Entstehung von Vox kann nicht verstanden werden, ohne die Zersplitterung der klassischen Rechten, die die PP in den letzten vierzig Jahren vertreten hat, zu berücksichtigen. Sowohl der Chef der Cs, Albert Rivera, als auch der von Vox, Santiago Abascal, gehörten zuvor der PP an. Dieses

Der Vorsitzende von Vox, Santiago Abascal (links) und der Generalsekretär der Partei, Javier Ortega Smith (rechts) im Februar 2019 in Madrid



wichtige Detail verdeutlicht, dass die Teilung in drei spanische rechte Strömungen aus derselben Quelle kommt. Vox entstand Ende 2013 und wurde Anfang 2014 offiziell gegründet, wobei der Schwerpunkt auf den Europawahlen dieses Jahres lag und wurde in der Praxis als ein Schisma der PP gefördert, das von Dissidenten dieser Partei, wie dem Katalanen Alejo Vidal-Quadras oder dem Basken Santiago Abascal, gebildet wurde. Beide Mitglieder der PP zeichneten sich durch einen unnachgiebigen spanischen Nationalismus gegenüber den sprachlichen, kulturellen und nationalen Forderungen sowohl der Katalanen als auch der Basken aus. Vidal-Quadras führte die PP in den 1990er Jahren in Katalonien an und wurde später bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments. Danach verließ er die PP, um den Vorsitz bei Vox zu übernehmen und die Wahlliste bei den Europawahlen im Mai 2014 anzuführen. Obwohl die Partei keinen Sitz gewann, erhielt sie in ganz Spanien fast 250.000 Stimmen, das sind 1,56 Prozent der Gesamtstimmen. Das Scheitern bei diesen Wahlen führte zum Ausscheiden von Vidal-Quadras aus der Partei, die seitdem von dem jungen Basken Santiago Abascal geleitet wird, dessen politische Herkunft mit seiner familiären Herkunft verflochten ist. Abascal, Sohn eines Gründers der AP (und späteren PP-Funktionärs) und Enkel des letzten frankophilen Bürgermeisters seiner Stadt, war bereits im Alter von 18 Jahren in die Politik eingetreten, schloss sich der Jugend der PP an und verfolgte eine lange, frühreife und lukrative politische Karriere, die sich in Madrid fortsetzte. Interne Meinungsverschiedenheiten mit der Partei führten dazu, dass er Ende 2013 die PP aufgab und Vox gründete. Eine journalistische Recherche ergab vor einigen Monaten, dass das Geld, mit dem die erste Phase dieser Partei finanziert wurde sowie die Ausgaben für 80 Prozent der Kosten des Europawahlkampfes 2014 aus dem Iran gekommen waren. Konkret kam das Geld, eine Million Euro, aus Spenden verschiedener Länder, die von im Exil lebenden iranischen Anhängern des "Nationalen Widerstandsrates des Iran" (NWRI), den Gegnern des Teheraner Regimes, geleistet wurden. Kürzlich wurde außerdem bekannt, dass sowohl Santiago Abascal als auch Iván Espinosa de los Monteros, Vox-Sprecher im spanischen Parlament, 2014 Parteieinnahmen aus dem iranischen Exil gesammelt haben. Merkwürdigerweise scheint die Veröffentlichung der Herkunft ihrer Gelder weder bei den Parteimitgliedern noch bei den Parteifunktionären Folgen gehabt zu haben, trotz des Paradoxons, dass sie Ultranationalismus, Nativismus und Rassismus verherrlichen, gleichzeitig aber mit Geld aus dem Exil eines Landes des Nahen Ostens finanziert wurden.

Antikatalanismus, Machismus und soziologischer Franquismus: Das politische Sprungbrett von Vox

Gerade wegen des Ultranationalismus ist Vox zu einem Konkurrenten für die konservative Wählerschaft geworden, die bis vor kurzem zwischen PP und Cs aufgeteilt war. Man beachte, dass Vox im Gegensatz zu PP und Cs für die Unterdrückung der Selbstverwaltung der so genannten autonomen Regionen Spaniens und für eine Re-Zentralisierung des Staates eintritt, was in direktem Widerspruch zur aktuellen spanischen Verfassung steht. Obwohl Vox seit 2013 existiert, hatte sie ihren politischen und medialen Erfolg erst, als sie sich als maximale Gegnerin des katalanischen Unabhängigkeitsprozesses profilierte: Als Privatanklägerin vor dem Obersten Gerichtshof verurteilte sie die katalanischen Unabhängigkeitsführer. Diese waren nach dem katalanischen Selbstbestimmungsreferendum im Oktober 2017, das von der spanischen Polizei und Justiz unterdrückt worden war, inhaftiert worden. Auf diese Weise erreichte Vox, ohne einen einzigen Abgeordneten im Kongress, zwei Erfolge, die für ihr Wachstum unerlässlich sind: die schnelle Verstärkung ihrer antikatalanischen und autoritären Rhetorik durch die Medien, die zur Normalisierung und Wählbarkeit der Partei beigetragen haben und die Festlegung der gerichtlichen und politischen Agenda des gesamten Staates. Es ist das praktische Beispiel für die Strategie, die früher als „abwesende Präsenz" bezeichnet wurde und die die übrigen politischen Parteien – sogar die PSOE in Bezug auf ihre glühende Besessenheit von der „nationalen Einheit" – dazu zwingt, sich in eine Wettbewerbsspirale zu begeben. Angesichts der Tatsache, dass das Hauptmerkmal der extremen Rechten historisch gesehen die Besessenheit von der territorialen Einheit war, können wir feststellen, dass der spanische Ultranationalismus zweifellos der perfekte Motor und Wahlkampfköder für die spanischen Wähler war, um Vox als Garanten zu etablieren, der die Unabhängigkeit Kataloniens verhindern könne. Gleichzeitig zum sich beschleunigenden Sezessionsprozess und der Re-Zentralisierung des Staates gab es einschneidende demokratische Rückschritte (Haftbefehle gegen Sänger, Urteile gegen Humoristen, Schließung von Zei-



Die Basilika im Valle de los Caídos, wo nicht nur Spaniens Diktator Franco (bis 2019) bestattet war, sondern auch der falangistische Ideologe José Antonio Primo de Rivera.

tungen, Web etc.). Die Verantwortungslosigkeit der übrigen politischen Parteien, mit Ausnahme der Linken von Podemos, hat Vox zum Wahlerfolg verholfen. Nicht wenige Demonstrationen und Veranstaltungen gegen die Unabhängigkeit Kataloniens wurden von der PP, Ciudadanos und sogar der PSOE gemeinsam mit Vox und anderen extrem rechten und neonazistischen Parteien durchgeführt. Dieses Phänomen ist nicht neu. Aber wenn wir die Erosion durch die unzähligen Korruptionsfälle der PP und die Krise des Zweiparteiensystems (PP-PSOE) hinzufügen, finden wir dieses Mal einen perfekten Nährboden für einen Wahlsieg. Die jüngsten Wahlen in Spanien haben das deutlich gemacht. Vox zog im Dezember 2018 mit 12 Abgeordneten in das andalusische Regionalparlament ein. Bei den Parlamentswahlen im April 2019 erhielt sie 24 Abgeordnete für das spanische Parlament, die sich einige Monate später verdoppelten, als der sozialistische Präsident Pedro Sanchez beschloss, die Wahl zu wiederholen: Im November 2019 wurde Vox mit 52 Abgeordneten und über 15 Prozent der Stimmen (mehr als 2,6 Millionen Stimmen) zur dritten politischen Kraft des Landes. In der Region Murcia gewann Vox sogar die Parlamentswahlen.

Dieser Wahlzuwachs muss jedoch auch vor dem Hintergrund der Gewinne der extremen Rechten international verstanden werden. Vox ist mit der postindustriellen extremen Rechten vergleichbar, die in weiten Teilen des europäischen Kontinents Wahlerfolge einfahren und auch an eine „europäische Identität" appellieren. Die kommunikativen Fähigkeiten von Vox sind eine weiterer Grund. Die Fähigkeit, ihre Botschaft durch soziale Netzwerke und durch befreundete Medien zu vermitteln, indem sie sich als die wahren Verteidiger der „Einheit Spaniens" im Gegensatz zur „Schwäche" von PP und Cs präsentieren, verbunden mit der Unfähigkeit eines großen Teils der traditionellen Medien, kritischen Journalismus zu veröffentlichen, der über die bloße Übermittlung von Wahlslogans hinausgeht, war ebenfalls entscheidend. Diese kommunikative Fähigkeit hat auch eine wichtige Rolle bei der Nutzung der sozialen Netzwerke als soziologisches Laboratorium gespielt, wo Botschaften, die eher auf Gefühlen statt auf Daten basieren, weit gestreut wurden. Das ist nichts Neues in der internationalen Ultra-Rechts-Landschaft, aber bis vor kurzem wurde es von der spanischen extremen Rechten nicht sehr gut genutzt. Nicht zuletzt hat Vox stark konservativ geprägte Forderungen in die politische und mediale Agenda getragen. So enthält das Wahlprogramm das Ziel, das Gesetz über geschlechtsspezifische Gewalt aufzuheben. Dieses Top-Thema der Partei wurde durch den Mythos der „falschen Anschuldigungen" genährt, gefördert durch eine vermeintliche „Gender-Ideologie". Das hat eine bedeutende Debatte in der Presse und in sozialen Netzwerken ausgelöst. Laut der Strafverteidigerin Laia Serra wird das Problem so banalisiert und minimiert und sexistische Gewalt wird zu einem „unglücklichen spezifischen Exzess bestimmter Personen" verklärt, wodurch die Situation, die in Spanien in den letzten 16 Jahren tausend Frauen das Leben gekostet hat, weiterbesteht. Auch die Kontroverse um die Exhumierung und Überführung der Leiche von Diktator Franco 44 Jahre nach seinem Tod aus der Basilika des Valle de los Caídos (Tal der Gefallenen) trug mit zum Erfolg von Vox bei. Dieser monumentale Komplex wurde zu Ehren der franquistischen Seite während des Bürgerkriegs entworfen, Franco selbst ließ ihn unter Verwendung republikanischer Kriegsgefangener in Zwangsarbeit errichten. Derzeit ist es noch immer ein Pilgerzentrum der nostalgischen Franquisten. Obwohl die Partei Reden, die der Nostalgie der Diktatur förderlich sind, vermeidet, lehnte Vox die Verlegung entschieden ab und nutzte die Stimmenthaltung von PP und Cs im Kongress bei der Genehmigung der Exhumierung aus, um das Franco-Regime zu verharmlosen und das „Gesetz des historischen Gedächtnisses", auf dem die Exhumierung des Diktators beruhte, scharf zu kritisieren.

Die Auswirkungen der Präsenz von Vox in den Institutionen sind bereits real. Es gibt einen beschleunigten Substitutionsprozess für die beiden anderen rechten Parteien (PP und Cs), von dem sich Vox mit einer offensichtlichen Stimmenübertragung ernährt. Im Moment sind PP und Cs gezwungen, eine mögliche Koalition für die bevorstehenden Regionalwahlen zu prüfen. Die Koalition ist bereits für die Wahlen im Baskenland im April 2020 angekündigt worden, und die PP hat ihren baskischen Kandidaten vor einigen Tagen entlassen und ersetzt, weil er diesen Pakt kritisiert hat. Die diskursive Radikalisierung der PP und der Cs, um mit Vox zu konkurrieren, ihre Weigerung, diese Partei als extrem rechts einzustufen, die Tatsache, dass sie keine Berührungsängste haben, wenn sie sich auf gemeinsame Regionalregierungen einigen (Madrid, Andalusien, Murcia) oder sich gemeinsam mit ihnen für die „Einheit Spaniens" einsetzen, lassen keine hoffnungsvolle Zukunft für die Grundrechte und die demokratischen Strukturen erwarten. Ganz im Gegenteil. •

USA

Neonazi-Killerkommandos in den USA verhaftet

MIKE ISAACSON,
ÜBERSETZT VON FREDERIK FUSS

In der Woche vor dem 20. Januar 2020, dem Datum an dem eine Demonstration für schärfere Waffengesetze in Virginia stattfand, nahm das FBI in zwei Orten sechs Mitglieder des Neonazi-Killerkommandos ‚The Base' fest. Der Anklageschrift zufolge wurde eine Drei-Mann-Zelle in Delaware verhaftet, weil sie geplant haben soll, die Demonstration mit Waffengewalt anzugreifen, während eine andere Zelle in Georgia den Mord an einem Pärchen geplant habe, das sie fälschlicherweise für Mitglieder der Atlanta Antifa gehalten haben soll.[1,2] Bei der Zelle in Delaware fand auch Patrik Jordan Mathews Unterschlupf, ein kanadischer Reservist, der im August vergangenen Jahres das Land verließ, nachdem durch die Zeitung Winnipeg Free Press im Juni seine Verbindungen zu ‚The Base' öffentlich gemacht wurden.[3] Zusammen mit den anderen Mitgliedern der Zelle, Brian Mark Lemley und William Garfield Bilbrough, wurde Mathews wegen des Besitzes einer illegalen Schusswaffe sowie der Beherbergung eines illegalen und bewaffneten Migranten angeklagt. Die Zelle in Georgia, bestehend aus Luke Austin Lane, Michael John Helterbrand und Jacob Kaderli, wurde wegen Verschwörung zum Mord und Gangzugehörigkeit angeklagt, nachdem sie Waffen und entsprechendes Equipment erworben und im Beisein eines verdeckten Ermittlers das Haus ihrer Opfer ausgespäht hatte.[4] Zur Zeit der Verhaftung der Drei war die Gruppe auch von Antifaschisten infiltriert, zudem waren mehrere Mitglieder nach Differenzen innerhalb der Gruppe zu Informanten geworden.

Globale Verhaftungswelle

Die Verhaftungen setzen eine Reihe weltweiter Razzien und Verhaftungen gegen Neonazi-Killerkommandos fort, die von dem inspiriert sind, was einige Experten als „siege ideology“ (eine neonazistische Ausrichtung die auf das Buch ‚The Siege' des US-Nazis James Mason zurückgeht [Anm.d.Ü.])[5] bezeichnen. Zusätzlich zu den sechs Verhaftungen Mitte Januar wurde im November auch noch ein anderes Mitglied von ‚The Base', Richard Tobin, in New Jersey verhaftet. Er soll die Verwüstung von Synagogen geplant haben – die Aktion sollte den Namen „Operation Kristallnacht“ tragen.[6] Tobin soll auch zur ‚Atomwaffen Division' gehört haben, was nach Recherchen unter anderem des „Southern Poverty Law Center“ aus einem Eintrag von Oktober 2015 im inzwischen abgeschalteten neofaschistischen Forum ‚Iron March' (2011 gegründet und 2017 offline gegangen) hervorgehen soll.[7,8] Die ‚Atomwaffen Division' hat ihrerseits bereits 13 Festnahmen zu verzeichnen, die ersten waren die Folge eines ideologischen Konflikts, der sich zu einer Geiselnahme und einem Doppelmord wandelte.[9] Der Mörder, Devon Arthurs, lebte mit seinen beiden Opfern, Jeremy Himmelman und Andrew Oneschuk, die ebenfalls Mitglieder der ‚Atomwaffen Division' waren, sowie Brandon Russel, der die Gruppe gemeinsam mit Arthurs gegründet hat, zusammen. Frustriert über den Spott und Hohn, den sein Übertritt zum salafistischen Islam (jener Ausrichtung der auch al-Quaida und ISIS anhängen) auslöste, nahm er seine Mitbewohner als Geiseln und tötete zwei von ihnen, bevor die Lage von der Polizei deeskaliert werden konnte. Im Appartement wurde Material zum Bauen von Bomben gefunden. Russel wurde freigelassen, später jedoch wegen Verstößen gegen die Waffengesetze verhaftet und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Arthurs muss noch als zurechnungsfähig eingestuft werden, bevor ein Prozess gegen ihn eröffnet werden kann. Die ‚Atomwaffen Division' hat bis heute drei Todesfälle zu verzeichnen, die beiden bereits angeführten, die von ihrem angeblichen Kameraden ermordet wurden, sowie Edward Clark, der Selbstmord beging, nachdem sein Bruder Jeffrey, ebenfalls Mitglied der Gruppe, verhaftet wurde und er einer Beobachtung durch das FBI ausgesetzt war.[10] Neben dem Doppelmörder Arthurs wurden auch noch zwei weitere Mitglieder der „Atomwaffen Division“ wegen Mord angeklagt. Der zur Tatzeit 17-jährige Nicholas Giampa tötete die Eltern seiner Ex-Freundin, nachdem diese sie zwangen die Beziehung mit ihm zu beenden.[11] Sam Woodward soll seinen ehemaligen Klassenkameraden, Blaze Bernstein, wegen dessen Homosexualität umgebracht haben, als dieser vom College zurück kam. Giampa wurde kürzlich für zurechnungs- und verhandlungsfähig er-



Foto: Screenshot WYFF News 4

Die Neonazi-Zelle aus Georgia hat einen Mord an Antifa-schistInnen geplant.

klärt, Woodwards Fall befindet sich noch in der Phase zur Vorbereitung eines Prozesses.[12] In Großbritannien wurden in den letzten zwei Jahren vier Mitglieder der ‚Sonnenkrieg Division' verhaftet. Andrew Dymock und Oskar Dunn-Koczorowski sowie Michal Szwczuk und Jacek Tchorzwski wurden je gemeinsam verhaftet. Die ‚Sonnenkrieg Division' wurde zusammen mit der ‚National Action' in Großbritannien verboten.[13,14] Neben ‚The Base' hat ‚Atomwaffen Division' weltweit eine Reihe von Nachahmer-Organisationen inspiriert. Unter anderem die baltische ‚Feuerkrieg Division', die britische ‚Sonnenkrieg Division', die kanadische ‚Northern Order' und die deutsche ‚Atomwaffen Division Deutschland'. Die deutsche Gruppe ist die einzige, die noch keine Verhaftungen zu beklagen hat. Der Rest der genannten Gruppen hat 26 Verhaftungen in drei Ländern zu verzeichnen. Während der Übersetzungsarbeit des Textes machte der Autor darauf aufmerksam, dass inzwischen auch der Anführer von ‚Atomwaffen Division Deutschland' verhaftet wurde. Außerdem wurde der neue Anführer von ‚Atomwaffen Division' gemeinsam mit vier anderen verhaftet und wegen „swatting" angeklagt. Swatting bedeutet einen Notfall per Anruf vorzutäuschen um Rettungskräfte und/oder Spezialeinheiten an einen bestimmten Ort zu locken.

Interne Schwierigkeiten

Zusätzlich zum Druck der Strafverfolgungsbehörden und verschiedenen Unterwanderungen haben diese apokalyptischen Gruppen mit einer Glaubwürdigkeitskrise ihrer Führungsriege zu kämpfen. Insbesondere die Anführer von ‚The Base' und der ‚Feuerkrieg Division' haben sich ihren Kameraden in einer Weise präsentiert, die Misstrauen hervorrief und zu Abtrünnigkeiten führte.

Nach den Razzien gegen ‚The Base' enthüllte der Guardian die Identität ihres Anführers, des 46-jährigen Rinaldo Nazzaro, der unter den Decknamen Norman Spear und Roman Wolf agierte. Innerhalb von ‚The Base' wurde er mit den Vorwürfen konfrontiert, ein US-Bundesagent oder Agent eines Bundesstaates zu sein und es kam das Gerücht auf, ‚The Base' diene lediglich dazu Neonazis in die Fänge der Behörden zu locken.[15] Der in den USA geborene Nazzaro behauptete unter seinem Decknamen als Bediensteter von Geheimdiensten, Militär und Sicherheitsfirmen in Russland und Afghanistan tätig gewesen zu sein. Ein Sicherheitsdienst mit beschränkter Haftung namens ‚Omega Solutions International', der ihn als Geschäftsführer angab, machte die Geschichte glaubwürdig. Bevor die Website des Unternehmens im August 2019 aus dem Netz genommen wurde, rühmte man sich auf dieser noch mit der Erfahrung, die man in der Durchführung von geheimdienstlichen Analysen für die Regierung, das Militär und private Auftraggeber hätte und forderte Zugang zu einem Netzwerk von Sicherheitsexperten, in dem entsprechende Dienstleistungen angeboten wurden. Außerdem verfügte das Unternehmen über einen CAGE Code, eine Identifikationsnummer die Firmen in den meisten Ländern benötigen, wenn sie ihre Dienste Regierungs- oder Verteidigungsbehörden anbieten wollen. Nazzaros offensichtliche Verbindungen zu Russland ließen die Spekulationen aufkommen, dass er von Putins Regime unterstützt werde und seine Frau, eine russische Staatsbürgerin deren Profil auf der russischen Socialmedia Plattform VK ausfindig gemacht wurde, hat diesen Verdacht über ihre Fotos bestätigt. Die BBC berichtete zudem, dass Nazzaro mit seiner Frau und den gemeinsamen Kindern

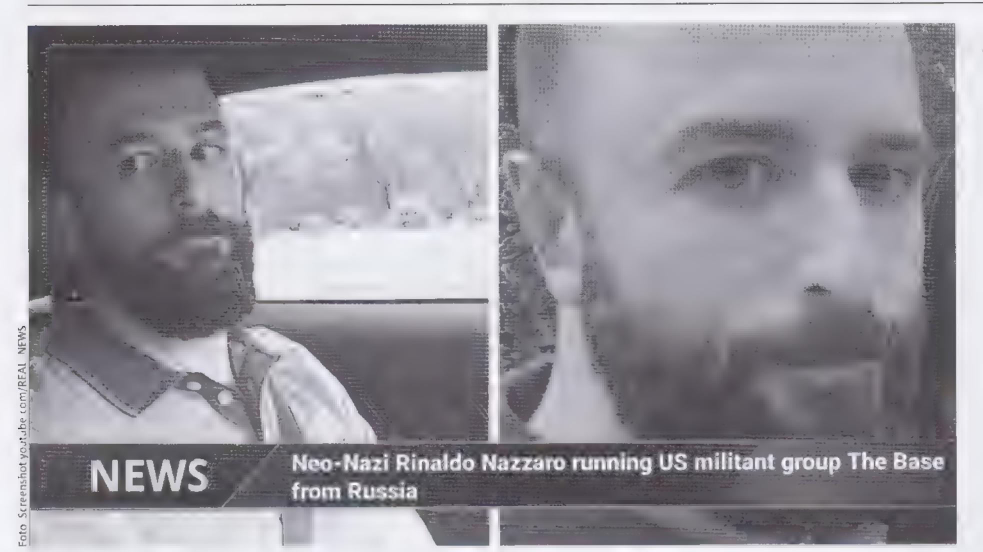


Foto: Screenshot youtube.com/REAL NEWS

Der Anführer von „The Base" Rinaldo Nazzaro gilt mittlerweile als Geheimdienstmann.

auf ihr in St. Petersburg gekauftes Anwesen gezogen ist.[16] Russland hat kein Auslieferungsabkommen mit den USA und gewährt auch dem NSA Whistleblower Edward Snowden Asyl, der wegen Diebstahl von Regierungseigentum und Spionage (bzw. wegen der Verletzung des 1917 Espionage Act) gesucht wird. Die ‚Feuerkrieg Division' hat ebenfalls mit Misstrauen gegenüber ihrer Führung zu kämpfen, der Konflikt wurde jedoch formal in ihrem Telegram Kanal beigelegt.[17] Der Beschluss fiel am Abend bevor sich zwei ihrer Mitglieder, Conor Climo und Jarrett William Smith, in ihren jeweiligen Gerichtsverhandlungen schuldig bekannten. Climo plante eine Synagoge und eine „Schwulenbar" in Las Vegas anzugreifen und bekannte sich schuldig, Material zum Bombenbau besessen zu haben.[18] Smith bekannte sich schuldig illegalerweise Pläne zum Bombenbau verbreitet zu haben.[19]

Ungewisse Zukunft

Angesichts der schnellen Festnahmen, der Enthüllung der Sicherheitsverstöße von ‚The Base' und der Auflösung der ‚Feuerkrieg Division' sind sich Journalisten und antifaschistische Beobachter uneins, über die weitere Zukunft der apokalyptischen ‚siege'-Bewegung. Während es Grund zum Optimismus gibt, was den Zerfall der Szene von Neonazi-Killerkommandos ausgeht, existieren auch Gründe, die zur Vorsicht mahnen. Die Verhaftungen haben die bestehenden gegenseitigen Verdächtigungen auf den verschiedenen Telegram Kanälen eskalieren lassen. Wo die Mitglieder dachten, eine relative Anonymität würde das mangelnde Vertrauen, das es braucht um über das Internet Killerkommandos zu gründen, ausgleichen, hat es tatsächlich den Boden für die Infiltration dieser Gruppen bereitet. Mit den immer häufigeren Verhaftungen und der Aufdeckung der Durchsetzung von ‚The Base' wurde der Schein der Sicherheit zerschlagen und das Misstrauen, das der Organisationsstruktur zu Grunde liegt, bricht sich bahn. Während das Auseinanderfallen dieser Gruppen eine positive Entwicklung zu sein scheint, warnen einige davor, dass sich trotz der klandestinen Struktur persönliche Beziehungen entwickelt haben, aus denen kleinere Zellen entstehen könnten, die schwerer aufzudecken sind. Und obwohl die Verhaftungen vielversprechend wirken, haben die Bundesbehörden immer wieder Neonazis die gewillt waren zu Informanten gemacht – über ihrer Ideologie und Ziele wurde dabei hinweggesehen. Diese Gnade im Austausch für Informationen hat in der Vergangenheit jedoch keinesfalls zu Loyalität gegenüber den Behörden geführt. Vielfach setzten die Neonazis ihre organisatorischen Tätigkeiten einfach fort, während sie die Behörden mit einem Minimum an verwertbaren Informationen über ihre Gruppierungen abspeisten. Deutsche AntifaschistInnen sind nur allzu vertraut mit der Geschichte des NSU und der Rolle die der Schutz von Informanten spielte, um die Mordserie überhaupt zu ermöglichen. Die nahezu in allen Gruppen vorhandene Gesprächsbereitschaft mit dem Staat kann vielleicht schon als Beginn solcher Beziehungen verstanden werden. Die USA und Großbritannien haben zudem eine lange Geschichte, in der sie den Schutz von Informanten über den der öffentlichen Sicherheit stellten. Fürs erste wurden sechs Möchtegern-Mörder an ihren Bluttaten gehindert – dafür können wir dankbar sein. •

1 Sommer, Will. "FBI Busts Members of Neo-Nazi Group 'The Base' Days Before Richmond Gun Rally." The Daily Beast. 16 January, 2020. **2** Atlanta Antifascists. "Notorious White Power Website Led Georgia Neo-Nazis to their Targets." **3** Thorpe, Ryan. "Homegrown Hate." Winnipeg Free Press. 16 August, 2019. **4** Lamoureux, Mack. "FBI Arrests Members of Neo-Nazi Cell Wh[illegible] Plot to Murder Antifa Couple Was Foiled By a Bad Back." Vice: Motherboard. 17 January, 2020. **5** Sunshine, Spencer **6** Weil, Kelly. "Why Arrest of Richard Tobin Is Bad News for Neo[illegible] Group The Base." The Daily Beast **7** "Atomw[illegible]ion." Southern Poverty Law Center. **8** Hayden, Michael Edison. "Mysterious Neo-Nazi Advocated Terrorism for Six Years Before Disappearance." Hatewatch. 21 May, 2019. splcenter.org **9** Thompson, A.C. "An Atomwaffen Member Sketched a Map to Take the Neo-Nazis Down. What Path Officials Took Is a Mystery." ProPublica. 20 November, 2018. **10** T[illegible]twein, Catherine and A.C. Thompson. "Brothers Whom Authorities Linked to Pittsburgh Shooting Suspect Had Flyer Supporting Neo-Nazi Group, Officials Say." ProPublica. 16 Nov[illegible]ber, 2018. **11** Schulberg, Jessica and Luke O'Brien. "We Found The Neo-Nazi Twitter Account Tied To A Virginia Double Homicide." Huffington Post. 4 January 2018. **12** Bog[illegible] Their Cases Stand." Frontline. 18 June [illegible]19. **13** Aleks Phillips. "UK [illegible] **14** [illegible] Daniel De Simone. "British Neo-Nazis suggest Prince Harry should be[illegible] **15** [illegible] The Guardian. 23 January, 2020. **16** De Simo[illegible] Daniel, Andrei Soshnikov, and Ali Winston. "Neo-Nazi Rin[illegible] BBC N[illegible] 4 January, 2020. **17** "This Week in Fascism[illegible] Fellow White Nationalist Helps Gets Nick Fuentes Kicked off YouTube." It's Going Down. 17 February, 202[illegible] **18** [illegible]b plot case." Las [illegible]as Sun. 10 February, 2020. **19** "U.S. Army Specialist with Links to Neo-Nazi Group Pleads Guilty." Anti-Defamation League. 11 February, 2020.

DÄNEMARK

Im letzten halben Jahr wurden drei zentrale Figuren der extremen Rechten ins dänische Parlament eingeladen. Die Trennung zwischen Nationalkonservativen und der extremen Rechten, die politischer Konsens war, ist längst Geschichte. Der Rechtsruck in Dänemark hat den Weg dafür frei gemacht.

Rechte Allianzen

RECHERCHEKOLLEKTIV REDOX.DK

November 2019: Die extrem rechte Partei „Stram Kurs" veranstaltet ihren „Reichskongress" in den Parlamentsräumen. Januar 2020: Der wegen Gewaltdelikten verurteilte rassistische Hooligan Stephen Yaxley Lennon („Tommy Robinson") bekommt von der rechten Gruppe „Trykkefrihedsselskabet" im Parlament einen Preis verliehen. Februar 2020: Die „Identitären" sind als Redner bei einer „Paneldebatte" dabei, wieder ist das Parlament der Ort des Geschehens. Dass extrem rechte Organisationen und Personen sich in den symbolhaften Räumen des Parlaments einmieten, wäre vor 10 bis 15 Jahren Anlass für einen gesellschaftlichen Aufschrei gewesen. Heute demonstrieren nur einige hundert Antifaschist_innen dagegen.

Rückblick in den Sommer 2006: Das Boulevardblatt „Ekstrabladet" berichtet ausführlich über das Neonazinetzwerk „Dänische Front" (DF), welches enge Verbindungen ins Hooliganmilieu pflegt und für eine Reihe von Übergriffen verantwortlich ist. Auch die Beziehung der „Dänischen Volkspartei" (DVP) zu den rassistischen Straßenkämpfern ist Thema. Einige DF-Mitglieder werden daraufhin aus der Partei geschmissen, welche zu diesem Zeitpunkt 24 Sitze im Parlament aufweist und ein „sauberes" Image aufbauen will. Aus diesem Grund haben auch schon in den vorangegangenen Jahren hauptsächlich jüngere Mitglieder aus der „Dänischen Front" und dem „Dänischen Forum" die DVP-Mitgliedschaft verloren.

Im Jahr 2020: Die „Trykkefrihedsselskabet" hat mit Unterstützung der DVP im Parlament den Gemeinschaftssaal angemietet. Doch das ist nicht alles. Die Wochenzeitung „Der Arbeiter" berichtet, dass die Integrationsbeauftragte der DVP, Marie Kraarup, die DVP-Jugend aufgefordert hat, mit den „Identitären" zusammen zu arbeiten. Während noch 2006 auf die Überschneidungen zwischen DVP und DF reagiert wurde, ist heute eine weitgehende Akzeptanz extrem rechter Politik, etwa der „Identitären", feststellbar. Die Ausdrucksformen der DF waren zwar anders als die der „Identitären". Allerdings sind die inhaltlichen Überschneidungen so wesentlich, dass beiden Organisationen eine erhebliche Ähnlichkeit attestiert werden kann. Umso mehr erstaunt, wie unterschiedlich auf beide Organisationen reagiert wird.

Es hätte eines guten Journalismus benötigt, der die Strategie der IB analysiert, statt ihre Argumentationen unkritisch zu übernehmen. Eventuell wäre so der Aufbau eines Images, welches nicht mit gewalttätigen Neonazis in Verbindung gebracht wird, nicht so reibungslos über die Bühne gegangen. Der IB wird in der gesamten dänischen Rechten, von den Parteien, der DVP, den neuen Bürgerlichen, Trykkefrihedsselskabet, den Bloggern und ehemaligen DVPlern Anerkennung entgegengebracht. Die dänische Politik hat mit Siebenmeilenstiefeln einen Schritt nach rechts vollzogen. Die meisten Parteien liegen im Wettstreit mit der DVP um eine Rechtsentwicklung und für sie hat das parlamentarisch Erfolg. In den 14 Jahren, die seit der Hochzeit der DVP vergangen sind, sind die Themen, die Rhetorik und der politischen Konsens so nach Rechts gerückt. Wir sehen heute ein Parlament, das über geschlossene Grenzen, Assimilation, Sondergesetze gegen Minderheiten und Deportationen diskutiert. Das dänische Parlament bietet mittlerweile einen sicheren Veranstaltungsort für die extreme Rechte, sowohl national wie auch international. Am Beispiel Dänemark wird so deutlich, welche Folgen es hat, wenn die Öffentlichkeit nach rechts rückt: Die politische Akzeptanz extrem rechter Strukturen. •

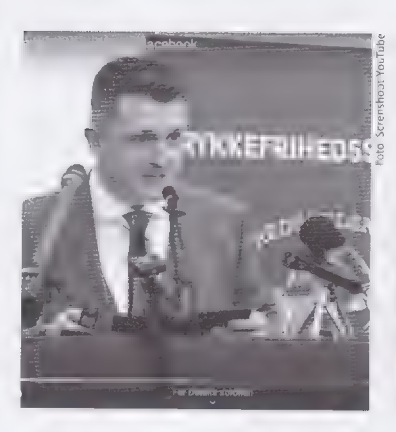


Foto Screenshot YouTube



Foto Redox

Links: Die „Trykkefrihedsselskabet" (Gesellschaft für Pressefreiheit) und der Ex-Hooligan und Rassist Stephen Yaxley-Lennon, bekannt als „Tommy Robinson" im Parlament.

Rechts: Dion Øland Hansen wurde zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt, da er auf drei Männer geschossen hatte. Trotzdem sei er in „Stram Kurs" (Harter Kurs) willkommen, sagt Rasmus Paludan (rechts). Der Parteigründer ist wegen Verstoßes gegen den dänischen Rassismusparagrafen verurteilt worden. Die beiden sind hier auf dem „Rigskongres" der Partei im vergangenen November zu sehen.



Dana Fuchs / Christoph Muck
Antifa heißt Anruf – Organizing als Strategie gegen Rechts
UNRAST-Verlag, Münster 2019
163 Seiten
ISBN: 9783897712720
12,80 Euro

Fuchs und Muck beschreiben die Motivation zu diesem Buch damit, dass rechte Themen vermehrt in der Öffentlichkeit aufgegriffen werden und immer mehr an Raum gewinnen. Linke Bewegungen schaffen es ihrer Meinung nach selten „Perspektiven zu bieten und gesamtgesellschaftliche Lösungen transparent zu machen." Darüber hinaus fordern sie eine „umfassende und alltagsnahe Kapitalismusanalyse" und wollen sich an all jene richten, die sich mit der „Schwäche linker Praxis nicht abfinden wollen." Diese sehen sie in mangelnden Organisierungskonzepten und einer fehlenden „Verankerung linker Politik im Alltag der Menschen." Letztlich soll sich in vier Kapiteln den „Fragen und Möglichkeiten einer linken, antifaschistischen Selbstorganisierung in der Praxis" gewidmet werden.

Die ersten zwei Kapitel beschäftigen sich mit rechter Kommunikationsstrategie sowie Anknüpfungspunkten an kapitalistische Verwertungslogik. Gerade das erste Kapitel hat dabei kaum Aspekte zu benennen, die nicht anderswo bereits verhandelt wurden und weist damit ungewollt auf eine grundlegende Schwäche dieses Buches hin: Es gibt wenig Neues zu erfahren. Das Aufführen von Akteuren wie Götz Kubitschek gehört dann ebenso dazu wie Aktionen der Identitären und eine Auseinandersetzung über die metapolitische Diskursstrategie, deren Ziel die Erringung gesellschaftlicher Hegemonie ist. Die Darstellungen sind nicht falsch, regen aber auch nicht zu einer vertieften Auseinandersetzung an.

Als Positivbeispiel einer gesellschaftlichen Debatte gegen rechte Diskursverschiebungen wird die Auseinandersetzung um das Buch „Der Weg in den Abgrund" von Karlheinz Weißmann herangezogen. Dass gleichzeitig der sogenannte Historikerstreit von 1986 vollkommen außen vor gelassen wird, auf dessen Grundlage die Versuche der „Neuen Rechten" basieren, ihre revisionistischen Positionen weiter zu verankern, erschließt sich nicht. Substanzieller zeigen sich die im nächsten Kapitel aufgeführten Anknüpfungspunkte rechter Ideologie an kapitalistische Verwertungslogik und die damit einhergehenden Wahlerfolge der AfD. In einer lesenswerten Übersicht wird aufgezeigt, wie es rechten Akteuren gelingen kann insbesondere Wähler*innen anzusprechen, „die ihre soziale Lage bedroht sehen und mit Abstiegserfahrungen und Zukunftsängsten zu kämpfen haben."

Wie können nun aber linke Antworten aussehen, die die soziale Frage ins Zentrum der politischen Auseinandersetzungen stellt und emanzipatorische Aspekte betont? Für Fuchs und Muck ist es die gesellschaftliche Verankerung der Linken, die mit dem Konzept des Organizing erreicht werden soll. Dessen zentrales Versprechen lautet Menschen zusammenzubringen und zu organisieren, es „bietet Auswege aus der eigenen Ohnmacht, erhöht ihren Einfluss auf die eigene Lebensrealität und politisiert, demokratisiert und verändert – ausgehend von den alltäglichen Lebenszusammenhängen – die Gesellschaft." Neben der Darstellung von Kernprinzipien dieses Ansatzes dokumentieren die beiden Autor*innen Interviewauszüge mit sechs Gruppen, die sich an diesem Konzept orientieren.

Aufgezeigt werden soll, wie diese Gruppen funktionieren und mit welchen Problemen sie konfrontiert sind, aber auch „was das mit Antifaschismus und Organizing zu tun hat." Genau hier findet sich die zweite Schwachstelle des Buches. Allen Gruppen gemein ist, dass sie aufgrund der steten Präsenz extrem rechter Akteure eine antifaschistische Perspektive einnehmen wollen und müssen. Dem Kapitel Antifaschismus – dem eigentlich zentralen Anliegen – werden insgesamt jedoch nur sechs Seiten gewidmet und entsprechend mager liest sich der Erkenntnisgewinn. Als Ergebnis stellen Fuchs und Muck fest, dass die Gruppen einen sehr praktischen Antifaschismus betreiben: „Dies bedeutet, dass rechten Themen und Meinungen kein Raum gegeben wird und diese bereits frühzeitig unterbunden werden."

Wer einen Einblick in den praktischen Alltag linker Initiativen, die sich am Organizing orientieren, erhalten will, dem seien die Interviews im Band empfohlen. Wer die Auseinandersetzung mit „Fragen und Möglichkeiten einer linken, antifaschistischen Selbstorganisierung in der Praxis" sucht, sollte sich nach anderer Literatur umschauen. •

Paula Bulling (Zeichnung),
Anne König (Text):
Bruchlinien. Drei Episoden zum NSU
Spectator Books, Leipzig 2019
96 Seiten mit 37 Comicseiten
ISBN: 9783959052986
24,– Euro



■ Drei Episoden. Drei Orte. Drei Menschen: Susann Eminger, Sibylle und Gamze Kubaşik. Drei Frauen, von denen zwei in den NSU Komplex involviert sind, eine, die von dessen Taten betroffen ist. Sie alle haben in der Berichterstattung und im Prozess gegen die fünf Hauptangeklagten eine untergeordnete Rolle gespielt. Der Comic „Bruchlinien. Drei Episoden zum NSU" thematisiert ihre Geschichten.

Episode 1: Zwickau. Schwarze Panel. Nur Stimmen in Sprechblasen sind zu sehen. Eine Person wird in eine Praxis begleitet. Sie ist blind. Wir sehen zunächst das, was sie sieht: Schwärze. Als ihre Begleiterin die Praxis verlässt, um im Auto zu telefonieren, erscheinen hellblau unterlegte Bilder in dünnen schwarzen Linien. „Ich hab auch was für dich." sagt die Person am Telefon. Sie will, dass Sus vorbei kommt. Zwei Seiten später sehen wir sie. Es ist Beate Zschäpe. Die Frau, die sie besucht: Susann Eminger, Unterstützerin des NSU. Sie lieh Zschäpe ihre Krankenkassenkarte, mietete mutmaßlich ein Wohnmobil. Zschäpe schenkt ihr einen Gutschein für vier Tage Disneyland in Paris. Als Dankeschön. Für ihre Hilfe.

Episode 2: Daun. Zwei Menschen mit Masken. Sie unterhalten sich. Nun sind es goldene Flächen, die die Zeichnungen durchziehen. Es fallen Namen. Namen von Führungspersonen beim Verfassungsschutz: Lingen, Winterfeldt, Stolz. Sie sind alle mit einem blauen Auge davon gekommen. In der Rückblende tragen sie alle Masken. Sibylle, die auf Anweisung die Akten über den NSU schredderte, ist in Frührente. Sibylle ist nicht ihr richtiger Name. Es ist ein Deckmantel wie die Masken, hinter denen sich die Figuren verstecken und Verantwortlichkeiten von sich weisen.

Episode 3: Dortmund. 28. April 2006. Eine Küche, zwei Personen: „Heute hat ein Herr Yozgat aus Kassel hier angerufen. – Sein Sohn Halit ist zwei Tage nach Papa ermordet worden. Mit der gleichen Waffe." – „Ich weiß". Die zwei Personen sehen müde aus. Es sind Gamze Kubaşik und ihre Mutter. Ihr Vater, ihr Ehemann wurde vom NSU ermordet. Lila und grau sind nun die tragenden Farben der Zeichnungen.

„Mehmet Kubaşik dealte mit Drogen." Immer wieder wird diese Behauptung wiederholt: Auf der Beerdigung, im Verhör, auf der Straße, in der Schule. Von den Behörden, von Nachbar*innen, von Mitschüler*innen. Jahrelang. Erst 2011 nach der Selbstenttarnung des NSU hören die Gerüchte auf. Jetzt gibt keine Möglichkeit mehr zu leugnen, dass Mehmet Kubaşik von Neonazis ermordet wurde. Doch der Leidensweg ist noch nicht zu Ende: Fünf Jahre Prozess, milde Urteile und ein Staat, der schweigt, wenn es um die eigene Schuld geht.

Die drei Episoden beleuchten das, was bei der öffentlichen Berichterstattung und während des Prozesses keine Rolle gespielt hat: Die vielen Unterstützer*innen des NSU, die Rolle des Verfassungsschutzes, die rassistischen Ermittlungen der Polizei und die Perspektive der Opfer, ihr Leid, die Schikane. Die gezeichneten Bilder stellen dar, was durch Fotos nicht gezeigt werden kann, weil es sie nicht gibt. Die Episoden sind farblich getrennt. Es sind drei sehr unterschiedliche Rollen, die hier beschrieben werden und trotzdem hängen sie zusammen – wie die Bilder, die keine festen Grenzen haben, sondern ineinander fließen, wie die Figuren, die keine festen Konturen besitzen. Die Ästhetik der Comicbilder verdeutlicht das, was übrig bleibt: Unklarheit, Fragen und die Forderung nach Aufklärung.

Ergänzt werden die drei Comic-Episoden durch einen langen Anhang von Interviews. Paula Bulling und Anne König haben für die Recherche des Comics mit vielen Menschen gesprochen: Unter anderem mit Sebastian Scharmer, Anwalt der Opfervertreter; Ayşe Güleç, Kunstvermittlerin und Unterstützerin der Recherchen vom Institute for Forensic Architecture aus London. Und mit Candan Özer-Yilmaz, deren Ehemann beim Anschlag in der Keupstraße verletzt wurde.Der Comic will neue Perspektiven aufzeigen und mahnen – dies gelingt durch das Medium im besonderen Maße. Leseempfehlung. •



RÜCKBLICK

Frankreich: Repression nach Aktion gegen Nazi-Feier



■ Anfang 1999 veröffentlichten wir im Antifaschistischen Infoblatt Nr. 46 einen Artikel von Michel R. Lang (Radio Juive) zu einer jüdischen Protestaktion gegen (Neo) Nazis in Frankreich.

Der Nazi-Publizist Saint-Loup

Am 20. April 1991 („Führergeburtstag") veranstaltete die „Vereinigung der Freunde von Saint-Loup" in den Räumen der städtischen Bergbaubehörden in Paris ein Kolloquium zu Ehren des Schriftstellers Marc Augier alias „Saint-Loup", der im Dezember 1990 verstorben war. Der ehemalige Sozialist und Pazifist Saint-Loup/Marc Augier gründete nach einem politischen Sinneswandel 1940 die „Jeunes pour l'Europe nouvelle" und trat 1941 in die „Légion des volontaires français contre le bolchévisme", dem späteren französischen Ableger der Waffen-SS, ein. Er wurde Kriegsberichterstatter der pronazistischen Zeitung „La Gerbe" und übernahm nach einer Frontverletzung die Kriegskorrespondenz des Blattes „Combattant européen", Sprachrohr der europäischen Nazis in SS-Uniform. 1944 wurde er zum Redakteur von „Devenir", dem Blatt der französischen SS-Division „SS Charlemagne", ernannt. Kurz nach der Befreiung Frankreichs im Jahr 1944 wurde Marc Augier in Abwesenheit von einem Militärgericht wegen Kollaboration mit den Nazis zum Tode verurteilt. Er entkam jedoch nach Rio de Janeiro, wo er bei Benediktinermönchen Unterschlupf fand. 1950 kehrte er nach Europa zurück und nutzte 1951 eine Amnestie, um sich den französischen Behörden zu stellen, weil in der Dritten Republik noch viele Nazi-Seilschaften am Werk waren, die „bedrängten Kameraden" Hilfe leisteten. Danach schrieb Saint-Loup alias Marc Augier etwa 20 Bücher, die fast alle von dem „heroischen Kampf", der Nazis handelten und in denen er die SS als „leuchtendes Beispiel" für die europäische Jugend ausmalte.

Aktive Anhänger der „Vereinigung der Freunde von Saint-Loup" sind z.T. bekannte rechte Aktivisten, wie z.B. Pierre Vial (Stadtrat von Villeeurbanne und Mitglied des „Front National"), Léon Gaultier (alter Kämpfer der Waffen-SS und befreundet mit dem FN-Führers Jean-Marie Le Pen) und Henri Fenet (ehemaliger Kämpfer der französischen SS).

Widerstand gegen SS-Freunde

Dieses Mal konnten sie den „Führergeburtstag" nicht in Ruhe feiern. Vor der Tür des Tagungsortes versammelten sich etwa 30 junge JüdInnen (Mitglieder von „Les fils de la memoire d'Israel"), fotografierten die Besucher der Veranstaltung und verlangten lautstark das Verbot solcher Versammlungen. Als nichts geschah und die Behörden nicht intervenierten, ging alles sehr schnell: Etwa zehn junge Demonstranten stürmten die Räumlichkeiten und verprügelten ein Dutzend der anwesenden (Neo)Nazis. Die mittlerweile angerückte Staatsmacht entdeckte elf Verletzte. Darunter den früheren „SS Waffen-Hauptsturmführer" Henri Fenet (Träger des „Eisernen Kreuzes") und zwei Aktivisten der neonazistischen Szene Frankreichs: Eric C. und Roland P.

Verhaftung jüdischer Studenten

Etwas später verhaftete die Französische Kripo zwei Studenten. Die sind gegenüber den Ermittlern geständig zu der Aktion. Am 10. Febuar 1998, sieben Jahre nach der Aktion, werden David H. und Alain L. jeweils zu 36 Monaten Gefängnis verurteilt, davon sechs Monate ohne Bewährung. Hinzu kommt eine Geldstrafe von 2,6 Mio. Francs, ungefähr 850.000 DM.

Diese unverhältnismäßig hohen Strafen spiegeln die politische Situation im sozialdemokratischen Frankreich von Lionel Jospin wieder. Le Pen und sein „Front National" haben bereits viele Strukturen des Landes unterwandert und bis in die höchsten Polizei- und Justizkreise Anhänger und Verbündete gefunden. Hinzu kommt, daß der Antisemitismus in Frankreich schon immer fest etabliert war, und rechte wie linke Populisten sich dieser barbarischen Ideologie manchmal gern bedienen, um bei der Bevölkerung Anerkennung zu erlangen. Der jüdische Publizist Jean Amery schrieb einmal: „Unversöhnlichkeit mit den Mördern, die vielleicht noch unter uns sind, und den anderen, die nur noch als scheußliche Erinnerungsbilder gespenstisch vor uns stehen, ist das höchste moralische Gebot, die einzig zulässige geschichtliche Meisterung dessen, was der Wider-Mensch veranstaltete." Dem gibt es nichts hinzuzufügen. Außer, daß die jüdische Organisation „Les fils de la memoire d' Israel" Spenden sammelt, um den Inhaftierten zu helfen und Öffentlichkeit zu schaffen. •

KONTAKT

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/Antifaschistisches Infoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF
8DC1 51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM

Antifaschistisches Infoblatt
34. Jahrgang
Nummer 126 | 1.2020

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Herausgeber: AIB e.V.
Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt

ABOKONDITIONEN

Preise*

- 5 Ausgaben im Abonnement — 17,50 Euro
- 10 Ausgaben im Abonnement — 35,00 Euro

Weiterverkauf

- ab 3 Exemplaren je — 3,50 Euro
- ab 5 Exemplaren — 20 % Rabatt
- ab 50 Exemplaren — 25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 125

TITEL
Das Darknet des Faschismus

NS-Szene
Prozess gegen das Aktionsbüro Mittelrhein

Rassismus
Der Tod von Oury Jalloh

International
Der militante Flügel des türkischen Staatsnationalismus



AIB 124

TITEL
White Power Terrorists

NS-Szene
Kommunale Mandatsträger und das NS-Milieu

Repression
Fusion: Wie frei wollen wir leben?

International
Italien: Terror, Drogen, Diktatoren

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ☐ 10 ☐ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

Datum, Unterschrift

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin


TRUE REBEL
www.tru l-store.com
FCK
NZS
CK
NZS
Model: marieluis_ | Foto: rony_foreverclassicneverboring
FCK NZS
ANTI FASCIST ACTION
TR
True Rebel
STREETWEAR
FCK CPS
Store: Große Bergstr. 193, 22767 Hamburg | www.truerebel.de | www.truerebel.ch